D 7735 C

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Nr. 41
10. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags
Herausgeber: Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Druckort Frankfurt

15. Oktober 1982
Preis 1,80 DM

Der Bankrott einer Politik im Schriftstellerverband
Die Auseinandersetzung im VS wurde offenbar, als Rainer Kunze Mitte August polternd aus dem Verband austrat. Kursänderungen sind fällig . S. 15



Entwaffnung der Friedenskonferenz vorerst gescheitert
Bereits um die Vorbereitung der 2. Europäischen Friedenskonferenz in Berlin gibt es Krach. Der „Minimalkonsens" wurde ausgesperrt .... S. 6

Die Befreiung Jugoslawiens vom Faschismus
Am 20. Oktober 1944 wurde Belgrad befreit. Ein Teilnehmer der Kämpfe schildert die Ereignisse und kritisiert die Außenpolitik der UdSSR .... S. 8

Schichtarbeit ist meist nicht notwendig
Das ist das Ergebnis einer Umfrage-Aktion der IG Druck und Papier. Wir dokumentieren die wichtigsten Passagen der Untersuchung .... S. 13

Sachverständigenrat:

Wozu der Kohl berufen ist

frb. Das Timing hätte kaum besser sein können: Zwei Tage vor der Regierungserklärung der schwarz-gelben Koalition hat der Sachverständigenrat sein Sondergutachten übergeben. Der neuen Regierung werden darin nochmals die Aufgaben vorgezeichnet, und Helmut Kohl kommt in den Besitz des Sachverstands, den er in dieser Stunde braucht. Auch in das kommende Propagandafeuer werden die auf 70 Seiten ausgebreiteten Argumente der hochdotierten Professoren eingehen.

Im November 1980, ein halbes Jahr nach dem Beginn der Krise, hatte der Rat der Weisen noch geschrieben: „Es besteht durchaus die Chance, daß der Bundesrepublik eine tiefe Rezession erspart bleibt." Und für das 2. Halbjahr 1981 war „eine wieder aufwärts gerichtete Entwicklung" vorhergesagt worden. Mittlerweile ist das Schnee von gestern, jetzt ist die Rede von „Enttäuschungen" und von einer „unerwarteten Verschlechterung der Lage". Während Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff im diesjährigen Jahreswirtschaftsbericht zu Jahresbeginn noch von einer leichten Steigerung des realen Sozialprodukts ausgegangen war, vermuten die Sachverständigen nun, das Sozialprodukt werde um fast 1% niedriger ausfallen als im letzten Jahr. Ein seichter Aufschwung ist frühestens für Mitte 1983 angesagt, wahlweise wird auch ein noch schlimmeres Szenario mitgeliefert.

Sicher ist dadurch ein weiterer Anstieg der Arbeitslosigkeit und ein weiteres Sinken der Realeinkommen. 2¼ Millionen registrierte Arbeitslose werden für das kommende Jahr angesagt, 2½ Millionen im ungünstigeren Fall. Da dies Jahresdurchschnitte sind, wird die Arbeitslosigkeit in den Wintermonaten deutlich darüber liegen. Die Summe der Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit wird 1982 real betrachtet um rund 4% unter dem Vorjahresniveau liegen, 1983 wird ein weiterer Abstieg um 3–4% prognostiziert. Dagegen werden die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen real in diesem Jahr um gut 3%, 1983 um rund 6% steigen. Steuerliche Maßnahmen sind für diese auseinanderklaffende Entwicklung mitverantwortlich; den Geldsäcken reicht dies keineswegs.

Im Gegensatz zu den früheren zweckoptimistischen Prognosen dürfte der jetzigen düsteren ein hoher Wahrscheinlichkeitsgehalt zukommen. Dafür gibt es innere und äußere Gründe.

Stets hatten die vorigen hoffnungsvollen Prognosen angeführt, der Einbruch der Investitionstätigkeit sei gegenüber der Krise von 1974/75 vergleichsweise gering. Frühzeitig schon hatten wir darauf hingewiesen, daß dies ein Trugbild ist, solange die Investitionen überhaupt stagnieren. Und zwar deshalb, weil die Investitionstätigkeit ein Bild davon gibt, wie die Kapitalisten ihre Profitrate einschätzen – ob sie ihnen ausreichend scheint, erneut ins Geschäft zu gehen. Denn ein anderes Maß als Profiterwartungen hat die kapitalistische Wirtschaft nicht. Mittlerweile haben sich diese Anzeichen bestätigt, und in diesem Jahr werden die Investitionen noch schneller schrumpfen als schon im Vorjahr. Trotz einer Kapitalvernichtung in Höhe von einigen zig Milliarden Mark durch Pleiten und geplatzte Kredite ist bei einer Auslastung der Kapazitäten deutlich unter 80% noch nicht genug Kapital vernichtet, um die Profitrate wieder auf eine der Kapitalseele genehme Höhe zu treiben. Trotz des niedrigen Gesamtniveaus der Investitionen war der Anteil der Erweiterungsinvestitionen nie so niedrig und der Anteil der Rationalisierungsinvestitionen nie so hoch gewesen wie in diesem Jahr. Als Seifenblase hat sich auch die Spekulation erwiesen, Investitionen zum Zwecke der Energieeinsparung könnten einen Absturz verhindern. Nach einer Spezialerhebung des Ifo-Instituts dienten 1981 lediglich 5,5% aller Investitionen diesem Motiv.

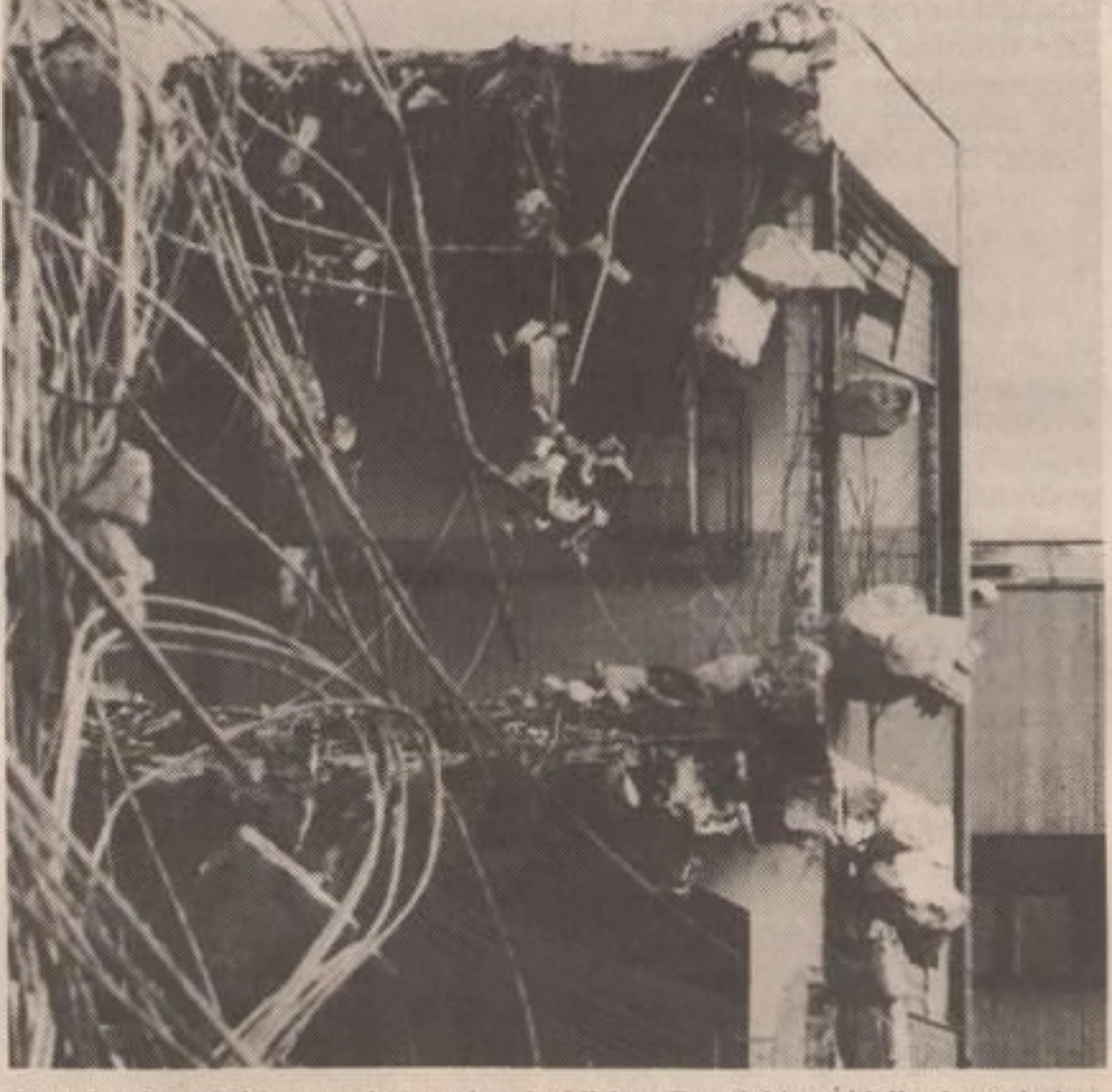
An den schlechten Aussichten ändert sich auch nichts dadurch, daß sich die „Rahmenbedingungen" der Profitmacherei verbessert haben. Reduzierte Reallöhne haben längst dazu geführt, daß die Lohnstückkosten hinter der Inflation zurückbleiben. Das gibt den Unternehmensprofiten „Spielraum", sie sind im Steigen begriffen. Doch die Profite sind erst im Verhältnis zum Umsatz gestiegen, und der bleibt gedrückt. Worauf es den Kapitalisten ankommt, ist die Steigerung des Profits im Verhältnis zum angelegten Kapital. „In der Gewinnsumme hat sich dies freilich fürs erste noch nicht so deutlich niedergeschlagen", heißt dies in den Worten des Sachverständigenrates, „denn dazu fehlte dem Umsatz die Menge, die nur ein Aufschwung bringen kann." Die Profitrate mag bezogen auf die 80% ausgelasteten Kapazitäten gestiegen sein, sie muß aber steigen bezüglich des Gesamtkapitals. So weit ist es noch nicht, weitere Entwertung von Kapital und insbesondere weitere Entwertung der Arbeitskraft ist gefordert. Dies zu fördern ist der Kohl-Regierung als Aufgabe gesetzt.

Die äußeren Bedingungen sind die Absatzmöglichkeiten der Unternehmen. Der innere Markt wird aufgrund der sinkenden Realeinkommen weiter sinken, zumal angesichts der allgegenwärtigen Drohung der Arbeitslosigkeit ein größerer Teil des Einkommens zurückgelegt (gespart) wird. Doch auch der äußere Markt fällt als Rettungsanker diesmals aus.

Noch jedesmal hat sich der westdeutsche Kapitalismus über eine Exportexpansion aus seinen Krisen gerettet. Seit Jahresmitte ist klar, daß dieser Ausweg verbaut ist. Maßgebend war hier zunächst die Doppelkrise, in die die Reagansche Politik die USA getrieben hat. Dann folgten die Entwicklungsländer, namentlich die sogenannten „Schwellenländer" unter ihnen in Lateinamerkia. Selbst die volkreichen ölexportierenden Entwicklungsländer sind mittlerweile so in den Strudel hineingerissen worden, daß die einstigen Zukunftsmärkte westdeutscher Exporteure verbaut sind.

„Etliche Länder gleichen sanierungsreifen Unternehmen", bemerken die Wirtschaftsprofessoren. Und es ist überhaupt nicht ausgemacht, daß der Weltmarkt ohne eine Reihe solcher „Sanierungen", wie sie sich im Fall Mexiko ankündigen, wieder freigelegt sein wird. Politische Umwälzungen

Fortsetzung folgende Seite



Der wichtigste Widerspruch der wirtschaftlichen Entwicklung bleibt der zwischen den vorhandenen Produktionsmöglichkeiten und ihre Brachlegung und Zerstörung. Bei der Lösung geht es nicht um einfache Arbeitsbeschaffung, sondern um die Verwendung der menschlichen und natürlichen Ressourcen zur Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse. – Das Gebäude im Bild, das der Abrißkugel zum Opfer fällt, war ganze 15 Jahre alt. An seine Stelle tritt ein Bürohaus der Commerzbank.

Abzug der Israelis und Syrer noch in diesem Jahr?

thm. Gegenwärtig findet die Libanon-Politik eher hinter den Kulissen statt. Es geht um die Arrangierung eines eventuellen Abzugs der Israelis und der syrischen Truppen sowie der inzwischen durch Rückkehr aus den arabischen Ländern angewachsenen Zahl der palästinensischen Kämpfern. Andererseits hat Amin Gemayel damit begonnen, eine nationale Einigung im Libanon zu versuchen. Das eine wie das andere hängt jetzt eng zusammen und ist mit vielen Unsicherheitsfaktoren belastet.

Nach dem Abzug der israelischen Truppen aus Westbeirut hat dort die reguläre libanesische Armee (ca. 28000) die Kontrolle übernommen. Amin Gemayel hat sich offiziell zum Ziel gesetzt, die Macht der libanesischen Armee im ganzen Libanon zu etablieren und alle anderen Truppen zu entwaffnen bzw. in die Armee zu integrieren. Obwohl traditionell die libanesische Armee bei den muslimischen Kräften auf Mißtrauen stößt, weil die Mehrheit des Offizierscorps von Christen besetzt ist, hat vorerst der größte Teil der muslimischen Politiker Gemayel seine Mitarbeit zugesichert. Darunter der prosyrische Frandschijeh im Norden sowie der Führer der Linken, Jumblatt. Dieser Ansatz für eine nationale Einigung beruht jetzt vor allem auf dem Interesse aller Libanesen am Abzug der Israelis (80000) sowie zumindest auf dem Interesse eines Teils am Abzug der Syrer (30000) und der bewaffneten Palästinenser (7000).

Aber die libanesische Armee herrscht gegenwärtig nur in Westbeirut. Im Norden hat Frandschijeh eine Privatarmee, die auch von Palästinensern unterstützt wird. Im Süden haust die israelische Marionette Haddad. Die linken Milizen sind in Westbeirut von den Israelis militärisch entmachtet worden. Vor allem aber gibt es noch die christlichen Milizen mit etwa 10000 Mann, die Ostbeirut und die umliegenden Gebiete beherrschen. Auf diese Milizen hat Amin Gemayel lange nicht den Einfluß, wie ihn sein Bruder hatte.

Für einen Abzug der ausländischen Truppen hat Israels Kabinett seine Bedingungen genannt. Die Palästinenser sollen vor einem Abzug der Syrer und Israelis das Land verlassen. Syrer und Israelis sollen dann Schritt für Schritt gleichzeitig abziehen. Eine „Sicherheitszone" soll im Süden geschaffen werden, wobei Scharon schon ein bis zu 50 km tiefes Gebiet vorgezeichnet hat. Immer noch stellt er seine und die ursprüngliche israelische Forderung nach einem „Friedensvertrag" mit der libanesischen Regierung. Der ist unter Amin Gemayel vollkommen illusorisch geworden. Was aber dann? Statt einer gesamtlibanesischen Marionette will sich die israelische Regierung ggf. mit einer Ausweitung des Haddad-Machtbereichs im Süden begnügen. Das kann aber von den muslimischen Kräften nicht akzeptiert werden und würde eine libanesische Souveränität verhindern. Dauerhaft könnte nur ein vollständiger Abzug der Israelis sein mit dem Kompromiß einer entmilitarisierten Zone, ggf. unter Stationierung einer UNO-Truppe. Die israelische Regierung hat aber eine UNO-Truppe schon kategorisch abgelehnt. Das ganze könnte bei einer langfristigen Stationierung israelischen Militärs bis zum Litani enden.

Die Syrer scheinen im großen und ganzen zum Abzug bereit zu sein, wenn die Israelis den ersten Schritt tun. Die bewaffneten Palästinenser werden sich dann nach dem Verhalten der Syrer richten müssen.

Wie gehabt sollen die entscheidenden Drahtzieher in den anstehenden brisanten Verhandlungen die USA sein. Amin Gemayel reist am 19. in die USA. Etwa zu diesem Zeitpunkt ist mit der Veröffentlichung eines amerikanischen Vorschlags zur Regelung dieser Widersprüche zu rechnen. Danach soll der Abzug bis Mitte Dezember abgeschlossen sein. Man wird sehen.

Die „Solidaritäts-Werft" streikt

G.K. Noch läßt sich nicht absehen, ob die Streiks, die seit Montag früh ausgehend von der Danziger Lenin-Werft (nun umgetauft in „Solidaritäts-Werft") wiederum die polnischen Küstenstädte erfaßt haben, sich zu einer allgemeinen Bewegung ausweiten werden, oder ob sie ein Fanal für einen sich lang hinziehenden Kampf bleiben werden. Es war ein spontaner Streik. Die Untergrund-Führung der Solidarność hatte mit ihrem ersten Beschluß nach dem (faktischen) Verbot der unabhängigen Gewerkschaft durch das neue Gewerkschaftsgesetz dazu aufgerufen, Zeit und Ort der Gegenaktionen selbst zu wählen und sich als erstes auf einen landesweiten vierstündigen Generalstreik am 10. November vorzubereiten. Es spricht aber für die Verbundenheit der Führer im Untergrund mit den Arbeitern, daß sich Bogdan Lis, eins der Mitglieder der Provisorischen Landeskommission, sofort nach Streikbeginn auf die Werft begeben hat.

Das neue Gewerkschaftsgesetz, binnen kaum mehr als einer Woche den zuständigen Gremien vorgelegt und durch den Sejm gepeitscht, sieht die Auflösung aller bisherigen Gewerkschaften und die Neugründung von *Betriebs*gewerkschaften vor, die sich erst zum 1. Januar 1984 wieder zu Gewerkschaftsbünden zusammenschließen können. Das Streikrecht ist durch einen Wust von Zwangsschlichtungs-Bestimmungen praktisch aufgehoben. Der Plan des Regimes ist unschwer erkennbar: Gewerkschaftsaufbau „von unten" heißt hier die Bildung von neuen Organisationen unter optimaler Kontrolle der Gründungsmitglieder; nachdem die Strukturen dann stehen, wird man versuchen, die Masse der Arbeiter hineinzupressen. Der ungarische Gewerkschaftsvorsitzende Sándor Gáspár war Berater bei der Abfassung; dementsprechend hat man gewisse Rechte von „Arbeiterselbstverwaltung" im Zuge der reformierten betrieblichen Wirtschaftsführung für diese Betriebsgewerkschaften vorgesehen. Aber es ist unschwer zu sehen, daß alle diese Reformen von oben toter Buchstabe bleiben werden.

Die Provisorische Landeskommission der „Solidarität" hat die Mitglieder der Gewerkschaft dazu aufgerufen, die neuen Betriebsgewerkschaften zu sabotieren und dies zu dem „ersten nationalen Referendum in der Geschichte der VR Polen" zu machen. Sie verfolgt – auch gegen den spontanen Radikalisierungsdruck von seiten der jungen Arbeiter, Schüler und Studenten – weiterhin die Linie der Errichtung einer „Gesellschaft im Untergrund", also eines sich lange hinziehenden Widerstands, der in seiner praktischen Tätigkeit das Leitziel der sich selbstverwaltenden Republik schon in vieler Hinsicht vorwegnimmt.

Unter der Masche einer „Koalition der Mitte"

ges. Zuletzt konnte die Sozialdemokratie in der Regierung nicht mehr vor und zurück. Die soziale Demontagepolitik wurde von den Gewerkschaften nicht mehr mitgetragen und zuletzt auch nicht mehr passiv geduldet. Die bevorstehenden Gewerkschaftsdemonstrationen Ende Oktober/Anfang November wurden noch unter der Schmidt-Regierung angesetzt. Den Kapitalistenvertretern reichte die Demontage aber nicht und Lambsdorff sprach innerhalb der Regierung ihre Wünsche offen aus.

Scheiterte die Regierung Schmidt an dem präzisen Vorhaben, Kapital und Gewerkschaften in der Krise zusammenzuhalten, so stellt sich die neue Regierung Kohl ihre Aufgabe von vornherein viel erhabener: die ganze Nation soll geklammert und zusammengeschweißt werden, um die Interessen der Mehrheit um so besser niedermachen zu können. Die Regierung Kohl tritt als Regierung der Mitte an, und nichts stach in der Regierungserklärung Kohls so hervor wie die wiederholte Beschwörung der „neuen Koalition der Mitte", die „unser Land aus der Krise führen" werde. Von einem „historischen Neuanfang der Koalition der Mitte" sprach er, und daß die Regierung eine „neue Gemeinsamkeit" begründen werde, die „Gemeinsamkeit der Mitte in Deutschland"; von der „Kraft der Erneuerung in der Mitte", auf der die Bundesrepublik aufgebaut sei, war die Rede.

Die Mitte wurde politisch dadurch umrissen, daß sie weder die Ellbogengesellschaft des Kapitalismus, noch die Ellbogengesellschaft des Sozialismus wolle. Im gleichen Atemzug sprach Kohl von der Stärkung des Berufsbeamtentums. Die Bundesrepublik stehe an einem Scheideweg: nachdem sie gerade erst durch die soziale Marktwirtschaft aus dem Kapitalismus herausgeführt worden sei, drohe ihr jetzt der Übergang in die verstaatlichte Gesellschaft. Es gelte, eine Gesellschaft mit menschlichem Antlitz aufzubauen. Zu diesem Zweck soll ausgerechnet das Berufsbeamtentum gestärkt werden. Eine „Leistungselite" soll die Nation führen.

Dies menschliche Antlitz hat ein Janusgesicht: In die Zukunft blickt es mit verschwommenen, aber heimeligen Zügen. Die Großfamilie, mit Opa, Mutter und Kind um einen Tisch, voller Nachbarschaftshilfe und gegenseitiger Hilfe zeigt sich am Horizont. Für die Gegenwart dagegen sieht es grimmig aus: keine Leistung ohne Gegenleistung, die Sozialpolitik müsse Atem holen, auch wenn den Rentnern und Arbeitslosen die Luft ausgeht. „Selbsttätigkeit" wird amtlich exekutiert, indem den Kranken zwangsweise Selbstbeteiligung an den Kosten bei Krankenhausaufenthalt gleich für 14 Tage verordnet wird. Ohne daß der Sozialversicherung zusätzliche Kosten entstehen, soll frühverrentet werden. Die Kosten werden also die Rentner tragen. Es ist die Zeit der Notopfer, das heißt, die Leute in Not werden geopfert.

Wo aber liegt dann jene Mitte, in der die Regierung Kohl Standort bezogen hat? Das ideologische Schema ist einfach: die Lohnabhängigen, das heißt alle, die als Kinder und Jugendliche, als Erwachsene, Alte und Kranke aus dem gesellschaftlichen Lohnfonds leben, werden belastet, indem dieser Fonds zusammengestrichen wird, was wiederum das Kapital entlastet. Das Kapital aber nennt Kohl nicht Kapital, sondern „Mittelstand" und für das Kapital als Mittelstand steht die Kohl-Regierung. Der eine Pol der Gesellschaft, die Bourgeoisie, wird zur Mitte erklärt und der andere Pol, die Lohnabhängigen, zum Nichts. Wenn das Kapital erst wieder investiert, werden alle zu ihrem Recht kommen. Die Ausländer sollen bis dahin entweder eingedeutscht oder vertrieben sein und die Mittelstreckenraketen stehen. Das Bündnis mit den USA sei schließlich deutsche Staatsraison.

Kohl selber sprach von einem Balanceakt, den er unternehme. Tatsächlich wird es schwer fallen, das eine Extrem der Gesellschaft, die Kapitalbesitzer, zum Zentrum zu erklären und die lohnabhängigen Massen bei der Stange zu halten. Kohls Erneuerung aus der „Mitte" heraus ist ein kaum verhüllter Angriff auf die breite Masse der Bevölkerung. Ohne organisierte Abwehr dieses Angriffs wird die Hülle aber nicht zerrissen und kann er Erfolg haben. Unter der Maske der Mitte-Regierung ist die Reaktion angetreten, nachdem sie mit offenem Visier bisher keine Mehrheit fand.

Fortsetzung

Sachverständige

großen Ausmaßes im Nord-Süd-Verhältnis wären die Folge.

Diese Lage und diese Aussichten sind es, die der Reformpolitik der Sozialdemokratie den Boden unter den Füßen weggezogen haben, diese Entwicklung mußte notwendig die sozialliberale Koalition zum Platzen bringen und angesichts einer unbeweglichen SPD die neue Koalition an die Macht schwemmen. Bloß zwei grundsätzliche Entwicklungen sind jetzt möglich, entweder eine radikale fortschrittliche Politik, die Umwälzungen der Produktionsverhältnisse einschließt, oder eine Politik, wie sie die Kohlsche Regierungserklärung einschlägt. Die SPD ihrerseits hat sich zu ersterer Alternative bereits unfähig erwiesen und wird aus sich heraus auch künftig dazu unfähig sein.

Manches Gerücht wurde in Umlauf gesetzt, was das Sachverständigengutachten angeht. So entdeckte der DGB erstmals positive Ansätze und Ratsmitglied Professor Krupp, der mehrere Minderheitsvoten unterbrachte, verweist auf die deutliche Kritik an den Plänen der neuen Regierung. Leider ist es damit nicht weit her.

Zwei Punkte kritisieren die Sachverständigen. Einmal geht es um die *Erhöhung der Mehrwertsteuer.* Im Prinzip sei das zur Umstrukturierung des Steuersystems genau das Richtige, heißt es da zunächst, allerdings sei der Zeitpunkt falsch gewählt.

Stattdessen schlägt der Rat vor, die Mehrwertsteuererhöhung etwas zu verschieben und die geplante „Zwangsanleihe" von 5% der Steuerschuld auszudehnen. Würde auf die angekündigte Mehrwertsteuererhöhung zunächst verzichtet, so lasse sich der 5%-Zuschlag auch niedrigeren Einkommensklassen zumuten! Ledige, die mehr als 20000 Mark im Jahr – monatlich sind das 1666 Mark – und Verheiratete, die mehr als 40000 Mark verdienen, sollen auch zahlen. Nach einigen Jahren würde der Zuschlag dann, ähnlich wie bei der „Zwangsanleihe" geplant, zinslos zurückgezahlt. 10 Mrd. DM könnte der Staatsapparat so vereinnahmen.

Die CDU-FDP-Regierung will aus den Einnahmen der „Zwangsanleihe" Maßnahmen im Wohnungsbau finanzieren. Davon raten die Sachverständigen dringend ab. Viel besser sei das Geld gleich in der Industrie angelegt, es soll deshalb an investierende Kapitalisten ebenfalls zinslos weiterverliehen werden.

Im Klartext also läuft diese „Regierungskritik" darauf hinaus, per Staatsgewalt die Löhne um rund 1% zu kürzen, um das Geld den Unternehmern als Kapital zur Verfügung zu stellen.

Von ähnlichem Kaliber ist der zweite „Kritikpunkt". Er richtet sich gegen die weiteren Subventionen im Wohnungsbau. Bloß vorgeschoben ist der Hinweis, was da vermögenden Bauherren unter dem wenig verständlichen Begriff des „Schuldzinsenabzugs" zugeschoben wird, sei mit 5000 DM jährlich vielleicht doch etwas arg dick. Tatsächlich aber richtet sich die Kritik gegen Subventionen im Wohnungsbau und die damit verbundene Verbilligung der Mieten überhaupt.

„Abgesehen von den geplanten Änderungen des Mietrechts verharrt die Wohnungspolitik damit bei ihrem traditionellen Verhalten, akute Versorgungsmängel und Investitionsprobleme durch das Geschenk öffentlicher Gelder zu lösen", heißt es im Originaltext des Gutachtens. Den Professoren ist die „marktwirtschaftliche Lösung" nicht radikal genug, das ist alles. „Die wirkliche Knappheit des Gutes Wohnung ist nicht erkennbar, weil die Preissignale falsch gestellt sind", schreiben sie. Der Wohnungsbau soll ganz über hohe Mieten finanziert, Subventionsmittel ganz in den Dienst der Industrie gestellt werden.

Krupp, der bei anderer Gelegenheit z.B. Positives zur Rentenreform geschrieben hat, formuliert zu dieser Kritik an Inkonsequenzen eines reaktionären Regierungsprogramms keine Gegenposition.

Der Sachverständigenrat weiß, daß sein reaktionäres Programm auf Widerstand stößt. Die ungünstigen Verteilungswirkungen der notwendigen steuerlichen Maßnahmen und die Kürzung der Sozialleistungen würden den sozialen Frieden gefährden; darauf müsse man sich einstellen, wird angedeutet. Denn dieser Gefahr voll Rechnung zu tragen, „ohne die Ziele, um die es geht, zu verraten", gleiche der Quadratur des Kreises.

Empfohlen wird eine offensive Propagandalinie: „Nicht weniger unangenehm ist die Notwendigkeit, im sozialen Bereich zu kürzen und zugleich den Unternehmen das Investieren steuerlich zu erleichtern. Unehrlich wäre jedoch der Versuch, der Bevölkerung die Einsicht zu ersparen, daß eine Investitionsförderung selbst sozial nicht ausgewogen sein kann. Investitionen fördern, heißt immer Geld ausgeben, das in der ersten Runde vor allem den Besserverdienenden zugute kommt. Denn trotz unzureichender Ertragslage der Wirtschaft zählen selbstverständlich die potentiellen Investoren im allgemeinen zu ihnen ..."

Gelingt es, diese Mär von der Abhängigkeit des Wohlergehens der Volksmassen vom Reichtum der Reichsten zur herrschenden Auffassung zu machen, so würde das politische Rückgrat der Arbeiterbewegung auf Jahre gebrochen, weshalb auch die seichte erste Stellungnahme des DGB so traurig ist. Um der Gefahr zu begegnen, reicht die Propaganda des Wortes allein nicht, es bedarf der Propaganda eines revolutionären Aktionsprogramms. Die Schwierigkeit besteht dabei gegenwärtig nicht so sehr darin, die zentralen und dringendsten Punkte einer solchen Alternative herauszufinden. Arbeitszeitverkürzung, öffentliches Investitionsprogramm zur Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse sowie Sofortmaßnahmen zur Verhinderung des ökologischen Zusammenbruchs mögen als zentrale Punkte fürs erste genügen. Viel schwieriger scheint es, die durch ein solches Programm erzeugten Gegensätze, die politischen Bedingungen seiner Durchsetzung und die notwendigen folgenden Schritte zu klären. Verständigung über die Lage ist eine Voraussetzung hierfür.



„Schließlich müssen auch die weniger attraktiven Arbeitsplätze besetzt werden."

Duldungsverhandlungen in Hamburg gescheitert

kvz. Die Verhandlungen in Hamburg über eine Tolerierung eines SPD-Senats durch die GAL sind gescheitert. Dohnanyi hatte in der letzten Woche, nachdem die GAL ihren Standpunkt zu den Verhandlungen in einem Beschluß festgelegt hatte, seine Vorstellungen in einem umfangreichen Papier dargelegt. Die Ablehnung dieser Vorstellungen durch die GAL, ihre erneute Weigerung, auf dieser Grundlage einem Haushalt zuzustimmen (ohne die Verabschiedung eines Haushalts aber könnte der SPD-Senat nicht weiterregieren), nahm er zum Vorwand, die Verhandlungen für gescheitert zu erklären. Den Neuwahlen, die am 19. Dezember stattfinden sollen, hat die CDU zwar prinzipiell zugestimmt, Kiep aber will vorher den Rücktritt Dohnanyis erzwingen. Letzterer wäre dann nur noch kommissarisch im Amt, mit eingeschränkten Rechten. Die SPD scheint sich von Neuwahlen jetzt bald zu erhoffen, daß zum einen sich die Ablehnung des Regierungswechsels in Bonn noch zu ihren Gunsten auswirkt, daß sie zum anderen von der GAL Stimmen zurückgewinnt von solchen, die zwar mit der SPD-Politik nicht einverstanden sind, deshalb die GAL gewählt haben, die aber ein Regierungsbündnis von GAL und SPD, ein „linkes Regierungsbündnis" wollen. Ganz abwegig dürfte diese Spekulation nicht sein, beachtet man das bayrische Wahlergebnis der Grünen. Daß es nicht so gut sein würde wie in Hessen, war allemal klar, dennoch waren die Prognosen zwischen 5 und 6%. Hat das schlechtere (wenn auch immer noch beachtliche) Abschneiden nicht etwa damit zu tun, daß die Möglichkeiten, Einfluß auf die Parlamentsgeschäfte zu nehmen, mit den Vorstellungen der Grünen von Fundamentalopposition eben doch nicht so abgedeckt scheinen? Jedenfalls könnte es sehr gut sein, daß ein gewisser Bonus für die Grünen mit den ersten Proben auf ihre Einflußmöglichkeiten schwindet. Und in Hamburg wird wohl die GAL beweisen müssen, daß dieser erste Versuch einer Übereinkunft mit der SPD an letzterer gescheitert ist. – Einige, die schon vor den Hessenwahlen die Bildung einer Alternativen Liste betrieben hatten, darunter Alexander Schubart, haben nun zur Bildung einer AL für eine zu erwartende Neuwahl in Hessen und für den Bundestag für den 6./7. November aufgerufen. Sie soll angeblich die Konsequenz aus dem auch in Hessen niedriger als erwarteten Wahlergebnis der Grünen ziehen. Auch die Initiative Demokratische Sozialisten hat in ähnlicher Richtung, allerdings in der Konsequenz noch offen, eine Initiative ergriffen.

„Urteile waren nie Rechtens"

kvz. Eine interessante „Richtigstellung" war jüngst vom Bundesgerichtshof zu hören. In dem Nachspann zu dem kürzlich angelaufenen Film „Die weiße Rose" wird gesagt, nach Auffassung des BGH seien die Urteile des Volksgerichtshofs gegen die Mitglieder der antifaschistischen Widerstandsgruppe zu Recht ergangen und immer noch gültig. Der BGH hierzu: mit den Urteilen gegen die Mitglieder der „Weißen Rose" sei er nie befaßt gewesen, er habe im Gegenteil in anderen Fällen auch schon bestimmte Urteile des Volksgerichtshofs als rechtswidrig bezeichnet. Ein Richter, der an derartigen Todesurteilen mitgewirkt habe, sei gegebenenfalls als Täter des Tötungsverbrechens – also als Mörder – zu verfolgen. Fragt sich nur, weshalb derartiges noch nie geschah.

Vorbereitungstreffen für Arbeitslosenkongreß

kvz. Für den für den 2.–5. Dezember geplanten Arbeitslosenkongreß findet am kommenden Wochenende, 16./17. Oktober, ein Vorbereitungstreffen aller beteiligten und interessierten Arbeitsloseninitiativen statt. Ort: Jugendhaus, Frankfurt, Beginn um 11 Uhr. Seit dem 4.10. besteht bereits ein Arbeitslosenkongreßbüro in Frankfurt, Mainzer Landstr. 124, Tel. 0611/7306300, das sich aus Mitgliedern verschiedener Initiativen zusammensetzt.

Kulturveranstaltung ein Jahr nach dem Kriegsrecht in Polen

kvz. Der Koordinationsausschuß der „Komitees Solidarität mit Solidarność" und die Basisgruppenfraktion im AStA der Uni Köln bereiten für den 11. Dezember anläßlich des Jahrestags des Militärputsches in Polen am 13. Dezember 1981 eine politisch-kulturelle Veranstaltung vor. Sie soll in Köln stattfinden und von weiteren Gruppen unterstützt werden. Bisher haben sich einer entsprechenden Initiative bereits der Düsseldorfer Uni-AStA, die Grünen Köln und die aus Exil-Polen bestehende Arbeitsgruppe Solidarność angeschlossen. Als einer der angeschriebenen Künstler hat für die Veranstaltung Jacek Kaczmarski bereits zugesagt. Auf einem weiteren Vorbereitungstreffen am 19. Oktober um 19.00 Uhr in Köln, evangelische Gemeinde, Machabäerstr., geht es darum, einen Aufruftext für diese Veranstaltung zu beraten; den Stand der Einladungen von Künstlern bzw. Rednern zu erfassen und evtl. Änderungen zu beraten; ebenso organisatorische und finanzielle Dinge zu besprechen; die nötige Produktion und Herausgabe von Publikationsmitteln abzustimmen. Die Veranstaltung sollte von möglichst vielen Gruppen auch außerhalb von Köln unterstützt werden.

mine · Termine · Termine · Termine · Te

Oktober

- **16. Mainz.** „Friedensversammlung Rheinland-Pfalz", durchgeführt von Initiatoren des Hambacher Festes
- **17. Mainz.** 14. ord. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Textil, Bekleidung, bis 23.10.
  Recklinghausen. „Gewerkschaftsaktiv oder alternativ!" Veranstaltung zum Thema Jugend und Gewerkschaften
- **20. Hamburg.** Veranstaltung zu den Brokdorf-Prozessen, von GEW u.a.
- **21. Kiel.** Veranstaltung zu den Brokdorf-Prozessen
- **22. Schönberg.** Konversion oder wie können Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie gesichert werden, ohne weitere Rüstungsgüter zu produzieren? Tagung der Humanistischen Union NRW, bis 24.10.
  Essen. Ökologie und Lateinamerika. Seminar des Forums für Internationale Friedensarbeit e.V., bis 24.10.
- **23. Dortmund.** Demonstration des DGB-NRW „Arbeit schaffen – Sozialabbau verhindern" Demonstrationen ebenfalls in **Nürnberg** und **Frankfurt**
- **27. Springen/Taunus.** Bundeskonferenz der dju, bis 29.10.
- **28. Bottrop.** 16. Gewerkschaftsjugendtag der IG Bergbau und Energie, bis 30.10.
- **30. Stuttgart.** Landesweite DGB-Demonstration gegen die Sozialabbau etc., Demonstration ebenfalls in **Hannover**

mine · Termine · Termine · Termine · Te



Die israelischen Panzer kommen – es geht Richtung arabische Universität



Hamra-Street. Die Hauptgeschäftsstraße in West-Beirut, zwei Tage nach dem Einmarsch der Israelis

Der fast schon alltägliche Krieg im Libanon

Die Autorin schildert ihre Erlebnisse und Eindrücke im Bekaa-Tal, in Beirut und in Damaskus während ihres Aufenthaltes im September

Besuche Israel,
ehe Israel dich besucht

S.R. Als Ärztin und als Deutsche kam ich Ende August über Damaskus ins Bekaa-Tal. Alle Palästinenser, die ich traf, fragten mich nach der öffentlichen Meinung in Deutschland über den Krieg. Alle deuteten an, was ich selber auch empfand und was mich gerade zu dieser Reise veranlaßt hatte: die Mitverantwortung Deutschlands für die Lage im Nahen Osten sowohl wegen der Naziverbrechen gegen die Juden als auch wegen der Regierungspolitik zugunsten Israels.

Anfang September schien sich alles stabilisiert zu haben: internationale Garantien für die palästinensische Bevölkerung Westbeiruts, Rückkehr zu den Lagern, allmählicher Wiederaufbau. Allerdings hielt auch jeder sozusagen alles für möglich: vom Großangriff Israels auf Bekaa und Tripoli (Nordlibanon) bis hin zur Bombardierung von Damaskus. Mein Zimmernachbar im Hotel in Damaskus war der Führer einer der drei großen palästinensischen Organisationen – wahrscheinlich wirklich nicht der sicherste Platz auf Erden.

„Während ich so im Bekaa-Tal saß, versuchte ich herauszufinden, was die Palästinenser von der Zukunft erwarteten"

In der Tat war der PRCS (Palästinensischer Roter Halbmond – Mitglied der Liga der Rotkreuzorganisationen) ständig darum bemüht, seine Krankenhäuser sowohl im Libanon als auch in Syrien leer zu halten – d.h. die Patienten wurden so früh wie möglich entlassen oder aber zur Weiterbehandlung ins Ausland geschickt. Mehrere Krankenhäuser in Syrien werden ständig freigehalten – wenn Israel den Nordlibanon angreift, wird man sie brauchen. Und wenn die Begin-Regierung nicht bald gestürzt wird, ist ein weiteres Vordringen Israels meiner Meinung nach nur eine Frage der Zeit.

Mein erstes Erlebnis im Krankenhaus des Palästinensischen Roten Halbmonds in Bar Elias (Bekaa): eine halbe Stunde nach unserer Ankunft wurde ein schönes 17jähriges Mädchen sterbend eingeliefert. Sie war mit ihren Eltern im Auto unterwegs, als sie plötzlich – ohne Straßensperren, ohne Vorwarnung – vom Gebirge aus von den Israelis beschossen und in Lunge und Herz getroffen wurde. Die nächsten schweren Schußverletzungen, die ich sah, waren zivile Fälle – in einem Land, das seit Jahren nur noch Krieg und Bürgerkrieg kennt, ist ein Toter nichts besonderes. Man weiß sowieso nicht, ob man den nächsten Tag erlebt – ist es da nicht verständlich, wenn viele es kaum noch für nötig halten, den Müll wegzuräumen?

Viele wollten ins Ausland. Ich versuchte, ihnen die erbärmliche Lage der Asylanten in Westdeutschland zu schildern – leben in Lagern, keine Arbeitserlaubnis, Abschiebehaft. Das konnte sie gar nicht schrecken, schlimmer als in den arabischen Ländern könnte es wohl kaum sein.

Während ich so im Bekaa-Tal saß vermeintlich nach Beendigung des Krieges, versuchte ich herauszufinden, was die Palästinenser von der Zukunft erwarteten. Manche waren ganz gleichmütig. Wenn man erneut vertrieben würde, müßte man eben erneut von vorne anfangen. Die Kämpfer sagten, sie hätten sowieso keinen Besitz, den sie verlieren könnten. Man würde eben versuchen, den Vormarsch der Israelis anzuhalten. Ch. von der Informationsabteilung der PLO erklärte mir, man müßte sowohl die Mittel des politischen wie des militärischen Kampfes nutzen, aber der Schwerpunkt liege seiner Meinung nach in den Westbanks, denn dort seien die Palästinenser auf eigenem Gebiet. Insgesamt war es für alle eine Zeit des Wartens – auf die Ergebnisse der Gipelkonferenz von Fes und der darauf folgenden Beratungen der PLO-Organe – und natürlich auch des Wartens auf weitere Schritte der Israelis.

Am meisten beeindruckt hat mich der Besuch in einer Guerillabase von libanesischen linken Milizen. Der voll-
banesischen linken Milizen. Der voll-
ständige Gegensatz zum syrischen Militär, dessen Angehörige von vielen „die Schafe" genannt werden. Bei dieser libanesischen Organisation ist jeder Kämpfer verpflichtet, sofort nach seinem Eintreffen in der Guerillabase, noch ehe er Gewehr und Patronentasche abgelegt hat, seinen persönlichen Erdbunker und einen zweiten, halboffenen als Deckung im Kampf zu bauen. Gemeinsam werden größere Erdbunker für die ganze Gruppe angelegt, die immer nur wenige Personen umfaßt. Die Stellungen werden ständig gewechselt, so daß die israelische Luftaufklärung nicht viel ausrichten kann. Regelmäßig werden Besprechungen der Tagesaufgaben, ideologische Ausbildung und Kritik-Selbstkritik durchgeführt. Sie haben eine Art Wespenstichtaktik, hinter den Linien der Israelis werden immer wieder verschiedene Aktionen durchgeführt. Nach längerer Diskussion wurden uns schließlich erbeutete israelische Waffen gezeigt. Schließlich kam der Bauer, auf dessen Land sich die Stellung befand, und wollte den Kämpfern Essen bringen.

Nach einigen Tagen „normalen" Krankenhausbetriebs wurde ich am 13.9. morgens unter der Dusche von einer gewaltigen Detonation überrascht, die immerhin so nahe war, daß die Wände gewaltig wackelten und das Zahnputzglas runterfiel. Ich rannte raus und stieg mit den anderen auf das Dach des Krankenhauses – ein einstöckiger Barackenbau – und sah, wie in näherer und weiterer Entfernung die Bomben einschlugen und riesige Staubwolken erzeugten. Die meisten Bomben fielen im zur Küste hin gelegenen Gebirgszug, alle paar Minuten eine. Jeweils nach einer Detonation konnte man als winzigen Punkt ein Flugzeug am Himmel erkennen, und nachdem das Flugzeug weg war, detonierten die syrischen Abwehrraketen. 35 Verletzte (meist Splitterverletzte), 3 Schwerverletzte und vier Tote wurden im Laufe des Tages eingeliefert. Die leichteren Wunden wurden in Windeseile versorgt, die Schwerverletzten erhielten Erste Hilfe und wurden dann nach Damaskus gebracht. Unter anderem war ein nicht weit entferntes Gebäude, das mit vom Krankenhaus genutzt wurde, bombardiert worden. Daher standen wir am nächsten Morgen um 5 Uhr auf, um wenigstens wach zu sein, wenn die Bomben auf unser Krankenhaus fielen. „Hast du Angst?", wurde ich gefragt. „Mach dir nichts draus, man kann genausogut an einem Verkehrsunfall oder einer Lebensmittelvergiftung sterben." Die ersten Detonationen hatten mich schon etwas irritiert, zumal ja doch wohl nach dem Habib-Abkommen so etwas wie Waffenstillstand herrschte. Die Flugzeuge kamen zwischen 8 und 9 Uhr, aber es fielen keine Bomben.
Uhr, aber es fielen keine Bomben.
„Begin hat sich nur einen kleinen Scherz mit uns gemacht", hieß es, „sie kommen ein anderes Mal wieder."

Später sahen wir uns die Zerstörung in der Umgebung an. Die Bombenkrater hatten sich schon mit Grundwasser gefüllt, sie waren bis zu 6 m tief. Die Straße von Damaskus nach Beirut war

„Dienstag fuhr ich mit dem Taxi nach Beirut. Je nach Kriegslage sind die Fahrpreise doppelt, vierfach oder zehnfach so hoch wie normal"

kurz vor Dar el Beider durch zahllose Bombenkrater unterbrochen. An der gleichen Stelle hatten die Syrer erst vor wenigen Wochen 40 Panzer verloren. Zum zigsten Male wurde die Straße mit Bulldozern notdürftig wiederhergerichtet. In den palästinensischen Stellungen im Gebirge hatte es keine Verluste gegeben.

Dienstag, 14.9.: Nachmittags fuhr ich mit dem Taxi nach Beirut. Je nach Kriegslage sind die Fahrpreise doppelt, vierfach oder zehnfach so hoch wir normal, heute verlangten sie nur den doppelten Preis. Da die direkte Straße unterbrochen war, ging die Fahrt über den längeren Weg durchs Gebirge, vorbei an zahlreichen völlig ungetarnten syrischen Stellungen. Nach etwa 1½ Stunden änderte sich das Bild: in den Orten hingen jetzt statt Plakaten von Arafat und Assad welche mit dem Backpfeifengesicht von Gemayel. An den Kontrollpunkten der Katajeb-Milizen gab es keine Schwierigkeiten. Um 17.30 Uhr kam das Taxi in West-Beirut an. Die Lage war völlig normal – d.h. wenn man Berge von Müll, lebendigen und toten Ratten, riesige stinkende Jauchepfützen und in verschiedenstem Maße zerstörte Gebäude an jeder Ecke als normal bezeichnen kann. Jedenfalls konnte man zu dem Zeitpunkt nicht ahnen, daß Gemayel bereits seit 1½ Stunden tot war. Im Rundfunk bekanntgegeben wurde seine Ermordung um Mitternacht. Ich bin sicher, daß ich zum gleichen Zeitpunkt wie die meisten Einwohner der Stadt erfuhr, daß etwas im Gange war: um 4.30 Uhr wurde ich durch ein entsetzliches Getöse geweckt, ging auf den Balkon des Hotels und sah tieffliegende Düsenjäger über der Stadt hin- und herfliegen. Vielleicht ist das hier so üblich, dachte ich mir, schließlich war ich aus Bekaa ja schon einiges gewöhnt. Um 5 Uhr BBC-Nachrichten: Gemayel ist am vorigen Nachmittag bei einem Bombenattentat uns Leben gekommen! Für mindestens 10 Minuten war ich total verblüfft. Ich glaube, von Anfang an habe ich weniger daran gedacht, daß es um einen derartigen Faschisten nicht schade ist, als vielmehr daran, was das wohl bedeuten könnte.

Gegen 7 Uhr ging ich, mit Kameras bewaffnet, Richtung Fakhani, einem hauptsächlich von Palästinensern bewohnten Viertel in West-Beirut. Die Straßen waren völlig ausgestorben. Die einzigen Menschen, die wir sahen, hielten uns auch gleich an: zwei Jugendliche mit Kalaschnikows, Angehörige der Morabitoun. Da sie sehen konnten, daß wir keine auf dem Vormarsch befindlichen israelischen Soldaten waren, entließen sie uns in Freundschaft – mit den Worten: „Mal sehen, ob wir uns nachher lebend wiedertreffen." Wir kamen vorbei an dem Haus, wo noch vor kurzem der Sitz der palästinensischen Künstlerorganisation gewesen war. Kalender, Kinderbücher und Poster lagen im Schutt auf der Straße verstreut. Das Haus des palästinensischen Forschungszentrums, das Archive von unschätzbarem Wert enthielt, war ebenfalls teilweise zerstört. Aber man sah noch durchs Fenster die Ordner in den Regalen stehen. Als ich später erfahren habe, daß dieses Archiv vollständig geplündert und nach Israel verfrachtet worden ist, war mir noch mehr zum Heulen zumute als bei all den anderen Greuelnachrichten – ich sehe das als Bestandteil der Strategie, die Identität der Palästinenser als Volk auszulöschen. Nahe der arabischen Universität kamen wir in eine Straße, wo Arafats Büro gewesen war. Nicht weit von diesem Haus stand eine Gruppe von 5 jungen israelischen Soldaten mit Maschinengewehren, die einen ziemlich ängstlichen Eindruck machten. Interviewen lassen wollten sie sich nicht, immerhin war aus ihnen rauszukriegen, daß sie jetzt nach dem Tod von Gemayel den Auftrag hätten, in West-Beirut „Ruhe und Ordnung" zu garantieren. Tatsächlich war dem Anschein nach alles friedlich – Kinder, Männer und Frauen standen auf der anderen Straßenseite und betrachteten die Szene.

„Geht dort vorne hin, dort schießen die Israelis"

„Was machen 5 israelische Soldaten mitten in West-Beirut?", fragten wir die Anwohner. „Das sind keine 5, hinter dem Häuserblock ist die ganze Straße voller Panzer, die sind schon ab 3 Uhr nachts vorgerückt", wurde uns erklärt. Tatsächlich bog wenig später der erste Panzer um die Ecke, 2 weitere folgten, zunächst scheinbar ziellos hin- und herkurvend, immer umgeben von zahlreichen Anwohnern. „Jetzt kann sie niemand mehr aufhalten", war aller Ansicht. Von einem Balkon im 4. Stock konnten wir dann beobachten, wie die Panzer langsam in Richtung arabische Universität vorrückten und plötzlich, ca. 8.30 Uhr, ohne ersichtlichen Anlaß mit ihren schweren Geschützen die Straße unter Beschuß nahmen. Die Kaffeetasse fiel vom Tisch, alle Leute waren von der Straße und den Balkons verschwunden, das CBS-Team war auch schleunigst verschwunden. An ausgestorbenen Nebenstraßen vorbei kamen wir wieder in eine Gegend, wo Leute waren. „Geht dort vorne hin, dort schießen die Israelis", sagten die Passanten, die unsere Anwesenheit als kamerabehängte Ausländer offensichtlich begrüßten.

Im Kommodore-Hotel, dem Treffpunkt der Presseleute, konnte man keinen Überblick über die Lage erhalten. Daher versuchten wir anschließend am Mittwoch nachmittag, zu den Lagern Sabra und Chatila zu gelangen. Dort war heftiges Artilleriefeuer zu hören, noch glühende Granatsplitter landeten neben uns, und zivil gekleidete Bewaffnete mit Bazookas verjagten uns. Die Kameras ließen wir uns allerdings nicht wegnehmen. Abends im Hotel nahe der Hauptstraße konnte man keine Detonationen hören. BBC berichtete stündlich über die israelische Besetzung Westbeiruts und an zweiter Stelle mit noch größerer Ausführlichkeit über die verunglückte „Prinzeß Grace", was mich so wütend machte, daß ich am liebsten das Radio zerschlagen hätte.

Als wir am nächsten Morgen das Hotel verließen, verabschiedete uns der Hotelportier mit „Good luck. Die Israelis sind nur noch 100 m weit weg." Aus der Richtung des Geschützdonners her kommend, rannten uns fünf, sechs junge Morabitoun-Angehörige entgegen, außerdem sahen wir etliche Familien, die zu zehnt in ein Auto gequetscht oder auch zu Fuß, mit einem Bündel auf dem Rücken, versuchten zu fliehen. Der Geschützdonner kam bereits aus der Gegend der Hamra-Street, der Hauptstraße West-Beiruts. Dort waren, wie überall, sämtliche Läden geschlossen, im Hotel hatte es schon kein Brot mehr gegeben. Einem Krankenwagen folgend, kamen wir zum Krankenhaus der Amerikanischen Universität. Dort wurden ständig Verwundete eingeliefert, und zahlreiche Menschen hatten sich dorthin geflüchtet. Wenig später konnte man das Gebäude nicht mehr verlassen: an zwei Seiten des Gebäudekomplexes donnerten die israelischen Geschützsalven entlang. Nachdem eine Fensterscheibe von einem Granatsplitter getroffen worden war, versuchte man die große Glasfront des Gebäudes mit Klebestreifen am Zersplittern zu hindern, und die meisten flohen in den Keller.

Fortsetzung folgende Seite

Und immer wieder dieselbe Leier

Aktionskonferenz der Friedensbewegung war tot. Lag es allein an der Vorherrschaft der DKP?

gkr. Was ist eine „Aktionskonferenz"? Man mußte sich die Frage stellen nach den 2 Tagen in Köln, der „Zweiten Aktionskonferenz der Friedensbewegung" am 9./10. Oktober. Ist es eine Konferenz, bei der ein Klärungsprozeß über Sinn und Zweck von einzelnen Aktionen, ihre Beziehung zueinander und die Einordnung in ein gemeinsames Ziel ablaufen soll? Dann kann man diese Kölner Konferenz im großen und ganzen vergessen. Ist der Zweck, mitzuteilen, was gemacht, geplant etc. wird, die sogenannte „Info-Börse"? Das wars in Köln, aber dann lohnen sich die Fahrerei und der Zeitaufwand nicht, in einem zusammengestellten Protokoll kann mans genauso gut erfahren.

Woran lags, daß diese Konferenz so todlangweilig war? Vordergründig lag es an der Vorherrschaft der DKP. Nicht nur organisatorisch, sondern auch ideologisch. Man kann das recht gut anschaulich machen an der Arbeitsgruppe, die über Perspektiven und Ziele der Friedensbewegung diskutieren wollte, mit so etwa 150 Teilnehmern die größte Arbeitsgruppe der Konferenz. Andreas Buro hatte am Anfang 6 Thesen vorgetragen, um darüber diskutieren zu können. Insgesamt Thesen, über die es sich lohnte zu diskutieren und die auch wesentliche Fragen ansprachen. Gleich die erste dieser Thesen hieß:

„Der Kampf um Frieden und Abrüstung wird nicht kurzfristig erfolgreich sein, sondern erfordert ein langfristiges Eintreten für diese Ziele. Dementsprechend muß die Friedensbewegung eine langfristige Perspektive entwickeln, um auch gegenüber Rückschlägen durchhalten zu können. Kurz-, mittel- und langfristige Ziele dürfen deshalb nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern müssen als Stationen auf einem Weg gesehen werden."

In den nächsten Thesen wurden weitere Ausführungen zu diesen langfristigen Perspektiven gemacht. Der erste Redner, der danach sprach, argumentierte etwa folgendermaßen: Na, vieles richtig, an manchem hätte ich Kritik, vor allem aber sei das Ziel der Friedensbewegung, die Verhinderung der Nachrüstung, nicht ausreichend gewürdigt worden, darauf aber käme jetzt alles an. Fertig war die Richtung der DKP. Auseinandersetzung? Keine Spur. Unter der Hand, ohne direkte Kritik, wurde gegenüber den Thesen Buros das Ziel der Friedensbewegung umgebogen auf das *Ziel* der Verhinderung der Nachrüstung. Ansonsten aber nichts zu den Thesen. Die folgenden Redner gingen in die gleiche Richtung. Debatte, in der aufeinander eingegangen würde, gibt es da nicht, ja, Dinge werden schlicht verfälscht:

„Friedensbewegung wird nicht glaubwürdig, indem sie dem anderen Blocksystem Abrüstung empfiehlt. Ihre Aufgabe ist, die Abrüstung und die Beseitigung von Konfliktursachen in der eigenen Gesellschaft voranzutreiben. Dazu allerdings muß sie sich der internationalen Kooperation der Friedensbewegungen über staatliche Grenzen und Blockgrenzen hinweg versichern. Solche Kooperation beinhaltet kritische Solidarität mit Friedensbewegungen in anderen Ländern ebenso wie die Respektierung der Autonomie der Friedensbewegungen in anderen Ländern." So hieß die letzte These Buros. Der Berichterstatter für das Plenum hatte daraus gemacht, die Friedensbewegung (hier in der BRD) dürfe *nur* Abrüstungsforderungen für den eigenen Block stellen. Fertig. Und als in der anschließenden Pressekonferenz danach gefragt wurde, ob denn auch über die Friedensbewegung in der DDR gesprochen wurde, da hieß es schlicht und einfach: nein; obwohl auch andere, z.B. Rudolf Bahro, während der Debatte in der Arbeitsgruppe kurz darauf eingegangen waren.

Sofern in den anderen Arbeitsgruppen kontroverse Debatten gelaufen waren, wurden sie in der Berichterstattung schlicht verfälscht, so daß auf jeden Fall eines sichergestellt war: Jede Arbeitsgruppe, sei es zu den Ostermärschen, sei es zu den Herbstaktionen '83, kam zu dem Ergebnis: Dadurch muß der Krefelder Appell gestärkt werden, er muß zu eine Volksabstimmung werden ... Es war schon penetrant. Kritik, z.B. von Bahro, an der *Politik*, die mit dem Krefelder Appell gemacht wird oder auch von Rebekka Schmidt von der Westberliner AL, wurde schlicht übergangen. Letztere ging insbesondere darauf ein, daß mit der Berufung und dem Hinweis auf den Krefelder Appell all die tatsächlichen Probleme, die eben darin bestehen, die bisher den Anliegen der Friedensbewegung skeptisch bis ablehnend Gegenüberstehenden zu gewinnen, zugedeckt werden, daß der Krefelder Appell in seiner Einseitigkeit ein Hindernis ist, in diese Kreise vorzudringen.

Solche Standpunkte bekamen wenig Unterstützung auf der Konferenz, auch deshalb, weil wichtige Teile der Friedensbewegung gar nicht mehr in Köln vertreten waren. Zwar sollen angeblich 700 Teilnehmer dagewesen sein (meine eigene Zählung kam auf höchstens 450), mehr als in Bonn im Februar dieses Jahres. Aber dieses „Mehr" drückt zweifellos keine größere Repräsentanz aus. Die Grünen waren fast gar nicht vertreten. Gruppen, die sich dem BAF zuordnen, nur wenig, auch viele Gruppen, die eher den Russell-Aufruf unterstützen oder die sich von DKP-beherrschten Gruppen lossagten, waren gleich gar nicht gekommen. Aber sicher lag es nicht alleine an einer zahlenmäßigen Unterlegenheit. In einer kurzen Diskussion von Gruppen, die den Europäischen Friedenskongreß in Westberlin mit vorbereiten wollen, im Anschluß an die Konferenz wurde vielmehr auch darauf eingegangen, daß offensichtlich ein Bestehen auf solchen Konferenzen, falls sie denn in bestimmten Fällen (und wohl nicht als ständig wiederkehrende Einrichtung) sinnvoll sind, in erster Linie davon abhängen, ob es gelingt, eine eigenständige Perspektive zu entwickeln. In dieser Hinsicht werden auf die Europäische Friedenskonferenz und ihre Vorbereitung einige Hoffnungen gesetzt. Am 6./7. November soll in Frankfurt hierfür ein weiteres Vorbereitungstreffen stattfinden, auf dem auch weiter über Konsequenzen aus der Aktionskonferenz beraten werden soll.



Die Aktionskonferenz der Friedensbewegung in der Aula der Kölner PH

Fortsetzung

Krieg im Libanon

Libanesischen Soldaten, die zu mehreren in dem Gebäude waren, einer der wenigen Plätze, wo ich überhaupt Angehörige der offiziellen libanesischen Armee gesehen habe, verboten uns später, zu fotografieren. Damit blieb mir nichts anderes übrig, als völlig untätig weiter zuzuschauen, wie in größter Hast dauernd neue Verwundete eingeliefert wurden. All diese Menschen sind Opfer eines Regimes, mit dem Westdeutschland freundschaftliche Beziehungen unterhält, ging mir durch den Kopf, die Waffen, die diese Menschen treffen, sind von meinen Steuergelden mitbezahlt worden. Dabei sind die Israelis durchaus imstande, den Gemayel selbst umzulegen, um einen Vorwand für die Besetzung der Stadt zu haben, und auch weil er nicht vollständig ihre willenlose Marionette war. Ich stellte fest, daß alle Menschen um mich herum den gleichen Gedanken schon längst vor mir gehabt hatten. „Wer außer den Israelis hat denn ein Interesse daran?", sagten sie. Schon zu diesem Zeitpunkt wies alles auf eine gut durchgeplante Aktion hin. Bereits am Sonntag waren die israelischen Stellungen Richtung West-Beirut vorgeschoben worden, nur drei Stunden nach der Bekanntgabe von Gemayels Tod waren sie in die Stadt eingedrungen, der Termin der Besetzung lag kurz nach dem Abzug der letzten ausländischen Truppen und kurz vor dem jüdischen Neujahrsfest.

Eines der grotesksten Bilder: ein israelischer Soldar betete neben seinem Panzer

Als ich am Freitag morgen durch die gespenstische Ruinenlandschaft am Hafen West-Beirut verließ, sagte der israelische Offizier am Kontrollpunkt zu meinem Begleiter im Taxi: „Wenn Sie zurückkommen wollen, müssen Sie sich beeilen, die Straßen werden um 13 Uhr dichtgemacht, wir haben Feiertag." Auf der ganzen Straße bis ins Bekaa-Tal trafen wir nur höchstens ein Dutzend andere Autos, dafür allerdings mindestens 6 israelische Kontrollposten und ebensoviele von der Katajeb. Eines der grotesksten Bilder, die ich je gesehen habe: ein israelischer Soldat betete neben seinem Panzer. Mit Tricks, die man besser nicht schildert, gelangten wir unversehrt an allen Posten vorbei. Nur der Taxifahrer hatte das Nachsehen: die Katajeb-Leute rissen sämtliche Verkleidungen seines Autos ab, und beinahe hätten sie ihn wegen eines Stapels alter Videokassetten, die im Kofferraum herumlagen, festgenommen. Als ich den ersten syrischen Soldaten sah, hätte ich ihn am liebsten umarmt, obwohl in Damaskus die überall präsenten Soldaten mit aufgeplanztem Maschinengewehr und Bajonett für mich ein abscheulicher Ausdruck des dortigen Polizeistaats gewesen waren.

Im Krankenhaus von Bar Elias im Bekaa klopften mir alle freudig auf die Schulter, sie hatten schon quasi darüber gewettet, ob ich lebendig zukommen würde.

In Beirut hatte ich in einer libanesischen Zeitung gelesen, daß Begin erklärt hatte, als erster Schritt hätte jetzt der Rückzug der PLO aus Tripoli und Bekaa zu erfolgen, in einem nächsten Schritt könnte man dann zu Verhandlungen über den Rückzug der israelischen und syrischen Militärs aus Libanon verhandeln. Dies schien mir bereits Teil der politischen Vorbereitung eines israelischen Großangriffs auf Bekaa und/oder Tripoli zu sein, daher machte ich mich schleunigst auf den Weg nach Damaskus, schließlich ging mein Flugzeug in ein paar Tagen. Fürs erste hatte ich die Nase voll, im Augenblick wollte ich nicht gerne in einem israelischen oder falangistischen Gefängnis landen.

Am Samstag traf ich in Varmuk, dem alten Palästinenserlager von Damaskus, einen alten Bekannten aus dem Bekaa-Tal. Er war immer ziemlich melancholisch gewesen. Als ich ihn eines Vormittags sah, sagte er zu mir: „Weißt du was, meine Frau ist gerade mit meinem Sohn aus Beirut angekommen." „Ich wußte gar nicht, daß deine Familie in Beirut ist", antwortete ich, „wie alt ist denn dein Sohn?" Als er antwortete, drei Wochen alt, verschlug es mit die Sprache – das Kind war in den Bombennächten von Beirut geboren worden. Was würde es wohl für ein Schicksal haben? Seit drei Monaten hatte I. nichts mehr von seiner Frau gehört gehabt. Schon am nächsten Tag hätte das Schicksal seinen neugeborenen Sohn beinahe eingeholt: als nämlich die Israelis die Gegend rings um das Krankenhaus bombardierten. So schnell wie möglich hatte er seine Familie nach Damaskus gebracht. Ob die Bomben sie hier wohl auch einholen werden?

Auf sein „Wie geht's?", die regelmäßige arabische Begrüßungsformel, konnte ich gar nicht richtig antworten. Schließlich brachte ich schlechte Neuigkeiten aus Beirut mit. Immer und immer wieder studierten alle Anwesenden die Fotoseiten aus meinen mitgebrachten libanesischen Zeitungen mit den Bildern der Zerstörung und der erdrückenden Präsenz des israelischen Militärs. „Das ist unser verlorenes Paradies", sagt er, „guck mal, hier hat unser Haus gestanden. Siehst du, wie wir hier leben? Wie die Beduinen, dabei können wir froh sein, überhaupt etwas gefunden zu haben."

„Am Montag kamen 16 Krankenschwestern und Ärzte in Damaskus an, die im Acca- und Gaza-Hospital gearbeitet hatten"

Am Sonntag vormittag erzählte mir ein Palästinenser auf der Straße, das jordanische Fernsehen hätte über Massaker in den West-Beiruter Flüchtlingslagern Sabra und Shatila berichtet, und in den dortigen Krankenhäusern Gaza und Acca seien Patienten und Beschäftigte umgebracht werden. Im Gaza-Hospital war meine Freundin Ellen!

Die syrischen Medien hatten bis dahin überhaupt nichts berichtet. Am Montag kamen 16 norwegische, französische und deutsche Krankenschwestern und Ärzte in Damaskus an, die im Acca- und Gaza-Hospital gearbeitet hatten. Einige waren kaum in der Lage, zu berichten. Die Palästinenser stellten hastige Fragen nach ihren dortigen Kollegen, und aus den einzelnen Bruchstücken von Erlebnissen gewannen wir nach und nach ein Bild von den Ereignissen, die sich dort abgespielt hatten. Im Acca-Hospital waren mindestens zwei palästinensische und ein ägyptischer Arzt erschossen worden, außerdem ein Krankenwagenfahrer, zwei Patienten durch Genickschuß getötet und eine palästinensische Krankenschwester vergewaltigt und ermordet worden. Einen Arzt aus Sri Lanka hatten die Haddad-Leute mit Waffengewalt und der Drohung, ihn aus dem Fenster zu schmeißen, zwingen wollen, Mädchen für sie herbeizuschaffen. Alle „weißen" Beschäftigten waren Freitag vormittag von Haddad-Leuten gesammengen worden, sich mit dem Rücken zur Wand aufzustellen, ein Offizier, 50 Leute mit Maschinengewehren im Anschlag hinter sich, beschimpfte sie als Kommunisten, Terroristen und Baader-Meinhofs und drohte damit, sie alle umzubringen. Schließlich wurden sie nahe der Kuweitischen Botschaft den Israelis übergeben. Auf dem Weg dorthin konnten sie sich davon überzeugen, daß die Israelis auf dem Dach der Kuweitischen Botschaft, einem höheren Gebäude, das gesamte Gelände hatten überblicken können. Die ersten Opfer und Überlebenden des Massakers waren schon am Donnerstag nachmittag ins Krankenhaus gekommen.

Einige Tage vorher hatte ich Dr. Abdallah Abu-Hassan, den Vizepräsidenten des Palästinensischen Roten Halbmonds gefragt, was seiner Meinung nach wir als Deutsche zur Unterstützung seiner Organisation tun sollten. Jetzt verstand ich seine Antwort besser. Er hatte mir gesagt, natürlich wäre materielle und humanistische Hilfe nicht schlecht, aber vor allem sollten die Ausländer, die hier gewesen seien, berichten, was sie gesehen hätten. Und wir sollten uns und unseren Leuten zu Hause, wenn wir auf medizinische Fragen angesprochen würden, klarmachen, daß das palästinensische Volk eine vernünftige Gesundheitsversorgung nur würde aufbauen können – in einem eigenen Land.

Dämpfer für Itzehoer Landrecht

Brokdorfprozeß gegen Hamburger Gewerkschafter geplatzt

edd.Hamburg. Das Itzehoer Landrecht hat einen gehörigen Dämpfer erhalten. Was Staatsanwalt Wieduwilt und auch der Direktor des Amtsgerichts Itzehoe als völlig normale Sache betrachteten, nämlich die körperliche Durchsuchung von Angeklagten und Pressevertretern vor dem Prozeßbeginn, wurde in einer einstweiligen Anordnung auf Antrag der beiden angeklagten Gewerkschafter Kay S. (IG Druck) und Uwe Z. (IG Metall) als unrechtmäßig durch die III. Kammer des Verwaltungsgerichts in Schleswig zurückgewiesen (Aktenzeichen 3D 105/82). Diese Maßnahmen, die die Brokdorfprozesse gleich in der gewünschten „Stammheimer Atmosphäre" stattfinden ließen, führten am letzten Verhandlungstag dazu, daß die Angeklagten sich weigerten, sich durchsuchen zu lassen und in den Gerichtssaal undurchsucht nicht eingelassen wurden. Das Gericht entschied, daß sie „eigenmächtig fehlten" und daher ihre Teilnahme nicht erforderlich sei. Dies ist durch den Entscheid des VG Schleswig gerügt worden, so daß das Gericht jetzt auf Aussetzung des Prozesses entscheiden mußte, weil die 10 Tagesfrist zwischen zwei Verhandlungstagen überschritten war, da der letzte Verhandlungstag unrechtmäßig ohne die Angeklagten stattfand und daher juristisch als nicht stattgefunden gilt.

Staatsanwalt Wieduwilt lehnte trotz der breiten Solidaritätswelle, dem öffentlichen Protest gegen diesen Prozeß und auch angesichts der Maßnahmen, die in der Öffentlichkeit die Angeklagten in die Nähe der Terroristenprozesse rücken sollten, die Einstellung des Verfahrens ab. Es muß nun von vorne wiederholt werden. Die politischen Instanzen haben sich offenbar darin verbissen, diesen Prozeß gegen die beiden Gewerkschafter wegen der Teilnahme an der Demonstration der 100000 am 28. Februar 1981 gegen den Weiterbau des AKW Brokdorf durchzuziehen. Jetzt müssen sie nicht nur nachträglich ihr Demonstrationsverbot rechtfertigen, sondern auch eine harte Verurteilung anstreben, um auch ihre Prozeßführung im nachhinein zu rechtfertigen. Dies, obwohl es die widersprüchlichsten Aussagen der Polizeioffiziere, einige Meineide von Polizeioffizieren gegeben hat. Dies, obwohl jedem allein aus den Aussagen der Polizei bisher klar wurde, daß es nicht um die „Wahrheitsfindung" geht, sondern um eine nachträgliche Rechtfertigung des Demonstrationsverbots, einen Angriff auf das Demonstrationsrecht.

fahrens ab. Es muß nun von vorne wie- | Kräfteverhältnisses ist.

Dieses Demonstrationsrecht, in Form des Versammlungsgesetzes, ist ebenso wie das Koalitions- und Streikrecht ein besonderes Recht, auch innerhalb der bürgerlichen Demokratie. Es ist nicht wie andere Grundrechte auf das Individuum bezogen, sondern erhält erst einen Sinn, wenn es kollektiv wahrgenommen wird. Deshalb sind diese beiden Rechte die wichtigsten Instrumente der Arbeiterbewegung und anderer gesellschaftlicher Opposition, die ihnen von der herrschenden bürgerlichen Klasse zugestanden wurde bzw. von ihnen erkämpft werden mußte. An ihnen wird besonders deutlich, daß Recht, Verfassung usw. in der Klassengesellschaft letztlich nichts anderes als der in Gesetze, in Paragraphen ausgedrückte Zustand des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses ist.

Zweierlei passiert nun in Itzehoe. Einmal suchen sich die Richter in ihrer juristischen Logik einzelne heraus, auf der anderen Seiten sollen mit diesen Prozessen gerade bestimmte Rechte eingeschränkt und angegriffen werden. Darum ist es schon ein Dämpfer für die Itzehoer Justiz und die politische Abteilung der Staatsanwaltschaft in Itzehoe, wenn ihre Maßnahmen nicht einfach so durchgezogen werden konnten, Rechte von Angeklagten und Verteidigern, der Öffentlichkeit und der Presse in diesen Prozessen wie im Duffke-Mohr-Verfahren nicht weiter mit Füßen getreten werden konnten, sondern gerade unter dem öffentlichen Druck und der breiten Solidarität, gerade aus dem gewerkschaftlichen Bereich, hier ein Punkt gesetzt wurde, der auch für andere politische Verfahren bedeutend ist. Dennoch kann nach den Aussagen des politischen Staatsanwalts Wieduwilt, den Prozeß nicht einzustellen, kein Zweifel an den Absichten der ihm vorgesetzten politischen Behörde bestehen, auch im Wiederaufnahmeverfahren eine Verurteilung durchzusetzen. Nur sind seine Karten schlechter geworden.

AKL-Brokdorf Prozeßnachrichten
zu beziehen über
Aktionskreis Leben,
Kleine Rainstraße 21,
2000 Hamburg 50
Tel. 040/3903533

Solidaritätskonto:
Michael Petersen:
Postscheckamt Hamburg
Konto: 1384 78-205, BLZ 20010020
Stichwort: Brokdorf-Verfahren

Solidaritätsveranstaltung

Curio-Haus Hamburg, Rothenbaumchaussee
Mittwoch, 20. Okt., 18.30 Uhr, Großer Saal
Es sprechen: Manfred Goll, Vorsitzender der IG Druck und Papier, OV Hamburg; Gerd Baisch, Rechtsanwalt, Verteidiger von Michael Duffke; Angeklagte und Rechtsanwälte des AKL
Es spielen und singen: Künstler des Schauspielhauses aus Hamburg; Chor Hamburger Gewerkschafter; Ina Deter + Band
Zur Veranstaltung rufen auf:
GEW, IG Druck und Papier, AKL

Solidaritätskonzerte

Aufhebung der Urteile gegen Markus Mohr & Michael Duffke · Einstellung aller Strafverfahren

Hamburg, 19./20. November
Großes beheiztes Zelt im Sternschanzenpark

Neumünster, 21. November
Holstenhalle, anschl. Demonstration zur Justizvollzugsanstalt

Bremen, 22. November
Stadthalle
Es spielen unter anderem:
Schmetterlinge · Ton Steine Scherben · Ina Deter + Band · Gebrüder Engel · Misty Roots · Acapulco Gold · Averlikers · Blues Kommission · Treibstoff · Heatwave · Knut Kiesewetter · Die drei Tornados



Polizei durchsucht jeden Zuschauer und will auch die Angeklagten am 3. Prozeßtag körperlich durchsuchen

GdP fordert Vermummungsverbot

Aber die Vorstellungen entsprechen nicht denen der CDU/CSU

gkr. Wird die neue Regierung in der Innenpolitik den Vorstellungen der CDU/CSU folgen und das Demonstrationsrecht wieder verschärfen, das Vermummungsverbot einführen etc., wie sie es in den vergangenen Jahren mehrmals erfolglos versucht hatte, oder wird sich die FDP, die ja wesentlich daran beteiligt war an gewissen Liberalisierungen, dagegen zur Wehr setzen? Zwar hatte der neue Innenminister Zimmermann zunächst verkündet, er werde sicher behutsamer vorgehen, als ihm nachgesagt würde, aber nicht nur das plötzliche Absetzen des für die Umweltpolitik bisher Verantwortlichen innerhalb des Ministeriums steht gegen diese Augenwischerei. Auch sonst ist eher anzunehmen, daß die FDP noch manche Kröte schluckt.

Das zumindest war eine der Rahmenbedingungen, unter denen die Gewerkschaft der Polizei (GdP) über Fragen des Demonstrationsrechts auf ihrem Kongreß beriet und die die Aufmerksamkeit und das Interesse an diesen Beschlüssen zusätzlich anhob. Immerhin war in der Vergangenheit bei verschiedenen Maßnahmen, z.B. bei der Frage der Einführung von CS-Gas oder bei der Wiedereinführung des „Meldedienstes Landfriedensbruch und verwandte Straftaten", etwas einfacher ausgedrückt „Störer-Datei", die Übereinstimmung mit Positionen der CDU doch recht weitgehend.

Eine Verschärfung des Demonstrationsrechts hat nun die GdP in Nürnberg abgelehnt. Die vorhandenen Mittel reichten aus, um „unfriedliche Demonstrationen" zu unterbinden oder dagegen vorzugehen. Bei der Frage der Vermummung hat sich nach heftiger Debatte ein Kompromiß durchgesetzt. Zwar soll „Vermummung" und „passive Bewaffnung" nicht ausdrücklich unter Strafe gestellt werden. Es soll aber durch eine Änderung des Versammlungsgesetzes klargestellt werden, daß „Maskierung und Passivbewaffnung auf unfriedliches Verhalten schließen lassen". Tatsächlich soll dies den Maßnahmen der Polizei Spielraum lassen, und manches, was sie heute schon macht, ausdrücklich legitimieren. Werden nicht schon heute Autos, die zu Demonstrationen fahren, genauso wie Busse etc. durchsucht, Helme, Spaten, Fahnenstangen beschlagnahmt und auch einzelne festgenommen? Eine Ausweitung läge darin, daß dann auch das Kopftuch, kann es doch der Maskierung dienen, beschlagnahmt werden könnte.

Diese ausdrückliche Legitimation ist gravierend, könnte schließlich doch auch unter Berufung auf einen solchen Gesetzespassus im Versammlungsgesetz eine Demonstration leichter verboten werden, weil ein „unfriedlicher Verlauf" zu erwarten ist (was, wie gesagt, schon bei Maskierung mit Kopftüchern vorliegen würde), aber es ist doch etwas anderes, als die CDU will. Diese fordert ein Verbot, wie auch eine Einschränkung der Versammlungsfreiheit. Das würde die *Pflicht* der Polizei bedeuten, einzugreifen, festzunehmen, nachher anzuklagen. Die Vorschläge der GdP scheinen eher darauf hinauszulaufen, sich die Möglichkeit für ein, je nach Kräfteverhältnissen, abgewogenes Eingreifen zu bewahren.

Programm der Walduni '82

Gefahren der Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen
Mit Harmut Schmidt, Marburg
Freitag, 22.10.1982, 20 Uhr, Rüsselsheim, Stadthalle im Rundfoyer

Grundwasserabbau im Hessischen Ried
Mit Dipl. Ing. Jochen Hanisch, Berlin
Freitag, 29.10.1982, 20 Uhr, Groß-Gerau, Rathaus Dornheim

Die Prüfung der Umweltverträglichkeit von Großprojekten
Dipl. Ing. Jochen Hanisch, Berlin; Arbeitsgruppe „Politik mit Gutachten", Samstag, 30.10.1982, 20 Uhr, Bürgerhaus Mörfelden, Gesellschaftssaal

Die militärische Infrastruktur im Rhein-Main-Gebiet und die Rolle der 18-West
Mit H. Müller und H.J. Schmidt von der hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung. Manfred Mohl aus der BI-Arbeitsgruppe und Teilnehmer aus weiteren Initiativen.
Freitag, 3.11.1982, 19 Uhr, Stadthalle Walldorf, Bühnensaal

Bürger im Widerstand
Bürger aus Mörfelden-Walldorf
Dienstag, 9.11.1982, 20 Uhr, Uni Frankfurt, Hörsaal 1

Saurer Regen
Mit Dipl. Chem. Nils König (Institut für Bodenkunde Göttingen)
Mittwoch, 10.11.1982, 19 Uhr, Kelsterbach, Gesamtschule

Frauen im Widerstand
Arbeitsgruppe der Walduni, Küchenbrigade u.a. Frauen
Samstag, 20.11.1982, 15 Uhr, Mörfelden, Bürgerhaus, Gesellschaftssaal

Veranstaltungen

Westberlin
Podiumsdiskussion: Lösungsansätze/Perspektiven für den Nahen Osten (Libanon/Palästina/Israel)
Freitag, 22.10.1982, 17.30 Uhr, Audi Max der TU
Teilnehmer: Mohamed Kanan, Bürgermeister von Tamra, Westgaliläa · Raya Rotem, Sprecherin des Komitees gegen den Krieg im Libanon · Abdallah Frangi, Vertreter der PLO in Bonn und Wien · Dan Diner, Wissenschaftler · Adal Elias, Journalist · Friedhelm Ernst, ESG Darmstadt · Erich Fried, Schriftsteller
Die Diskussion wird Samstag, den 23. und Sonntag, den 24. in Seminaren fortgesetzt, an denen – soweit als möglich – auch die Podiumsgäste teilnehmen. (Weitere Infos: siehe taz) Anmeldung und Nachfrage: AStA TU, Tel. 030/3148683

siehe taz) Anmeldung und Nachfrage: AStA TU, Tel. 030/3148683

Bremen
Informations- und Diskussionsveranstaltung zur aktuellen Lage in Polen. Veranstalter: Komitee „Solidarität mit Solidarność". Konsul-Hackfeld-Haus (kleiner Saal)
Freitag, 22.10.1982, 20.00 Uhr

Frankfurt
BI und wie weiter? Wo liegen die Fehler? Diskussion der Bürgerinitiative gegen die Startbahn West. Bürgerhaus Mörfelden, Gesellschaftssaal
Samstag, 16.10.1982, 14.00 Uhr
Öffentliche Mitgliederversammlung des KBW Frankfurt. Themen: Nach dem Regierungswechsel in Bonn und nach den Hessenwahlen; Änderung bei KVZ und Kommunismus und Klassenkampf. Schulungszentrum des KBW. Mainzer Landstraße 147
Donnerstag, 21.10.1982, 20.00 Uhr

II. Arbeitsseminar über Peter Weiss / Ästhetik des Widerstands
Material in „Umbruch" 10/1982; siehe auch „Umbruch" 8/1982. Anmeldung bei B. Wagner über c/o. KBW
30./31. Oktober 1982

Arbeitskonferenz
Global 2000. Perspektiven sozialistischer Politik. Veranstalter: Bundesvorstand der Jungsozialisten
5.–7. November 1982, Fachhochschule Köln

Arbeitsgruppen:

Arbeitsseminar „Inflation"
Beginn: Samstag, 16.10.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 17.10.1982

AG II **Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus**
Beginn: Samstag, 23.10.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 24.10.1982

AG **Fragen der Friedensbewegung**
nähere Hinweise siehe KVZ 38, Seite 5
Beginn: Samstag, 23.10.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 24.10., gegen 15.00 Uhr

Seminar Zur Studentenbewegung
nähere Angaben s. KVZ 39, S. 5
Beginn: Samstag, 30.10.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 31.10., gegen 16.00 Uhr
Ort: AStA der Universität Düsseldorf Universitätsstr. 1

Gewerkschaftsseminar des KBW: Gewerkschaftliche Strategie und der

Gewerkschaftsseminar des KBW: Gewerkschaftliche Strategie und der

Kampf um die 35-Stunden-Woche
Programm siehe KVZ 37 u. 38 jeweils Seite 12, Reader zu bestellen bis spätestens Mo., 11.10.1982
6./7. November

Anmeldungen zu Arbeitsgruppen und Seminaren spätestens 14 Tage vorher. Ort jeweils Tagungsräume des KBW, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 11, Tel. 0611/730231

Texte der Studentenbewegung
Reader zum Seminar am 30./31.10 in Düsseldorf (siehe KVZ 39), ca. 120 Seiten, broschiert, DM 6,50. Zu beziehen über: KBW Bezirk Köln, Neußer Str. 27–29, 5000 Köln.

Mitteilung
Der „heiße Herbst", die Gewerkschaften und die neue Bundesregierung. Anläßlich der DGB-Demonstrationen wollen wir ein kvz-extra erstellen und als Flugblatt zum Verteilen anbieten. Es soll mit der KVZ 42, d.h. am 21./22.10.1982 ausgeliefert werden. Bestellungen ab sofort, spätestens jedoch am 19.10.1982, an den
BUCHVERTRIEB HAGER
Postfach 111162 · 6000 Frankfurt 11
Tel. 0611/730234

Kommunistische Volkszeitung

Wochenzeitung. Herausgegeben von der Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Redaktion. Verantwortlich: Friedemann Bleicher · Gesellschaft, Politik (Inland): Günther Kruse · Ausland: cof, Theo Mehlen · Betrieb, Gewerkschaften: Gerd Heinemann, Michael Ackermann · Wirtschaft: Friedemann Bleicher · Jugend, Kultur: Michael Ackermann

Erscheint im Kühl-Verlag;
Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt

Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/730236 · Telex: 413080 kuehl d.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 DM; Jahresabonnement 90 DM; Halbjahresabonnement 46 DM; Vierteljahresabonnement 23 DM (jeweils einschließlich Porto) · Abbestellungen sollen 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein; das Abonnement verlängert sich sonst automatisch um den vorher bestellten Zeitraum.
ISSN 0720-8898
Spendenkonto des KBW: Frankfurter Volksbank e.G. Kto.Nr. 17132-2 (BLZ 50190000)

Westberlin, Mai 1983:

2. Europäische Friedenskonferenz

Kontroversen um die Vorbereitung innerhalb der AL

Veranstaltet wird diese Konferenz vom euroäischen Liaison-Commitee, einem Zusammenschluß und Beratungsgremium von europäischen Friedensorganisationen, Parteien, Parteiflügeln, Gewerkschaftsgruppen im Zusammenhang mit dem Aufruf der Russell-Peace-Foundation. Sie ist Fortsetzung und Erweiterung einer entsprechenden Konferenz in Brüssel im Sommer dieses Jahre, die vom selben Spektrum veranstaltet wurde (s. Liste). Es war zu erwarten, daß die inhaltliche Basis der Konferenz, der Russell-Aufruf, zu Kontroversen in der Westberliner und teilweise schon der westdeutschen Friedensbewegung führen würde. Hier ist nur von der Westberliner Kontroverse die Rede.

Unterstützt wurde die Konferenz von Anfang an vom „Arbeitskreis atomwaffenfreies Europa“ und Al-Mitgliedern. Inzwischen hat die AL auf ihrer MVV die Unterstützung beschlossen, desgleichen der GEW-Vorstand. Kritik an bestimmten Inhalten der Konferenz bei wohlwollender Duldung kam z.B. von der Aktion Sühnezeichen. Massive Kritik und der Versuch, das Kongreßprojekt zu übernehmen, kam von Einzelpersonen und Organisationen aus der „Friedenskoordination“, die auf der Basis des Minimalkonsenses arbeitet. Sie forderten die inhaltliche und organisatorische Übernahme des Kongresses durch ein Vorbereitungsgremium, das von der Friedenskoordination bestimmt wird.

Worum geht es bei diesem Streit? Aus der Friedenskoordination wird gesagt, daß der Kongreß von der Verhinderung der Nachrüstung ablenke. Diesen Leuten ist bekannt, daß die Diskussion der Nachrüstung ein wichtiger Bestandteil des Kongresses ist. Daher kann man die Kritik nur so verstehen, daß die Diskussion weitergehender Perspektiven der Friedensbewegung und Entwicklung von aktuellen Handlungsperspektiven in diese Richtung allenfalls Gegenstand von Kleingruppendiskussion, aber nicht zentraler Debatte sein soll. Das ist nicht akzeptabel und verhindert auch die notwendige Infragestellung der weiteren Perspektive des Krefelder Appells, dem zur Verhinderung der Nachrüstung ja nichts besseres mehr einfällt, als die 3 Millionen Unterschriften zur Volksabstimmung auszubauen.

Die inhaltliche Kritik z.B. auch von Aktion Sühnezeichen macht sich an 2 Punkten fest: blockübergreifende Friedensbewegung und nationale Frage. Zunächst: Gegenüber der bei den Kritikern vorherrschenden Befürchtung vor parallelen Veranstaltungen in Westberlin und Berlin-Hauptstadt wurde von den Veranstaltern erklärt, daß sie keine Aktivitäten in Berlin-Hauptstadt planen. Mir scheint diese Sache auch aufgebauscht. Ernsthafter ist der Streit darüber, ob die blockübergreifende Friedensbeweung nur ein Mythos sei. Inwieweit die Konferenz in Berlin zum Ort der Ost/West-Begegnung von Friedensbewegungen wird, – oppositionellen und/oder institutionellen –, ist noch offen. Jedenfalls liegt eine Einladung des sowjetischen Friedensrates an Organisatoren vor und es werden Gespräche mit autonomen Bewegungen Osteuropas geführt. Nützlich ist die Diskussion auf den verschiedenen Ebenen bestimmt. Sie bereits im Vorbereitungsstadium auszuschließen, entspricht nur bornierter westeuropäischer Sichtweise, die aus sich heraus weder den Nachrüstungsbeschluß verhindern wird, geschweige denn weitreichendere Veränderungen der europäischen Friedensbewegung in Angriff nehmen kann.

Gegenstand der Neuordnung Europas bei Auflösung bisheriger Blockstrukturen wird die deutsche Frage sein müssen. „Linke“ Empfindlichkeiten gegenüber diesem Problem werden seiner demokratischen Lösung sicher nicht dienlich sein. So wie die Kongreßplanung jetzt ist, wird dieses Thema im Rahmen der europäischen Veränderungen diskutiert. Und es drängt sich der Verdacht auf, daß mit der Abblockung dieses Themas mehr gemeint ist, als die deutsche Frage. Es geht darum, in welchen Formen und mit welchen politischen Kräften eine politische Neuordnung Europas angestrebt wird.

Auflösung der Blöcke oder Verzahnung der Blöcke, unter diesen Kürzeln läuft gegenwärtig eine Kontroverse auch innerhalb derjenigen Kräfte, die den Kongreß unterstützen. Konkret zwischen eher AL-orientierten und eher SPD-orientierten Westberliner Unterstützern. Für den Kongreß ist dabei die Frage, inwieweit die Diskussion des Palme-Berichts zum beherrschenden Thema des Schwerpunkts „atomwaffenfreie Zonen“ wird, oder Vorschläge zur Blockfreiheit und Neutralität europäischer Länder gleichberechtigt aufgenommen werden. Beides sind wichtige Themen, die aber auch beide zur Geltung kommen müssen.

Trotz aller Kontroverse, die Konferenz findet statt. Alle, die im Aufruf der Russell-Peace-Foundation einen wichtigen Orientierungspunkt in der Friedenspolitik sehen, sollten diesen Kongreß unterstützen und an der Vorbereitung aktiv mitarbeiten. *C.H.*

lenfalls Gegenstand von Kleingruppendiskussion, aber nicht zentraler Debat-
schen Friedensbewegung in Angriff nehmen kann.
Kongreß unterstützen und an der Vorbereitung aktiv mitarbeiten. C.H.

Arbeitspapier für die 2. Europäische Friedenskonferenz

(Convention for European Nuclear Disarmement)

Dieses Arbeitspapier bietet einen generellen Rahmen für die Europäische Friedenskonferenz in Berlin. Es läßt Raum für spezifische Themen und Fragestellungen, wie sie sich noch bis zum Beginn der Konferenz ergeben können. Das Papier ist eine Einladung zur weiteren Diskussion.

I. Ausgangspunkte

In Brüssel hat vom 2. bis 4. Juli 1982 eine erste europäische Friedenskonferenz auf der Basis des Russell-Peace-Appells für ein atomwaffenfreies Europa stattgefunden. In diesem Appell sind folgende friedenspolitischen Leitlinien formuliert:

– „Wir müssen gemeinsam darauf hinarbeiten, das gesamte Territorium Europas, von Polen bis Portugal, von atomaren Waffen, von Luft- und U-Boot-Stützpunkten und von allen Einrichtungen freizumachen, die mit der Erforschung oder Herstellung von Atomwaffen beschäftigt sind. Wir fordern die beiden Supermächte auf, sämtliche Atomwaffen vom europäischen Territorium abzuziehen.“

– „Es liegt in der Verantwortung der Bevölkerung jedes Landes, auf die Beseitigung von Atomwaffen und Stützpunkten in Europa, zu Land und zu Wasser, hinzuarbeiten und über die ihrem Land angemessenen Mittel und Strategien zur Erreichung dieses Zieles zu entscheiden.“

– „Wir müssen lernen, nicht gegenüber dem ‚Osten‘ oder ‚Westen‘, sondern untereinander loyal zu sein.“

– „Gleichzeitig müssen wir das Recht aller Bürger in Ost und West verteidigen und ausweiten, an dieser gemeinsamen Bewegung und an jeder Art von Meinungsaustausch teilzunehmen.“

– „Wir müssen uns allen Versuchen von Politikern aus Ost und West widersetzen, diese Bewegung zu ihrem eigenen Vorteil zu manipulieren. Wir wollen weder der Nato noch dem Warschauer Pakt Vorteile verschaffen. Vielmehr muß es unser Ziel sein, Europa aus der Konfrontation zu lösen, Entspannung zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion durchzusetzen und schließlich die großen Machtblöcke aufzulösen.“

Ausgehend von eben diesen Grundsätzen soll im Mai 1983 in Berlin (West) eine zweite europäische Friedenskonferenz durchgeführt werden. Träger der Berliner Konferenz wird, ebenso wie in Brüssel, ein europäisches Koordinationsgremium (Liaison-Committee) sein. Für die Wahl des Konferenzortes Berlin sprechen folgende Gründe:

– 1983 jährt sich zum 50. Mal die Machtergreifung des deutschen Faschismus. Wie in keiner anderen Stadt Europas zeigen sich im geteilten Berlin bis heute die Folgen dieser Machtergreifung.

– Eine dieser Folgen ist die Aufteilung Europas in zwei Blöcke. Berlin liegt an der Nahtstelle der Blockkonfrontation. Deshalb liegt es nahe, daß die europäische Friedensbewegung von dieser Stadt aus Initiativen zur Überwindung dieser Blockkonfrontation entwickelt.

– Die geplante Friedenskonferenz in Berlin kann den öffentlichen Meinungsbildungsprozeß sowohl in der Bundesrepublik als dem Kernland der Nato-„Nach“rüstung, als auch in anderen westeuropäischen Ländern und in den USA maßgeblich beeinflussen. Insofern kann sie auch einen wichtigen Beitrag dazu leisten, die Stationierung neuer Atomwaffen in Westeuropa zu verhindern.

– Für das Leben der Berliner in beiden Teilen der Stadt war, ist und bleibt die Entspannungspolitik von besonderer, unmittelbarer Bedeutung. Von daher ist gerade Berlin ein geeigneter Ort, um über neue Perspektiven und Möglichkeiten von Entspannungspolitik, entsprechend den veränderten weltpolitischen Bedingungen, zu diskutieren.

II. Ziele und inhaltliche Schwerpunkte der Berliner Konferenz

Während die Funktion der Brüsseler Tagung im wesentlichen darin bestand, ein gegenseitiges Kennenlernen der Friedensbewegungen aus den verschiedenen westeuropäischen Ländern und einen ersten direkten Erfahrungs- und Meinungsaustausch zu ermöglichen, soll mit der Berliner Konferenz der Versuch gemacht werden, einige Schritte weiterzugehen: Zum einen in Richtung auf die Diskussion und Ausarbeitung konkreter Aktionsformen auf nationaler und europäischer Ebene, zum anderen in Richtung auf die Weiterentwicklung und Verknüpfung schon bestehender friedenspolitischer Strategien. Dieser doppelten Zielsetzung entsprechen die beiden zentralen Themenschwerpunkte der Berliner Konferenz:

1. *Möglichkeiten von europäisch koordinierten Initiativen gegen die Stationierung neuer Atomwaffen in Westeuropa*

a) Militärische und politische Konsequenzen der „Nachrüstung“

b) Bilanz des europäischen Friedensengagements gegen die Stationierung neuer Atomwaffen; Erfahrungen mit bestimmten Aktionsformen; Verhältnis außerparlamentarischer Bewegungen zu Regierungsentscheidungen; Jeweils nationale Besonderheiten und Kräfteverhältnisse; Möglichkeiten europäisch koordinierter Aktivitäten bzw. Initiativen.

2. *Perspektiven eines atomwaffenfreien Europa im Zusammenhang von Alternativen einer europäischen Sicherheitspolitik*

(Diskussion über: Einseitige Abrüstung; Vorschläge für atomwaffenfreie Zonen wie z.B. im Rapacki- und Kekkonen-Plan oder im Bericht der Palme-Kommission; Pazifistische Alternativen und soziale Verteidigung; Kriegsdienstverweigerung; Defensive Waffensysteme und Strategien; Neutralität und Paktfreiheit; „Europäisierung“ und kollektives Sicherheitssystem; Perspektiven von Entspannungspolitik; Verhältnis von atomarer Abrüstung und konventioneller Aufrüstung.)

Im Zusammenhang dieser beiden Zielvorstellungen soll auf der Berliner Konferenz eine intensive Diskussion über folgende Themenbereiche stattfinden:

1. *Blockkonfrontation und Konzeptionen zu ihrer Überwindung*

a) Welche Auswirkungen hat die Blockkonfrontation auf die innenpolitischen Verhältnisse der Staaten in West und Ost? (Feindbilder in der herrschenden Ideologie, in Öffentlichkeit und Schule; Militarisierung der Gesellschaft; Einschränkung von Grundrechten; Unterdrückung von sozialen Emanzipationsbewegungen.)

b) Welche Folgen hat die Blockkonfrontation für die Beziehungen der europäischen Staaten untereinander? (Rolle der neutralen Staaten; Verhältnis der Atommächte zu ihren Bündnispartnern in Nato und Warschauer Pakt, die nicht über Atomwaffen verfügen.)

c) Welche besondere Verantwortung für den Abbau der Blockkonfrontation liegt bei den beiden deutschen Staaten? (Vorschläge zum Abzug aller Massenvernichtungswaffen von deutschem Territorium; Möglichkeiten für gemeinsame Initiativen beider deutscher Staaten für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa; Chancen eines Friedensvertrages zur Regelung der „deutschen Frage“; Die „deutsche Frage“ aus der Sicht unserer Nachbarn.)

2. *Soziale, ökonomische und ökologische Kosten der Rüstung*

a) *Bestandsaufnahme*

(Arbeitsplatzvernichtung; Kritik der Großtechnologien; Zusammenhang von ziviler und militärischer Nutzung der Kernenergie)

b) *Alternativen*

(Rüstungskonversion; Sanfte Technologien)

3. *Verschränkung von Ost-West- und Nord-Süd-Konflikt*

a) Militarisierung der internationalen Politik (Waffenexporte; Militärische Präsenz und Interventionen; Globales Hegemonialstreben und Schaffung von abhängigen Militärdiktaturen; Stellvertreterkriege)

b) Ökonomische Abhängigkeit der 3. Welt und Perspektiven für eine neue Weltwirtschaftsordnung

c) Verhältnis der europäischen Friedensbewegungen zu Konflikten und Befreiungskriegen in der 3. Welt (Wie können die Friedensbewegungen in Westeuropa zu einem blockunabhängigen Kurs der 3. Welt-Länder beitragen, die um ihre Selbstbestimmung kämpfen? – Ansätze und Chancen für atomwaffenfreie Zonen in der 3. Welt)

III. Charakter und Form der Berliner Friedenskonferenz

Nach der bisherigen Planung soll die Konferenz zwei Phasen haben:

1. Phase (Montag, 9. bis Mittwoch, 11. Mai)

Expertendiskussion in Form von Hearings mit begrenzter Teilnehmerzahl zu den o.a. Schwerpunktthemen.

2. Phase (Donnerstag, 12. bis Sonntag, 15. Mai)

Offene Plenartagungen und Foren zu den Schwerpunktthemen sowie vielfältige Arbeitsgruppen z.B. nach Berufsgruppen, nach Ländern bzw. Regionen und nach Aktionsformen.

An der Planung und Durchführung der Berliner Konferenz sollen neben autonomen Friedensgruppen auch Vertreter von politischen Parteien, von Gewerkschaften und von kirchlichen Initiativen beteiligt werden. Voraussetzung für eine mitverantwortliche Trägerschaft der Konferenz ist die Anerkennung der oben genannten Aussagen des Russel-Peace-Appells wie auch der in diesem Papier skizzierten Zielsetzungen und inhaltlichen Schwerpunkte.

***

Dieses Arbeitspapier wurde vom europäischen Liaison-Committee als dem Träger der Berliner Konferenz auf seiner Sitzung am 17. September 1982 in Brüssel einstimmig verabschiedet. Es soll als Basis für die Organisierung der Berliner Konferenz im Mai 1983 dienen.



Der Beschluß der Mitgliedervollversammlung der AL Westberlin

1. Die AL unterstützt als Unterzeichnerin des Russell-Friedens-Aufrufs und des Krefelder Appells die Durchführung der 2. Europäischen Friedenskonferenz in Berlin im Mai 1983. Sie begreift diese Konferenz als eine der vielfältigen Aktivitäten der Friedensbewegung im kommenden Jahr gegen Nato-„Nach“rüstung und für ein atomwaffenfreies Europa.

2. Die durch den Russell-Aufruf verbreitete Zielvorstellung eines atomwaffenfreien Europas bedarf als eigenständige Initiative innerhalb der europäischen Friedensbewegungen auch einer eigenständigen Diskussion der mit diesem Aufruf verbundenen Fragen und Probleme. Insoweit unterstützt die AL ausdrücklich die Absicht des Veranstalters der Konferenz, des europäischen Liaison-Committees an der Trägerschaft der Konferenz all diejenigen zu beteiligen, die den Russell-Aufruf unterstützen. Sie versteht das „Arbeitspapier für die Berliner Konferenz“, das vom Liaison-Committee am 17. September 1982 verabschiedet wurde, als Grundlage für die weitere organisatorische und inhaltliche Vorbereitung.

3. Die AL wird sich aktiv an der Vorbereitung der Konferenz beteiligen. Sie richtet zu diesem Zweck eine besondere Arbeitsgrupe ein, die diese Aufgabe verantwortlich übernimmt.

4. Die Arbeitsgruppe wird beauftragt, darauf hinzuwirken, daß

– die Verhinderung der Nato-„Nach“-rüstung ein zentrales Thema ist;

– in Zusammenhang mit der Diskussion über atomwaffenfreie Zonen und Blockauflösung in Europa die Idee der Paktfreiheit weiterentwickelt wird;

– der Zusammenhang von Menschenrechten und Frieden herausgearbeitet wird;

– Friedenspolitik als unabhängig von den Blöcken, von Regierungen und Parteipolitik verstanden wird.

Ferner wird sich die AL dafür einsetzen, daß in Vorbereitung und Durchführung der Konferenz breiter Raum dafür geschaffen wird, daß gerade auch Basisinitiativen ihre Erfahrungen und Fragestellungen einbringen können.

Die Arbeitsgruppe wird von der MVV beauftragt, dafür zu sorgen, daß hinsichtlich der Organisierung der Konferenz Transparenz hergestellt wird, und sich zu bemühen, eine Erweiterung der Trägerschaft der Konferenz herbeizuführen.

Wird die Putschgefahr den Wahlsieg der Sozialisten verhindern?

Die „faktischen Mächte“ stützen die Rechte / Unternehmer gegenüber PSOE flexibel

cof. Vier Wochen vor den vorgezogenen Parlamentswahlen in Spanien, die am 28. Oktober stattfinden sollen, hat der militärische Geheimdienst einen Putschplan – Codename „Operation Cervantes“ – aufgedeckt. Danach sollte unter Vermeidung einiger Fehler, die den Putsch vom 23. Februar 1981 scheitern ließen, eine Junta am Tag vor der Wahl Spanien vor den Sozialisten retten.

Daß gegen solche Projekte kein Gras gewachsen ist, solange die Struktur der Armee – neben Kapitalisten und Kirche die wichtigste der „faktischen Mächte“ in Spanien – nicht von Grund auf demokratisiert und von den Anhängern und Erben der Franco-Ära gesäubert wurde, ist das eine, und es setzt eine linke Macht voraus, die selbst von der PSOE, der Sozialistischen Arbeiterpartei Spaniens, nicht erwartet werden kann. Daß ausgerechnet der militärische Geheimdienst – inzwischen verfassungstreu, wie der „Spiegel“ behauptet? – „durch Zufall“ vom jüngsten Umsturzplan Kunde erhielt und ihn aufdeckte zu einem Zeitpunkt, zu dem sämtliche Autoritäten des Staates auf Reisen waren, legt ebenso wie die wenig entschlossene Verfolgung der Protagonisten eher Vermutungen nahe, es handelte sich hier um ein Manöver, den bis dahin allseits prognostizierten Wahlsieg der Sozialisten unter Felipe Gonzales abzuwenden. Ein Klima der Angst würde einen Teil der Wähler von der PSOE zur rechten Mitte ziehen, um das Militär nicht weiter zu provozieren.

Ein unsicheres Kalkül, denn umgekehrt könnte die Drohung mit der Militärmacht wiederum Teile der von den Früchten der „jungen spanischen Demokratie“ enttäuschten Massen an die Urnen bringen, denen bis zu 50% der Wahlberechtigten in letzter Zeit ferngeblieben. So geben sich die Sozialisten gelassen, während die rechte „Volksallianz“ unter Führung des Informationsministers unter Franco, Fraga Iribarne, versichern, bei ihnen wäre das nicht passiert, und der Pistolenschütze im Parlament, der Leutnant Tejero, zu dem wie zu den übrigen Führern des letzten Putschversuchs die nun Verhafteten engen Besucherkontakt unter komfortablen Haftbedingungen unterhielten, verkündet, auch eine Regierung der Volksallianz sei für nichts gut. Es gehe um „Gott, Vaterland, Ordnung und Arbeit“, und im Fall eines Wahlsiegs der Sozialisten müsse man alle Kräfte zusammenschließen, „um sie aus Spanien zu verjagen“.

Soviel nur zur Bedrohung seitens der äußersten Rechten, die, obwohl sie im letzten Jahr noch zur Trauerfeier für Franco zum Beispiel einige militante Demonstrationen zuwege brachte, sich doch nur auf ein halbes bis ein Prozent der Bevölkerung, beheimatet vor allem unter der städtischen Oligarchie, stützen kann – kein Trost natürlich, wenn eine Restauration in ihrem Sinne gelänge. Mögen Teile der unter anderem vom Tourismus und den Überweisungen der Arbeitsemigranten bislang profitierenden und angesichts der weltweiten, u.a. diese Verdienstquellen einengenden Krise bedrohten Kleineigentümer eine solche Rückkehr befürworten, so scheinen größere Teile der Kapitalisten, pragmatisch wie sie sind, sich doch eher auf die Nutzung der parlamentarischen Demokratie eingestellt zu haben. Der Treibhauskapitalismus unter Franco samt einer gewissen damit verbundenen internationalen Isolation fütterte zwar eine ganz bestimmte Kaste von Kapitalisten, deren Geschäftsverluste durch den Staat, d.h. mittels schlichter Schröpfung der jeder Gegenwehr beraubten Lohnabhängigen in Stadt und Land aufgefangen wurden, doch entwickelte sich selbst unter diesen Verhältnissen eine „moderne“ Bourgeoisie.

Diese sucht nun Anschluß an die EG, um die Zollhürde von 4–5% zu überwinden, und sie sucht natürlich nach Garanten des „sozialen Friedens“ im Rahmen einer freien Markwirtschaft. Für einen solchen „gemäßigten Übergang“ schien bis zum Putschversuch vom Februar 1981 die Stützung des Mittebündnisses der UCD (Union des demokratischen Zentrums) geeignet, die bei ihrer Gründung 13 Gruppierungen umfaßte. Gelang es der UCD zuerst, im „Pakt von Moncloa“ (benannt nach dem Sitz der Regierung) und vor gut einem Jahr im „Abkommen über die Beschäftigung“, Gewerkschaften und Linksparteien bis hin zu den Kommunisten in eine Art konzertierte Aktion einzubinden, so hat sich dieses Bündnis nicht zuletzt aufgrund persönlicher Rivalitäten, weniger auf Druck der angesichts der Wirtschaftskrise und innerer Differenzen arg angeschlagenen Gewerkschaften und Linksparteien, mittlerweile derart gespalten, daß sich eine neue Konstellation abzeichnet.

Die Sympathien der Kapitalisten gelten zweifellos der Volksallianz (ebenso die finanziellen Zuwendungen). Der Präsident ihres Verbandes CEOE, Ferrer Salat, meinte schon vor Jahresfrist: „Eine Partei der Mitte war wichtig in den ersten Jahren nach dem Ende der Diktatur. Jetzt brauchen wir sie nicht mehr.“ Und er verwies auf das französische Beispiel. Doch inzwischen scheint die Furcht vor den Sozialisten sich zu verflüchtigen, ja, eine sozialistische Regierung scheint eher günstige Bedingungen fürs Kapital zu garantieren.

Nachdem das ursprünglich angestrebte Bündnis der Volksallianz, die in den Regionalwahlen in Galizien an erster und in Andalusien (bei einer absoluten Mehrheit für die PSOE) an zweiter Stelle stand, mit dem verbliebenen Rest der UCD vor der Wahl nicht zustandekam (was eine Koalition hinterher nicht ausschließt), meinen führende Kräfte des Unternehmerverbandes, auch mit einer sozialistischen Regierung auskommen zu können. Für die smarte Führungsmannschaft der PSOE sind sie jedenfalls des Lobes voll wegen deren Mäßigung; Probleme sehen sie lediglich mit der Basis.

Doch da hat Gonzales mit hilfreicher Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung im Sinne von Godesberg ja bislang immer den Sieg davongetragen. In den 70er Jahren fern von jeder Reminiszenz an die radikale Tradition der spanischen Sozialisten der 20er und 30er Jahre als westdeutscher Zögling gepäppelt, konnte schon kurz nach Francos Verscheiden die „Diktatur des Proletariats“ abgelehnt und 3 Jahre später im März 1979 nach einem spektakulären Rücktritt von Gonzales der Bezug auf den Marxismus gegen den Widerstand von mindestens einem Viertel der Delegierten ausgeschaltet werden.

Wenn auch die Rechte, die gegen den angeblich zu staatsinterventionistischen Kurs der UCD die Rolle des Staates auf äußerste Subsidiarität zurückschneiden will, während die UCD selber in ihrem kurzfristig zusammengestoppelten Programm einen nach allen Seiten offenen Mittelkurs steuern will mit staatlichen Hilfen im Investitionsbereich, halten einige Kapitalisten den sozialen Konsens unter einer Rechtsregierung doch für gefährdet. Dies bei aller Vorliebe für ein Programm wie das der Volksallianz, wonach die Vermögenssteuer abgeschafft werden soll ebenso wie bestimmte Erbschafts- und Schenkungssteuern, der Beitrag zur Sozialversicherung gesenkt und das Haushaltsdefizit aus „echten Einkünften“ finanziert werden soll, was vor allem auf die Einführung der Mehrwertsteuer anstatt der bisher existierenden Umsatzsteuer hinausläuft.

Demgegenüber fordert die PSOE in ihrem Wahlprogramm unter dem Motto, alle politischen Sektoren sollten zusammenarbeiten, und nötig sei, die bürgerliche Revolution in Spanien zu vollenden, nicht mehr als die ohnehin eingeleitete Verstaatlichung der Energieversorgung (wobei die so wichtige Wasserwirtschaft ausgenommen ist), wie die Begrenzung der Kernenergie und staatliche Kontrollen der vom Bankrott bedrohten Banken. Außerdem die Gewährung von Hilfen für kleinere und mittlere Unternehmen, wodurch in vier Jahren 800000 Arbeitsplätze geschaffen werden sollen.

Auf die Frage, worin sich dieses Programm denn von dem der UCD unterscheide, antwortete Gonzales gegenüber *Le Monde*: „Wir möchten das politische Leben moralischer gestalten. Das erscheint vielleicht unwichtig. Aber das ist fundamental für eine Gesellschaftsveränderung. Wir sind zum Beispiel fest entschlossen, daß parlamentarische Funktionen künftig unvereinbar mit hohen Beamtenposten sind. Das ist wesentlich. Wir wollen, daß die öffentlichen Unternehmen wirkungsvoll funktionieren, daß sie ehrlich verwaltet werden. Das wäre eine große Veränderung. Wir wollen die Bereicherung aus öffentlichen Funktionen beenden. Das heißt, wir setzen uns dafür ein, daß die Funktionen sich nicht nach dem Parteibuch richten, sondern nach den Fähigkeiten. Das ist eine Revolution! Der Wechsel würde die Demokratie stabilisieren...“

Das Programm der von inneren Krisen geschüttelten kommunistischen PCE unter Carrillo geht da kaum weiter: staatliche Investitionen, nicht nur für Verlustbetriebe, Erhöhung der direkten Steuern, keine Verstaatlichung der Banken, lediglich einige Kreditvergabekontrollen. Und auch Camacho, Führer der kommunistisch dominierten Arbeiterkommissionen (CCOO) befürwortet das Programm der Sozialdemokratien, wiewohl er ihnen vorwirft, die Notwendigkeit eines Blocks aller fortschrittlichen Kräfte, vom linken Flügel der UCD bis zur PCE, angesichts des rechten Drucks zu unterschätzen: „Was zählt, ist nicht allein die Vertretung der Arbeiterinteressen, sondern derjenigen der ganzen Gesellschaft.“



Operation Cervantes vorläufig vereitelt



Am Dienstag veranstaltete die britische Regierung und das Militär die Falkland-Siegesparade. Damit das Bild der glorreichen Kolonialtruppe auch nicht getrübt werde, verbot Thatcher den verkrüppelten Soldaten die Teilnahme. Mit dieser Parade wurde nicht nur der Chauvinismus weiter gepflegt. Mit ihrem Falkland-Krieg hat die britische Regierung das mögliche Bündnis zwischer Dritter und Zweiter Welt gegen die beiden Supermächte erheblich belastet, indem sie den historischen Dekolonisierungsprozeß gewaltsam aufhielt. Mit dieser Siegesparade wird diese Beziehung weiter gestört, ist sie doch auch als Affront gedacht.



Vergangene Woche Dienstag abend in Buenos Aires: Trotz Demonstrationsverbot durch die Militärjunta wurde eine Demonstration von 10000 Menschen durchgeführt. Die Forderungen waren Aufklärung des Schicksals der in den 70er Jahren spurlos „verschwundenen“ Personen, die Freilassung aller politischen Gefangenen sowie Verbesserung der Haftbedingungen.

Zimbabwe Netzwerk gegründet

Am Wochenende vom 24.–26.9. wurde in Bonn das „Zimbabwe Netzwerk“ gegründet. Rund 60 Teilnehmer – aus Afrika-Solidaritätsgruppen der ganzen BRD, die jahrelang den Befreiungskampf Zimbabwes unterstützt hatten, entwicklungspolitischen Aktionsgruppen und von Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit – waren Gründungsmitglieder. Ziel der Gründung als feste Organisation ist es, die seit zwei Jahren in dem lockeren Zusammenhang als „Koordinationskreis Zimbabwe“ angefangene Arbeit systematisch anzugehen und ausbauen zu können: Den Aufbau des unabhängigen Zimbabwe solidarisch zu unterstützen und die Solidaritätsarbeit zusammenzufassen.

Dieses Konzept wird von „Zimbabwe Netzwerk“ auch als Schritt verstanden, aus der bisher oft eingeschränkten Solidaritätsarbeit, die einfach so ausgesehen hat, daß ein Volk, das man im Kampf um seine Befreiung tatkräftig unterstützt hat, nach Erreichung der staatlichen Unabhängigkeit sich selbst überlassen wird – und den zwischenstaatlichen Beziehungen; daß man sich selbst anderen Befreiungskämpfen zugewandt hat und in der Politik der befreiten Länder nurmehr „Abweichungen“ feststellte. Das Gegenteil davon ist nun kein Nachbeten von Regierungspositionen, sondern ein solidarisch-kritisches Begleiten des Aufbaus eines unabhängigen Landes entlang seinem von ihm selbst zu wählenden Weg. Dafür muß man sich natürlich in Zukunft mit der Aufbauproblematik viel intensiver auseinandersetzen. Das will „Zimbabwe Netzwerk“ ermöglichen und selber tun.

In seiner Praxis bemühte sich schon der Koordinationskreis, alle diejenigen an einen Tisch zu bringen, die mit Zimbabwe zusammenarbeiten, also auch Vertreter möglichst aller Träger von Entwicklungs„hilfe“ (wie die Parteien-Stiftung, die GTZ, Otto-Benecke-Stiftung u.a.), um deren Projektarbeit in Zimbabwe durchsichtig zu machen und auf ihre Wirkung auf die unabhängige Entwicklung des Landes hin zu überprüfen, um neo-kolonialen Lösungen entgegenwirken zu können.

– Die *praktische Solidarität* stand von Anfang an im Zentrum, das soll so bleiben: Gemeinsam mit „Brot für die Welt“, „Terre des hommes“, „Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt“ u.a. wurde bei einer der neuen Schulfarmen – Nkuleleko – mit Geldsammlungen unterstützt. Die dort und in anderen Schulfarmen praktierte „Erziehung mit Produktion“, die die zimbabwische Regierung als Keimform für eine Umwälzung des Erziehungswesens ansieht, wird Zimbabwe Netzwerk weiter gezielt fördern. Ausführliches Informationsmaterial ist vorhanden (auch Dia-Serien). Weitere Projekte in Vorbereitung: Z.B. die Sammlung gebrauchter Handwerksmaschinen (für Schreinerei und Schlosserei) für die Eigenversorgung der Schulfarmen und Lehrwerkstätten für Jugendliche und ausgemusterte Befreiungskämpfer.

– Die *Informationsarbeit* ist ein weiterer Schwerpunkt, Informationsarbeit, die die bürgerliche Berichterstattung (Krisen, Morde, Stammesfehden ...) konterkarieren soll. Dazu gehört ein funktionierendes Informationswesen für die Mitglieder und Interessierten an Zimbabwe Netzwerk, nach außen wird es sich mit Informationsveranstaltungen, Seminaren und Vorträgen wenden. Eine Partnergruppe in Harare/Zimbabwe (dort arbeiten Deutsche) stellt einen zweiwöchentlichen Pressespiegel aus den dortigen Zeitungen zusammen, für jeden hier erhältlich.

– Darüber hinaus versteht sich „Zimbabwe Netzwerk“ als eine Art *Clearing-Stelle*, als Informationspool für jeder Art Kenntnisse und Fachwissen über Zimbabwe, das vermittelt wird und breit zur Verfügung gestellt werden soll.

– Dem Kennenlernen der *Volkskultur Zimbabwes*, soll eine Rundreise einer zimbabwischen Kulturgruppe durch die BRD im Frühjahr '83 dienen, vorbereitet in Zusammenarbeit mit den Erziehungsminister Mutumbuka. Mit Drama-, Tanz- und Musikelementen sollen mit dieser Aufführung die drei Stufen: koloniale Ausbeutung und Unterdrückung, Befreiungskampf und Aufbau des unabhängigen Zimbabwe, dargestellt werden.

Interessenten für Mitgliedschaft, Mitarbeit und Unterstützung mögen sich zahlreich melden. Kontaktadresse und weitere Auskünfte:
Helmut Osang · Graurheindorferstraße 75 · 5300 Bonn 1 · 0228/632203

Der Kampf der jugoslawischen Völker für soziale Freiheit, nationale Unabhängigkeit und Einheit (1918 – 1945)

Interview mit General a.D. Franjo Knebl

Anläßlich des 38. Jahrestages der Befreiung Belgrads vom Faschismus (20. Oktober 1944) Franjo Knebl schildert in diesem Interview die inneren und internationalen Bedingungen und Schwierigkeiten der jugoslawischen Völker und der KPJ im Kampf um die Befreiung Jugoslawiens. U.a. bezieht Knebl dabei die Position, daß die Politik der Sowjetunion schon zu Beginn des II. Weltkrieges von Großmachtinteressen geleitet wurde.

Wie war die innenpolitische Lage zur Zeit der Gründung Jugoslawiens?

Die Gründung des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen 1918 war das Ergebnis des Unabhängigkeitskampfes der südslawischen Völker. Zum ersten Mal in der Geschichte bildeten sie einen einheitlichen Staat. Aber die Belgrader Regierung wollte ganz Jugoslawien serbisieren. Alle staatlichen Institutionen waren mit Serben besetzt. Die anderen jugoslawischen Nationalitäten wurden unterdrückt. Die serbische Bourgeoisie führte eine anti-jugoslawische Politik. Sie öffnete erst für Frankreich und dann 1936/37 Hitler das Land. 1919/20 herrschte in Jugoslawien wie in vielen europäischen Ländern, unter dem Einfluß der Oktoberrevolution, eine revolutionäre Situation. Viele Soldaten hatten eine revolutionäre Einstellung und wollten nicht für und unter Österreich-Ungarn kämpfen. Innerhalb der Arbeiterschaft hatte die erst gegründete Kommunistische Partei Jugoslawiens (KPJ) einen großen Einfluß. Bei den Parlamentswahlen 1920 wurde sie drittstärkste Partei.

Warum konnte die KPJ diese Situation nicht für einen revolutionären Umsturz nutzen?

Die Armee war immer noch Instrument der serbischen Bourgeoisie. Der Einfluß der Kommunisten auf dem Dorf war nicht sehr groß. Wenn nicht der Großteil der Bevölkerung für die Revolution ist, kann keine Revolution gemacht werden. Auf die sozial und national bedingten Kämpfe reagierte die serbische Bourgeoisie mit dem Verbot der KPJ.

Zur Person von Franjo Knebl:
Während des Krieges Kommissar einer politischen Abteilung der jugoslawischen Armee in Belgrad. Nach dem Krieg ging er in der Funktion eines Generals als Militärattaché in die USA. 1959 trat er aus der Armee aus und ging für 12 Jahre als Botschafter nach Indonesien. F. Knebl war 10 Jahre Mitglied im ZK Kroatiens und Minister für Forstwesen. Heute ist er Präsident des Naturschutzes der kroatischen Regierung.

1928/29 herrschte in Jugoslawien im Zuge der Weltwirtschaftskrise eine tiefe Wirtschaftskrise. Von der Agrarkrise war der größte Teil der Bevölkerung betroffen. Es kam zu Bauernaufständen. Warum hat die KPJ diese revolutionäre Situation nicht nutzen können?

Der Einfluß der KPJ war zu dieser Zeit gering. Starke Bauernparteien existierten in Serbien und Kroatien. Erst 1937 wuchs der Einfluß der Kommunisten unter den Bauern. Die fehlerhafte Politik der KPJ ist vor allem darauf zurückzuführen, daß das Zentralkomitee bis 1937 sich im Ausland befand und die Direktiven nicht aufgrund der Untersuchung der innerjugoslawischen Verhältnisse ausgab. Zu dieser Zeit stand die KPJ unter großem Einfluß der Kommunistischen Internationale. 1929 gab die KI die Direktive aus, den bewaffneten Aufstand zu organisieren. Durchgeführt wurde er allein von den Kommunisten. 1929 errichtete König Alexander eine faschistische Diktatur, die KPJ wurde fast vernichtet. Dieselbe Direktive (bewaffneter Aufstand) haben die Russen den Indonesiern zweimal gegeben. Das geht nicht, wenn die objektiven Bedingungen (und die subjektiven) nicht vorhanden sind. Als Tito Ende 1936 Generalsekretär der KPJ wurde, begann er, die Partei im Inland neu zu organisieren.

Am 6.4.41 überfielen deutsche, italienische, bulgarische und ungarische Faschisten Jugoslawien. Nach 11 Tagen kapitulierte die jugoslawische Armee. Warum konnten die Faschisten in so einer kurzen Zeit die Kapitulation erzwingen?

Weil die jugoslawische Regierung korrumpiert war. Die Hälfte der Offiziere und des Generalstabs war gekauft und wollte keinen Krieg führen, die Massen aber. Die Kommunisten wollten kämpfen und gingen zu den Stäben, um Waffen zu verlangen – sie wurden arrestiert. Die jugoslawischen Kommunisten hatten sich insbesondere seit dem Hitler-Stalin-Pakt auf den Krieg vorbereitet, weil sie wußten, daß der größte Feind der Völker Europas der Faschismus war. Nach 1941 war der Einfluß der KPJ sehr groß. Obwohl wir nur 10000 Mitglieder hatten. Die Kommunisten wurden bei allen Entscheidungen gefragt. Nach dem Überfall auf Polen war uns klar, daß es zum Krieg kommen würde. Wir haben alle Waffen gesammelt. Nach dem Überfall der Faschisten auf die Sowjetunion am 22.6.41 wußten wir, daß alle Kommunisten von den faschistischen Okkupanten verhaftet und vernichtet werden sollten. Um 6.00 Uhr morgens wurden die ersten Verhaftungen durchgeführt. Aber bereits um 4.00 Uhr hatte das ZK dazu aufgerufen, in die Wälder zu gehen, um den Partisanenkampf aufzunehmen.

Warum kam die Direktive zum bewaffneten Aufstand nicht schon vor dem Überfall des deutschen Faschismus auf die Sowjetunion? Djilas vertritt die Auffassung, daß die KPJ erst am 22.6.41 dazu aufrief, weil sie sich an den deutsch-russischen Nichtangriffspakt gebunden fühlte und nicht ohne Zustimmung der KI zum bewaffneten Aufstand aufrufen wollte.

Nein! Wir wußten, daß die Faschisten die SU angreifen werden und daß vorher kein Aufstand in Jugoslawien möglich war. Als aber der größte Teil der faschistischen Truppen durch den Kampf gegen die SU gebunden wurde, konnten wir unsere Chance wahrnehmen. Am 4.7.41 gab das ZK der KPJ die Direktive zum bewaffneten Aufstand aus. Die Partisanen kämpften mit der SU gegen den gemeinsamen Feind. Die KPJ handelte nicht auf Anweisung der Komintern. Die Ausgabe der Losung zum bewaffneten Aufstand wurde allein durch diese militärpolitischen Überlegungen bestimmt.

Wie reagierte die KPJ auf den Hitler-Stalin-Pakt von 1939?

Wir konnten es nicht verstehen. Wie sollten wir es den Massen erklären? Wir wußten, daß die Faschisten Jugoslawien vernichten wollten. Wir hatten
lawien vernichten wollten. Wir hatten
Hitlers „Mein Kampf" gelesen, und wußten, daß Hitler die Slawen als „Mistvolk" bezeichnete. Wir konnten uns den Pakt nur so erklären, daß es ein taktisches Spiel seitens der SU war, um Zeit zur Vorbereitung der Verteidigung gegen einen faschistischen Angriff zu gewinnen.

Heute wissen wir aufgrund verschiedener Dokumente (u.a. durch das geheime Zusatzprotokoll zu Polen im Pakt), daß der Pakt ein Pakt zwischen Großmächten zur Aufteilung ihrer Interessenssphären war. Stalin traf keine Vorbereitungen zur Verteidigung der SU. Er nahm an, daß der Frieden länger dauern würde.

Nach dem Überfall auf die SU erging an die KPJ ein Funkspruch der KI, in dem die KPJ dazu aufgefordert wurde, gegen die faschistischen Unterdrücker den Befreiungskampf zu organisieren. Die KI forderte, daß die KPJ nicht für eine sozialistische Revolution, sondern nur für die Befreiung vom Faschismus kämpfen solle. Wie verhielt sich die KPJ gegenüber dieser Forderung?

Wir kämpften für ein neues und sozialistisches Jugoslawien, nicht für das alte! Das Volk sollte etwas von seinem Kampf haben. Und nicht wie nach dem I. Weltkrieg mit leeren Händen dastehen. Aber das erste Ziel war der Kampf für die Befreiung vom Faschismus. Stalin war sehr böse, denn er wollte kein sozialistisches Jugoslawien. Es gibt genügend Dokumente, worin er uns angriff, wir würden mit unserem Kampf für den Sozialismus seine Verbündeten, Großbritannien und Amerika, verärgern.

Für welche Form des bewaffneten Kampfes entschied sich die KPJ?

Die KPJ entschied sich für den Partisanenkampf. Die KI hat uns großen Schaden bereitet. Wir sollten in den Städten kämpfen. Der Partisanenkampf war aber die einzige Alternative.

Warum war die Konzeption des Partisanenkampfes gegenüber den klassischen Formen des revolutionären Kampfes (Demonstration, Streiks, Sabotage, Aufstand in den Industriezentren) die einzige Alternative?

Die Arbeiterklasse war zahlenmäßig sehr schwach. Nicht einmal 20 Prozent der Bevölkerung lebte in den Städten. Über 80 Prozent der Bevölkerung waren Bauern und lebten im Dorf. Es gab durchaus auch Sabotageaktionen in verschiedenen Städten. Aber wenn man einen Volkskrieg in Jugoslawien gewinnen wollte, dann mußte man die Bauern hinter sich haben.

War die Form des Partisanenkampfes die Hauptform des bewaffneten Kampfes während der ganzen Zeit des Volksbefreiungskrieges?

Nein. 1944/45 besaßen wir schon eine reguläre Armee. Wir führten die Kämpfe an langgezogenen Fronten. 1943 wurde eine provisorische jugoslawische Regierung gebildet. Jeder Staat hat eine reguläre Armee. Dennoch haben wir bis zum Ende auch die Taktik des Partisanenkampfes angewendet.

Diese Form des Volkskrieges war einmalig in der Militärgeschichte. Zum erstenmal wurde eine Armee aus Partisanen gebildet. Stalin war gegen die Armeebildung. Als wir die erste Proletarische Brigade aufbauten, reagierte Stalin mit dem Vorwurf, daß damit die Verbündeten verärgert würden und wir keine bräuchten.

In welchen Gebieten operierten die Partisanen zu Anfang schwerpunktmäßig?

In Serbien war unser Hauptquartier. 1941 war ein großer Teil des Territoriums befreit. Aber auch in allen anderen Gebieten wurden Partisaneneinheiten gegründet. Zum Beispiel in Montenegro kämpften die Massen gegen die Italiener, aber nach den ersten größeren Angriffen der Italiener erschlaffte der Widerstand. Erst als wir dort auch
der Widerstand. Erst als wir dort auch
Partisaneneinheiten gründeten, wuchs der Einfluß der Kommunisten. In Bosnien und Herzegowenia waren 1941 größere Teile befreit, 1942 auch in Kroatien, Slovenien und Mazedonien.


Faschistische Truppen 1941 in Jugoslawien auf dem Vormarsch

Warum konnten die Partisanen in so kurzer Zeit schlagkräftige Partisaneneinheiten bilden? Von wem erhielten sie die Waffen? Mit welchen Waffen kämpften sie?

Wir hatten schon vor Kriegsbeginn Waffen gesammelt. Wo die Bevölkerung für unseren Kampf war, hatten wir alles. Die Kämpfer wurden täglich mehr, so daß wir bald mehr Kämpfer als Waffen hatten. Die meisten Waffen erbeuteten wir von unseren Feinden. Z.B. erbeuteten wir 1943 von den Italienern eine ganze Panzerbrigade.

Als Churchills Sohn nach Jugoslawien kam, fragte er uns, wo wir unsere Munition herbekommen würden, wir hätten ja keine Munitionsfabriken. Daraufhin erklärten wir ihm den Unterschied zwischen einer normalen und unserer Armee. Wir holten uns alles, was wir brauchten, vom Feind. Viele unserer Aktionen und Angriffe galten nur den Waffen und der Munition. Wir griffen ganze Divisionen fingiert von allen Seiten an und kleine Trupps erbeuteten im Feindesinneren die Munition. Ein anderes Beispiel: Tausende Inselbewohner sind zu den Partisanen gegangen. Viele Fischer, die 1942 zu den Partisaneneinheiten stießen, bauten ihre Fischerboote zu Kriegsschiffen um, indem sie Kanonen und MGs an Deck montierten. Als Schutz benutzten sie Sandsäcke. So wurde im Jahre '42 und '43 die jugoslawische Marine aufgebaut.

Gegen wen mußte die jugoslawische Marine vor allem kämpfen?

Gegen die italienischen und deutschen Kriegsschiffe. In einer Bucht z.B. beschossen wir ein deutsches Kriegsschiff von den Bergen aus und die Partisanenschiffe enterten das Kriegsschiff.

Nach der Niederlage der jugoslawischen Armee zogen sich serbische Militärs in die Berge zurück. Oberst Mihailović, ein Anhänger des Königs, war ihr Anführer. Welche Rolle spielten die Militärs (Tschetniks) von Mihailović im Volksbefreiungskampf?

Sie waren keine Antifaschisten. Sie haben keinen einzigen Schuß auf die Faschisten gerichtet. Sie kämpften gegen die Partisanen und dafür, daß nach dem Kriege die in London sich aufhaltende Exilregierung Jugoslawiens mit König Petar an der Spitze die Macht zurückerhalten konnte. Sie warteten auf den militärischen Sieg der Briten über die Faschisten und unterstützten damit die britische Politik.

Welche Politik betrieben die faschistischen Besatzer gegenüber der Zivilbevölkerung?

Sie nutzten die nationalen Gegensätze unter den jugoslawischen Völkern aus, indem sie Kroaten und Serben aufeinanderhetzten. Kroaten und Serben sollten sich selbst vernichten. Dies war
sollten sich selbst vernichten. Dies war
möglich, weil die jugoslawische Regierung vor dem Krieg eine großserbische Politik betrieben hatte. Sie hatte ganz Jugoslawien serbisiert. Die Kroaten rebellierten dagegen. Diese Widersprüche nutzten die Besatzer aus. Die Tschetniks unterstützten sie dabei. Sie rotteten ganze kroatische und moslemische Dörfer aus. Nicht anders die kroatischen Faschisten (Ustascha), die z.B. in einer Kirche Serben hinschlachteten. Die faschistischen Besatzer setzten in Jugoslawien ihnen hörige Marionettenregierungen ein, die die Ausrottungspolitik der Faschisten unterstützten. Die jugoslawische Exilregierung verschickte an die jugoslawischen Quislinge Namenslisten, wo hinter dem Namen der Menschen, die abgeschlachtet werden sollten, der Buchstabe „Z" für das jugoslawische Wort „schlachten" stand.

Eine weitere Methode der Nationalitätenpolitik der Besatzer zur Niederhaltung des Volksaufstandes war die Umsiedlungspolitik. Nach der Kapitulation wurde Jugoslawien unter den Okkupanten aufgeteilt. Z.B. wurden in dem Gebiet, das dem Deutschen Reich zugeteilt wurde, alle Slowenen nach Serbien ausgesiedelt. Die KPJ propagierte Bruderschaft und Einheit als einzigen Ausweg aus dieser Vernichtungspolitik. Es hat sehr lange gedauert, bis international bekannt wurde, daß die Partisanen den Kampf gegen die Faschisten führten. Z.B. hat Radio London bis 1943 die Erfolge der Partisanen immer wieder als Erfolge der Tschetniks ausgegeben. So tat es auch die Sowjetunion.

Wie wurde in den von Partisanen befreiten Gebieten die Volksmacht aufgebaut?

In den befreiten Gebieten wurden Volksbefreiungsausschüsse gebildet, in die jeder Jugoslawe gewählt werden konnte. Die Ausschüsse waren alles – die ganze Macht. Auch in nicht befreiten Gebieten gab es solche Ausschüsse. Die Partisanen haben mit Hilfe dieser Ausschüsse Nahrung und Kleidung erhalten.

Wie unterstützte die Bevölkerung den Kampf?

Z.B. gingen ganze Krankenhausmannschaften zu den Partisanen über. Partisanen wurden in den Krankenhäusern, wo Ärzte mit uns sympathisierten, geheilt.

Gegen Ende des Volksbefreiungskrieges verfügte die jugoslawische Armee über eine Luftwaffe. Woher hatte sie diese und wo wurden die Flieger ausgebildet?

Nachdem Ende 1943 die Volksbefreiungsarmee in allen Teilen Jugoslawiens siegreich war und die Niederlage Hitlers unvermeidbar wurde, und die Allierten in Italien gelandet waren, mußte Großbritannien die Volksbefreiungsarmee anerkennen, wenn sie nicht ihren Einfluß auf den Balkan verlieren wollte. In diesem politischen Zusammenhang wurden Jugoslawen als Flieger von Großbritannien in Nordafrika ausgebildet. Später erhielten sie eine Basis in Italien. 1944/45 wurden jugoslawische Piloten in der Sowjetunion ausgebildet. Die ersten Flieger Franjo Kluz und Rudi Cajevac flogen über zu den Partisanen in einem Flugzeug der kroatischen Armee. Mit diesen Flugzeugen haben sie einige Angriffe gegen den Feind gestartet.

Warum übte die SU von Anfang an Druck auf Tito aus, damit er sich um jeden Preis mit den Tschetniks verbündete?

Die SU hat lange die Tschetniks politisch unterstützt. Stalin betrieb eine groß-russische Politik. Er wollte keine Schwierigkeiten mit England und Amerika. Erst nachdem Großbritannien gezwungen worden war, die Ergebnisse des Volksbefreiungskampfes anzuerkennen, begann die SU die Volksbefreiungsarmee militärisch zu unterstützen.

Im Jahre 1943 waren die jugoslawischen Volksbefreiungskräfte die stärkste Macht in Jugoslawien. Die Kräfte des Aufstandes sollten die staatliche Macht übernehmen. Ende November 1943 wurde die Bildung einer provisorischen Regierung beschlossen. Wie reagierte die Sowjetunion darauf?

Aus Moskau kam ein Telegramm, in dem es hieß, daß die Regierungsbildung ein Dolchstoß in den Rücken Stalins sei, da diese Regierung in Gegensatz zur Londoner Exilregierung gestellt worden ist.

Großbritannien hat zwar die Volksbefreiungsbewegung militärisch unterstützt, jedoch weigerte sie sich, die provisorische Regierungsbildung von 1943 anzuerkennen. Großbritannien übte Druck auf die Befreiungsbewegung aus, den König zu akzeptieren und sich der Exilregierung in London unterzuordnen. Die SU unterstützte diese Politik. Warum?

Die SU teilte sich mit Großbritannien den Einfluß in Jugoslawien. Sie trafen untereinander ein Abkommen, in dem der Einfluß in Jugoslawien zwischen Moskau und London 50 zu 50 zu gleichen Teilen aufgeteilt wurde. Stalin hat eine großrussische Politik eingeführt. Die Interessen seines sowjetischen Sozialismus bedeuteten, überall Interessen zu haben. Es kann nicht sein, daß für alle Länder nur ein Sozialismus gut sein soll. Als Tito in Moskau 1944 gefragt wurde, ob russische Einheiten durch Jugoslawien marschieren dürften, antwortete er mit Ja, aber die Sowjetunion müsse immer die Regierung fragen, wann, wo und wie sie marschieren dürften.

Wie reagierte Tito auf den Vorschlag Churchills und Stalins, sich der Londoner Exilregierung unterzuordnen und den König anzuerkennen?

Aspekte zu einem neuen Internationalismus

Probleme beim Aufbau von Gewerkschaften

mat. Über die Krise der Solidaritätsbewegung mit der Dritten Welt ist inzwischen einiges geschrieben worden. In der KVZ begann die Debatte mit einem Beitrag des Genossen Mehlen in der KVZ 24/1982, sie wurde fortgesetzt in KVZ 33/1982, wo ich versucht hatte, die Schwierigkeiten der Solidaritätsbewegung aus der Diskrepanz zwischen ihren Hoffnungen („Modellen") und den ökonomischen Gesetzmäßigkeiten der Dritten Welt zu erklären. Der nächste Schritt muß nun sein, die Diskrepanz zu überwinden und zu Vorschlägen zu kommen, die mit den ökonomischen Möglichkeiten der Dritten Welt in Einklang stehen. Das wird nicht ohne eine neue theoretische Initiative möglich sein; doch bevor wir dazu aufbrechen, ist es vielleicht angebracht, daß wir ein besseres Gespür entwickeln für die Probleme der Dritten Welt, die *allen* ihren Ländern gemeinsam sind. Das – und nicht die ausschließliche Beschäftigung mit Ländern, in denen der Kampf um wirtschaftliche Unabhängigkeit sich bis zum bewaffneten Kampf zugespitzt hat – kann uns die empirische Grundlage geben für theoretische Analyse.

Zunächst sollen die in KVZ 33/1982 gezogenen Schlußfolgerungen kurz zusammengefaßt werden.

Die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten, unter denen sich die Entwicklung der Dritten Welt vollzieht, sind danach von folgenden Faktoren gekennzeichnet, die ihnen gegenüber der klassischen kapitalistischen Entwicklung eigenen Charakter verleihen: Es besteht ein extremes technologisches Gefälle zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen. Besitzer und Anwender der führenden Technologie sind ausländische Kapitale. Daneben ist der führende einheimische Kapitalist, der über genügend Kapital verfügt, um moderne Großtechnologie anwenden zu können, der Staat. Während das ausländische Kapital nichts als die Maximierung seines Profits im Auge hat, und diesen in der Regel aus dem Land schafft, ist das Interesse des Staates orientiert an der Entwicklung der nationalen Wirtschaft. Das führt zu einer besonderen Art nationaler Wirtschaftsplanung, in der bestimmte Wirtschaftsbereiche vollständig staatlicher Planung unterworfen sind, andere teils einheimischer, teils ausländischer kontrollierter Privatinitiative offenstehen und zahlreiche Bereiche, in denen die Produktivkräfte nur gering entwickelt sind, dem Wirken der Marktwirtschaft unkontrolliert überlassen werden. Das sind sozusagen die inneren ökonomischen Bedingungen. Die äußeren Bedingungen sind bestimmt von den Nachwirkungen des Kolonialismus, also Notwendigkeit von Rohstoffexport und Technologieimport. Besonders drückend wirkt dabei die Tatsache, daß die ersten Rohstoffe, die exportiert wurden, in der Regel Agrarprodukte (Baumwolle, Kaffee usw.) waren, so daß die einheimische Agrarstruktur zerstört wurde. Die Länder der Dritten Welt können ihre Bevölkerung deshalb nicht mehr selbst ernähren, und der Import von Nahrungsmitteln ist daher noch lebenswichtiger als der Import von Technologie. Daran hat sich auch durch die Ablösung der agrarischen durch mineralische Rohstoffe nichts geändert.

Man kann in der Dritten Welt viele Variationen dieses Grundschemas finden und viele Versuche, es zu überwinden. Ich meine aber, daß es für die Debatte über Aufgaben der internationalen Solidarität die korrekte Zusammenfassung des zentralen Problems, der Überwindung ungleicher internationaler Arbeitsteilung, darstellt. Wie soll sie erreicht werden? Ohne in die alten Fehler zu verfallen und „Modelle" empfehlen zu wollen, läßt sich doch folgendes feststellen. Die einseitige Abhängigkeit von bestimmten Importen muß abgebaut werden. Dabei ist die Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten die größere Fessel; denn solange wertvolle Devisen für einfachste Lebensbedürfnisse ausgegeben werden müssen, ist an Kapitalbildung für die Ersetzung des Investitionsgüterimports nicht zu denken, und die Erfüllung der grundlegenden Bedürfnisse des Volkes durch Importe ist wie ein Faß ohne Boden, das auch durch steigende Rohstoffexporte nicht gefüllt werden kann.

Die Notwendigkeit einer Reorganisation der nationalen Agrarproduktion läßt auf die wichtige Rolle schließen, die den Bauern, der in der Dritten Welt zahlenmäßig bedeutendsten Klasse, beim Kampf um nationale Befreiung von wirtschaftlicher Abhängigkeit zufällt. Daraus folgt nicht, daß ohne eine soziale Revolution unter Einschluß der Bauern mit dem Ergebnis einer demokratischen Landreform nichts geht. Es stimmt, daß die nationale Bourgeoisie, die in den meisten Ländern der Dritten Welt regiert, dem Los der Bauern meist gleichgültig gegenübersteht. Aber an dem Problem, mit den bei wachsender Bevölkerung wachsenden Nahrungsmittelimporten fertig zu werden, kann sie als Regierung nicht vorbei, und von der imperialistischen Abhängigkeit will sie auch loskommen. Also haben Regierungen der Dritten Welt von der Tendenz her offne Ohren für praktikable Vorschläge zur Lösung des Problems, und wenn die Solidaritätsbewegung Interesse hat an der Schwächung der Imperialisten oder auch nur an einer Besserung des Loses der Volksmassen in der Dritten Welt, muß sie auch andere Vorschläge vorbringen können als die soziale Revolution, von der die Regierungen nichts wissen wollen. Es ist sogar umgekehrt so, daß soziale Revolution allein die ökonomischen Probleme nicht löst, auch wenn sie bessere Bedingungen zu ihrer Lösung schafft. Einsicht in die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten benötigt sie ebenso.

Was hat das alles mit dem Aufbau der Gewerkschaften zu tun? Die Gewerkschaften sind die elementaren Organisationen der Arbeiterklasse. Sie erwachsen aus der Notwendigkeit, den Lohn zu verteidigen. Der Verkauf der Arbeitskraft ist das Gemeinsame zwischen den Arbeitern der Dritten Welt und in den entwickelten kapitalistischen Ländern. Daneben bestehen aber einige Unterschiede. Der Arbeiter in der Dritten Welt stammt meist aus einer Bauernfamilie, mindestens hat er Verwandte auf dem Land, und zwischen Arbeitern und den Bauernfamilien bestehen enge Beziehungen. Das Dorf wird als das eigentliche „zu Hause" betrachtet, selbst wenn der Aufenthalt in der Stadt schon zwei Generationen anhält und auch die Aussicht besteht, ihn zu beenden. Das hindert den Arbeiter nicht daran, Klassenbewußtsein zu entwickeln; dazu verhilft ihm die Erfahrung der Lohnkämpfe. Es sorgt aber dafür, daß er regelmäßig mit dem Gefälle zwischen Stadt und Land und allen damit verbundenen Erscheinungen konfrontiert wird.

In dem Gegensatz zwischen Stadt und Land finden sich die oben beschriebenen Probleme der nationalen Nahrungsmittelversorgung in aller Deutlichkeit wieder. Im Dorf ernährt sich die Familie von Süßkartoffel, Taro, Linsen, Brotfrucht und einheimischen Gemüsen und Früchten. Das spielt sich weitgehend auf der Ebene der Subsistenzwirtschaft ab; die auf dem örtlichen Markt umlaufende Geldmenge ist äußerst gering. In der Stadt ißt der Arbeiter im Schnellimbiß Pommes frites aus der Tiefkühltruhe oder Brot aus importiertem Weizen, belegt mit importiertem Käse. Kocht er zu Hause, gibt es importierten Reis, importierte Tomaten und importiertes Corned Beef. Das Dorf könnte zwar ohne weiteres mehr Brotfrucht anbauen, es könnte aber nicht liefern; denn es gibt keine für Lastwagen geeigneten Straßen, und die Konservierungsmethoden für einheimische Produkte fehlen. Die Städte entwickeln sich in gewissem Sinn zu Enklaven im eigenen Land: statt Subsistenz- reine Geldwirtschaft, statt einheimischer nur ausländische Agrarprodukte. Will der Bauer an der ökonomischen Entwicklung teilnehmen, muß er Produkte anbauen, die er in Geld verwandeln kann, also in der Regel Exportprodukte wie Kaffee, Bananen, Kakao.

Die Gesetzmäßigkeiten ungleicher internationaler Arbeitsteilung bringen es nun mit sich, daß die Preise für Importgüter fortwährend steigen, während die Preise für Exportgüter fallen (Verschlechterung der „terms of trade"). Für den Arbeiter bedeutet dies, daß die Lebensmittelpreise steigen: also ein Fall für die Gewerkschaft.

Spätestens bei der nächsten Lohnrunde wird sie dafür sorgen, daß die Kaufkraft des Lohns wieder hergestellt wird. Darin hat sie Erfahrung: mit aller Wahrscheinlichkeit hat sie als Gewerkschaft der Dritten Welt Arbeitskontakte mit Gewerkschaften oder Arbeiterparteien (oder zum Beispiel der Friedrich-Ebert-Stiftung) in den entwickelten kapitalistischen Ländern – vielleicht ist sie sogar mit ihrer Hilfe aufgebaut worden. Der Solidarität dieser Organisationen ist es zu danken, daß die Gewerkschaften der Dritten Welt trotz ihres jungen Alters die Interessen der Arbeiter oft erfolgreich wahrnehmen können.

Nun mag es in einem entwickelten Land, wo die Lohnabhängigen die große Mehrheit der Bevölkerung darstellen, eine nützliche Strategie sein, den Reallohn zu erhalten. In der Dritten Welt, wo die Lohnabhängigen eine Minderheit darstellen, ist die Erhaltung des Reallohns zwar ebenso notwendig, doch führt eine Strategie, die *nur* an ihr orientiert ist, über kurz oder lang in die Sackgasse. Während die Preise für Importe und damit die Löhne steigen, fallen die Preise für die Exportgüter. Der Arbeiter hat seinen Lohn gesichert, der Bauer ist doppelt betrogen: Nicht nur erhält er weniger Bargeld für seinen Sack Kaffee, er muß auch für den Generator, den er sich endlich kaufen wollte, mehr auf den Tisch legen als noch vor einem Jahr.

Die Folgen dieser Schere sind in zahllosen Ländern zu beobachten. Beschleunigte Abwanderung vom Land in die Stadt, weitere Untergrabung der einheimischen Landwirtschaft bei gleichzeitigem Wachstum der Elendsviertel um die Städte, da die Neuangekommenen keine Arbeit finden, gehören hierhin. Kein Wunder, daß in dieser Situation selbst popularistisch gesonnene Regierungen, deren Minister oft selbst früher Gewerkschaftsfunktionäre waren, öffentlich gegen gewerkschaftliche Lohnforderungen auftreten mit dem Argument, man könne das Gefälle zwischen Stadt und Land nicht weiter wachsen lassen.

Was kann getan werden, um aus dieser Entscheidung auszubrechen? Die Arbeiterklasse in der Dritten Welt **muß** lernen, was es heißt, als eine Minderheit der Bevölkerung doch eine gesellschaftlich führende Rolle einzunehmen. Ihre Gewerkschaften müssen gezielt Maßnahmen in ihren Forderungskatalog aufnehmen, die den Bauern erlauben, langsam in die städtische Geldwirtschaft integriert zu werden. Denkbar sind solche Forderungen auf allen Ebenen. Auf betrieblicher Ebene kann die Einrichtung einer Kantine angestrebt werden, die in einem festzulegenden Stufenplan immer umfassender durch einheimische Produkte versorgt wird. An die Regierung gerichtete Forderungen könnten den Ausbau des Straßennetzes und die Versorgung der Schulkantinen betreffen. Die Voraussetzungen dafür, daß die Arbeiter sich solche Forderungen zu eigen machen, sind gut; denn die Verbindungen zum Dorf sind überall vorhanden.

Die europäischen Gewerkschaften und Arbeiterparteien haben beim Aufbau der Gewerkschaften in der Dritten Welt einiges geleistet. Lehrgänge haben sie organisiert und Lehrbücher produziert, in denen in der Landessprache das Funktionieren eines modernen Nationalstaats und die Beziehungen zwischen den Klassen vermittelt wurden. Das ist sicher meist von reformistischem Geist beseelt gewesen; doch ist das nicht entscheidend. Den jungen Nationalstaaten und ihren Gewerkschaften hat es in der Periode gerade errungener Unabhängigkeit sehr geholfen. Der Fehler liegt dort, wo die moderne Industriegesellschaft und ihre Organisationen als Anleitung zum Handeln für die Gegenwart der Dritten Welt empfohlen werden. Damit werden Fehlentwicklungen unterstützt, und das hier behandelte Problem des Verhältnisses der Arbeiterklasse zur Bauernschaft fällt in diese Kategorie. In der Zusammenarbeit mit Gewerkschaften der Dritten Welt muß hier eine Neubesinnung erfolgen.



Tito lehnte diesen Vorschlag ab. Aber er praktizierte gleichzeitig eine weise Politik. Einige von der Exilregierung, die nicht gegen das Volk waren, sollten in einer gemeinsamen Regierung übernommen werden. Die Rückkehr des Königs und die Regierungsform sollten erst nach dem Kriege durch Wahlen vom Volk selbst entschieden werden. Dies geschah dann auch.

Im Oktober 1944 wurde Belgrad befreit. Noch heute vertritt die sowjetische Kriegsgeschichtsschreibung, dies sei durch die Rote Armee erreicht worden. Entspricht dies den Tatsachen?

Belgrad ist von der Volksbefreiungsarmee Jugoslawiens und den russischen Panzertruppen und anderen sowjetischen Einheiten unter der militärischen Führung Marshall Tollbuchin gemeinsam befreit worden.

1948 kam es zum Bruch zwischen Stalin und Tito. Jugoslawien wurde aus der Kominform ausgeschlossen. Warum?

Das Verhältnis zwischen Jugoslawien und der SU war nicht so, wie wir es dachten. In den von Stalin und Molotow unterzeichneten Briefen an die KPJ hieß es, die Sowjetunion habe uns befreit und wir hätten keine sozialistische Politik geführt. Unsere Partei habe keinen Einfluß in der Bevölkerung. Tito rief uns zusammen und fragte uns, was er tun solle. Solle er nachgeben? Das wäre für ihn persönlich am leichtesten. Aber während des Krieges habe er einem freies Jugoslawien versprochen. 1936/37 und auch früher war er in der SU und wußte, wie es dort zuging. Wir würden es nicht leicht haben, sagte er. Vielleicht müssen wir kämpfen. Alle jugoslawischen Armisten haben Tito geantwortet, wir werden kämpfen. Es begann für uns eine sehr schwere Zeit, die bis 1955 dauerte. Auf dem 5. Kongreß 1948 hat Tito am Ende des Rechenschaftsberichts geschrieben: „Hoch lebe die Sowjetunion. Hoch lebe Stalin", um eine Hand zu reichen. Für viele Kommunisten und für die Bevölkerung war die Sowjetunion immer Vorbild. Die Partisanen fielen mit den Worten: Es lebe Stalin! Es lebe die Sowjetunion! Viele von uns waren sehr bedrückt. Die Bevölkerung aber hat uns geglaubt und nicht der Sowjetunion. Weil wir gekämpft haben. Es kam deshalb zum Ausschluß, weil wir unsere Politik und nicht die der SU gemacht haben.

Sie wollten eine Partei als Jasager. In dieser Zeit habe ich einen Artikel von Engels in einer alten Zeitschrift gelesen. Darin hieß es, die zaristische Außenpolitik werde alle Mittel anwenden, um zu einem warmen Meer zu kommen. Welcher Unterschied ist da noch?

Nach dem Ausschluß Jugoslawiens aus der Kominform errichtete die SU eine Wirtschaftsblockade gegenüber Jugoslawien, um die Jugoslawen in die Knie zu zwingen.

Alle in Jugoslawien getätigten Investitionen waren sowjetische. Von einem auf den anderen Tag wurden sie eingestellt. Wir mußten uns in kurzer Zeit umstellen. Wir hatten keine Verbindung zum Westen. Wir hatten ja auch vorher auf amerikanische Flugzeuge geschossen. Zwischen 1945 und 1948 wurden zwischen Jugoslawien und der SU gemischte Gesellschaften aufgebaut. Diese Gesellschaften haben zur Ausbeutung Jugoslawiens geführt. Die SU wollte, daß Jugoslawien keine große Industrie aufbaut. Wir sollten die Rohstoffe an die SU exportieren und fertige Produkte aus der SU importieren. Oder nur für SU-Interessen produzieren. Über Jugoslawien sollte die sowjetische Hegemonie errichtet werden.

Wie reagierte die KPJ auf die Maßnahmen der SU?

Wir suchten Freunde in der ganzen Welt. 1948 bis 1951 mußten wir Holz aus unseren Wäldern exportieren. Später haben wir dann langsam Freunde in der ganzen Welt gefunden.

Nach Stalins Tod hat Jugoslawien die Beziehungen zur Sowjetunion wieder aufgenommen. Warum?

Wir wollen gute Beziehungen zu allen Ländern haben, zu beiderseitigem Nutzen.

Juli 1982 (Hvar-Jugoslawien), bes, brh

Literaturhinweise:
Dedijer, V.: Stalins verlorene Schlacht, Europa-Verlag 1970
ders.: Tito, eine politische Biografie, Ullstein-Verlag 1953

Das Stichwort

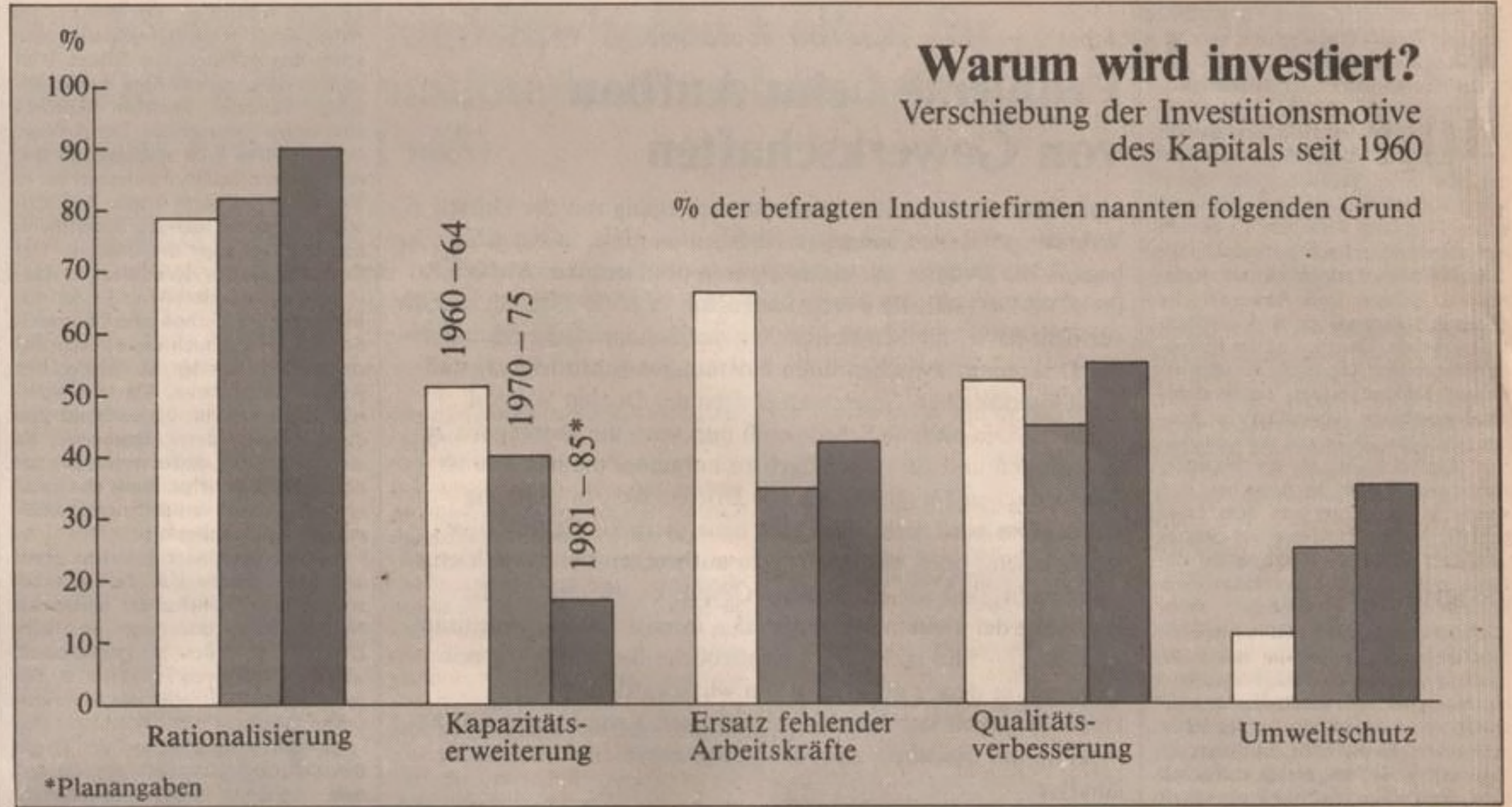
Meistbegünstigungsklausel

frb. Ronald Reagan hat von seinem kalifornischen Landsitz aus verfügt, bisher gegenüber Polen gewährte Handelsvorteile aufzuheben. Begründet wird die Maßnahme als Reaktion auf das endgültige Verbot der Gewerkschaft „Solidarität". Konkret wird Polen künftig nicht mehr unter die *Meistbegünstigungsklausel* fallen.

Allgemein verteuert dies polnische Exporte in die USA. Denn die Meistbegünstigung besagt, daß ein Staat – hier die USA – alle handelspolitischen Vergünstigungen, insbesondere Zollvorteile, die er *einem* anderen Staat eingeräumt hat, *allen* anderen Staaten *ebenfalls* einräumt, mit denen er Meistbegünstigung vereinbart hat. Werden einem Handelspartner handelspolitische Verbesserungen eingeräumt, so kommen nach diesem Prinzip auch alle anderen Handelspartner in den Genuß des Vorteils. Mit anderen Worten: Alle Handelspartner werden gleich behandelt, Diskriminierungen ist ein Riegel vorgeschoben.

Seit dem 19. Jahrhundert ist die Meistbegünstigung Grundlage jedes normalen Handelsvertrages, alle Mitgliedsländer des Allgemeinen Handelsabkommens (GATT) sind zur Einhaltung der Klausel verpflichtet. Offizielle Ausnahmen gelten für Zollunionen und Freihandelszonen (z.B. EG) und neuerdings für Vorzugszölle für Entwicklungsländer. Mit ihrer Maßnahme schaffen sich die USA die Möglichkeit, polnische Lieferungen einer Sonderbehandlung zu unterwerfen.

Zwar gehen lediglich 2% der polnischen Exporte in die USA, dennoch stört die Maßnahme die Planungen des Warschauer Militärregimes, setzt es doch auf Steigerung der Exporte in Hartwährungsländer. Kaum berührt wird der Agrarhandel, aber polnische Textilwaren, die knapp 20% der Gesamtlieferungen in die USA ausmachen, werden durch verdoppelte US-Zölle drastisch verteuert. Seit Einführung des Kriegsrechts in Polen haben die USA bereits ihre Handelskredite verteuert, den Luftverkehr unterbunden, Fischereirechte zurückgezogen und eine Umschuldung fälliger Kredite abgelehnt.



Die Erlahmung der kapitalistischen Akkumulation drückt sich auch in den Investitionszielen im Vergleich der Jahrzehnte aus. Nur einzelne Unternehmen noch nehmen Erweiterungsinvestitionen vor. Relativ zugenommen haben Rationalisierungsinvestitionen. Vollbeschäftigung des Kapitals ist dabei das Ziel, die Folgen für die Arbeiter kann man sich an einer Hand abzählen. Die Daten beruhen auf Umfragen des Ifo-Instituts.

Die Woche im Rückblick

Steuervorteile für Bauherrenmodelle und Verlustzuweisungsgesellschaften zu reduzieren, ist das Ziel eines Gesetzentwurfes, das das SPD-regierte Bundesland Nordrhein-Westfalen im Bundesrat eingebracht hat. Die starken Worte, mit der Finanzminister Posser die Vorlage begründete, dürften vornehmlich der neuen Oppositionsrolle seiner Partei im Bund geschuldet sein. Immerhin waren es ja sozialdemokratische Finanzminister, die den Weg zu solchen Bereicherungsmöglichkeiten für Großverdiener eröffnet haben. Posser jetzt: „Während der Staat kein Geld für die Sozialwohnung des Briefträgers hat, spendiert er auf der anderen Seite durch ungerechtfertigte Steuervorteile den Höherverdienenden Eigenkapital." Schon jetzt ist sicher, daß die Gesetzesvorlage von der CDU-Mehrheit im Bundesrat niedergestimmt wird. Und selbst wenn, im Zweifelsfall würden die Großverdiener ihr Geld eben im Ausland anlegen.

Die Fortgeschrittenen Reaktoren – der Schnelle Brüter und der Hochtemperaturreaktor – will die neue Bundesregierung unter allen Umständen fertigstellen. 5 Mrd. DM sind bereits verbaut, weitere 6 Mrd. DM verlangt die derzeitige Planung bis zur Fertigstellung. Den größten Teil davon zahlen öffentliche Haushalte. Doch damit nicht genug, auch der Betrieb muß subventioniert werden. Denn selbst bei optimistischer Annahme der Auslastung werden die Bruttoerlöse aus Stromverkauf in 20 Jahren Betriebszeit nur etwa 2,5 Mrd. DM einbringen, davon wiederum gehen nach offiziellen Angaben 600 Mio. DM für den späteren Abriß der radioaktiv verseuchten Gebäude ab. Man sieht, daß ein sofortiger Abriß u.a. auch die billigste Lösung wäre.

Ein „Konzept gegen Arbeitslosigkeit" hat die Landesarbeitsgruppe Wirtschaft der GRÜNEN in NRW vorgelegt. Die Broschüre ist für DM 3 zu beziehen über die Landesgeschäftsstelle der GRÜNEN NRW, Oberbilker Allee 17, 4000 Düsseldorf 1. Der Beschluß eines Wirtschaftsprogramms wird Schwerpunkt auf dem Bundeskongreß der GRÜNEN im November sein.

Die Zahl der Arbeitslosen hat sich im September auf 1,8 Millionen erhöht. Seit Jahresbeginn haben sich 2,64 Millionen Arbeitslose beim Arbeitsamt gemeldet.

Die Welt-Weizenernte dieses Jahres wird jene des Vorjahres leicht übertreffen. Die neueste Schätzung des Internationalen Weizenrates geht von 464 Millionen Tonnen aus, nachdem sich die Ernteschätzungen in den USA, Kanada und der EG verbessert haben. 100 Millionen Tonnen werden in den Export gehen, worin die gewaltigen weltweiten Ungleichgewichte deutlich werden. Die Unctad hat dieser Tage in einer an die Presse gesickerten Studie festgestellt, daß die Weizenimporte in zahlreichen Entwicklungsländern die Märkte für einheimische Grundnahrungsmittel durcheinandergebracht oder zerstört haben. Der Schaden solcher Importe ist daher oft größer als der kurzfristige Nutzen.

Im Stahlkrach zwischen den USA und der EG steht offenbar eine außergerichtliche „Einigung" bevor. Die EG soll sich bereit erklärt haben, ihre Lieferungen in die USA auf 5% des dortigen Marktes zu beschränkten, während ihr Marktanteil im letzten Jahr bei 6,3% lag. In Tokio forderte der Präsident der US Steel außerdem eine Einbeziehung von Stahlröhren und Edelstahl in das „Selbstbeschränkungsabkommen". Selbst wenn nun keine Strafzölle verhängt werden, haben sich doch die USA durchgesetzt.

Bemerkungen in Sachen Grün

Eine Kritik idealistischer Vorstellungen in grünen Programmen

Seit die GRÜNEN in Mode gekommen, ist es nicht mehr leicht, mit marxistischen Inhalten auf Gehör zu stoßen, was sicher auch am Erscheinungsbild des Marxismus hierzulande liegt. Eine Bewegung, die den Marxismus längst über Bord geworfen bzw. sich nie mit ihm beschäftigt hat, schickt sich an, zu neuen Ufern aufzubrechen. Ausdruck der Krise und Perspektivlosigkeit des kapitalistischen Systems bleibt sie jedoch ihm verhaftet, da sie es nicht durchschaut und daher nur nach moralischen Maßstäben kritisiert.

Äußerst bedenklich ist dabei ein Maß an Realitätsverlust, das selbst bei den K-Gruppen in ihrer Hochzeit nicht erreicht wurde und schon fast religiöse Ausmaße hat. Zwar glaubt man weitgehend nicht mehr an Gott, dafür an Staatsgerichtshöfe, Dualwirtschaft, atomwaffenfreie Städte und dergleichen. Linke Kräfte setzen dem wenig inhaltliche und nur noch in Ausnahmefällen organisierte Arbeit entgegen.

Ich will mich hier in einem provokativen Rundumschlag mit erhofft produktiver Wirkung mit einigen vorherrschenden Ansichten der GRÜNEN aus dem Berich der Wirtschaftspolitik beschäftigen, da sich hier Ahnungslosigkeit und Idealismus besonders gefährlich auswirken.

Wählt man zunächst einmal das Wirtschaftsprogramm der GRÜNEN in Hessen als Ausgangspunkt, so stellt man fest, daß inhaltlich richtig und didaktisch schön beschrieben wird, welche Stufen ein Produkt von der Rohstoffgewinnung bis zur Abfallbeseitigung zu durchlaufen hat. Auch werden eine Menge „gesellschaftliche Mißstände" aufgeworfen und Fragen nach dem wie und wofür des Produktionsablaufs gestellt. Aber die m.E. entscheidende Frage, wer denn und zu welchem Behufe die Produktion in Gang setzt, ohne auf die Umwelt zu achten, bleibt ungestellt. Folgerichtig bleibt auch die Frage nach dem Wofür der Produktion dem Gebrauchswert verhaftet und beachtet nicht den Tauschwert der Ware. Und folgerichtig setzt daher die Kritik an denen an, die auf den Gebrauchswert aus sind, und nicht etwa an denen, die das Produkt zum Zwecke des Austauschs produzieren. Logisch ergibt sich die Schuldfrage; und Schuldzuweisung erfolgt an die Menschheit, zumindest an die der hiesigen Breiten.

Plakativ wird eine hehre „humane Gesellschaft" postuliert, die der „westlichen Profit- und Plünderungswirtschaft" und der östlichen „Plan- und Plünderungswirtschaft" entgegenstehen soll. Allein über den Weg, wie diese Gesellschaft zu erreichen ist, wird kein Gedanke verschwendet, so utopisch erscheinen wohl selbst den GRÜNEN die Vorstellungen.

In den Köpfen der von „Sachzwängen" und „politischer Verantwortung" getriebenen GRÜNEN-Parlamentariern setzt sich daher die Vorstellung durch, daß all diese Ziele nur „schrittweise" durch „Schaffung eines ökologischen Bewußtseins" zu erreichen seien. Und so werkelt man dann blind vor sich hin, „Erfolge" bejubelnd, ohne die Ursachen und Wirkung zu erkennen oder die Frage der Aneignung von Profit auch nur aufzuwerfen.

Nehmen wir als Beispiel einmal das Recycling von Altglas. Von seiten der gewerblichen Betreiber aus wird die Sache solange betrieben, wie sie Sinn, d.h. Profit bringt. Profit bringt sie vor allem, weil Energie teuer geworden ist, so daß sich die Wiederverwertung lohnt. Bei Altpapier ändern sich die Verhältnisse dagegen ständig und man kann erkennen, wie Preisschwankungen die Sammelaktivitäten berühren.

Um die Sache für den Kapitalisten lohnend zu machen, gibt oft der Staat noch Zuschüsse, bzw. betreibt Werbung und stellt die nötigen infrastrukturellen Voraussetzungen für das Recycling. Die GRÜNEN beschränken sich weitestgehend darauf, ihm dabei zu helfen, bzw. ihn dazu anzustacheln, die Sache für die Kapitalisten auch lohnend zu halten. Bewußt ist ihnen das allerdings nicht. Die Menschen, die Arbeitskraft investieren, um ihr Glas zum Container zu bringen, tun dies, weil der Abfallbehälter sonst zu klein ist, weil sie von kleinbürgerlicher Sparsamkeit geprägt sind und *auch* aus ökologischem Bewußtsein.

So fließen „unserer Wirtschaft" wieder profitlich Rohstoffe zu, die sie uns profitlich wieder als Einweg-Packs zuführen kann. Vielleicht finden sich noch ein paar Idealisten, die den Abfall, der in der Landschaft so rumliegt, zum „Volkswohl" und als Beitrag zum Umweltschutz wieder fürs Recycling sammeln, weshalb auch anzuraten ist, solche Touren in Wald und Feld turnusmäßig zu wiederholen. Dann werden wir noch eines Tages soweit kommen, daß man nur noch glaubhaft für Umweltschutz eintreten kann, wenn man den Dreck der kapitalistischen Warenproduktion dieser auch wieder zu deren Aufrechterhaltung zuführt. Gar nicht so abwegig, denn auch heute schon kann man nach herrschender GRÜNEN-Auffassung nur noch dann glaubhaft für den Frieden demonstrieren, wenn man das friedlich tut, d.h. den Kriegstreibern den inneren Frieden erhält, wobei ich nicht sagen will, daß Desperado-Aktionen die Kriegstreiber stören würden, aber „friedlich" zu sein scheint ja bereits Prinzip.

Grundlegend für den Umweltschutz müßte am Beispiel Recycling geklärt werden, wie man überhaupt das Problem der Verwendung von Einweg-Flaschen über die Verhinderung von deren Produktion löst. Dies könnte zunächst dadurch geschehen, daß man über den Staat die Wegwerfproduktion so verteuert, daß es sich für den Kapitalisten mehr lohnt, Pfandflaschen zu verwenden. Dies setzt einen nicht unwesentlichen Druck auf den Staat voraus, da er ja z.Zt. in anderer Diensten steht.





Der Haken ist, daß die Kapitalisten jeder Produktverteuerung mit dem Versuch begegnen, sich das Geld von den Käufern zu holen. Außerdem werden sie Entlassungen in der Glasindustrie vornehmen, müssen aber im Bereich des Flaschenrecyclings wieder Leute einstellen, auch wenn sich dort der Rationalisierungsdruck erhöht. Partielle Maßnahmen werden also nicht ausreichen, weitergehende zu fordern aber sind die GRÜNEN weder vorbereitet noch geeinigt. Aber in dieser Richtung laufen auch die Gedanken im wesentlichen nicht.

„Ökologisches Bewußtsein" schließt alle ein und macht daher alle gleich. So ist der Produzent „alternativer" Solaranlagen Freund, der Arbeiter, der seinen Abfall im Grünen hinterläßt, Feind. Die Frage der Klassen stellt sich nicht mehr, wobei die GRÜNEN auch im wesentlichen ihre Anhänger in der Neuen Mittelklasse und in Teilen der Intelligenz finden. Die Arbeiter wittern bei den GRÜNEN Spinner und Utopisten, die ihnen ihr Auto zugunsten des Fahrrads streitig machen wollen und die Arbeitsplätze gefährden, und vertrauen daher im wesentlichen auf die, die dafür sorgen wollen, „daß der Schornstein wieder raucht", und die den GRÜNEN sowie sich selbst untereinander die Schuld an der Krise zuschieben, nämlich Sozial- und Christdemokraten.

Teile der Bourgeoisie indes versuchen, die für sie positiven Ansätze bei den GRÜNEN auszunutzen und bauen kräftig an ihrer Sparideologie. Mineralölsteuererhöhung spart Öl, verringert Luftverschmutzung und Lärm, weil weniger gefahren wird – das macht auch die Bourgeoisie alternativ! Und sitzt der Arbeiter auf dem Fahrrad, so ist er in der Lage, mehr Geld für seine Wohnung auszugeben oder mit weniger Lohn auszukommen. Außerdem ist radfahren gesund.

Unangenehmer ist da schon die pauschale Forderung nach Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, obwohl auch dieser längst ausgebaut wird. Allerdings vor allem in den Ballungszentren und um die Menschen in die Fabriken zu karren, nicht etwa abends in die Kneipen. Bei der Komplexität und stringenten Logik dieses Systems, das sie nicht durchschauen, grundsätzlich anerkennen und nur partiell ändern wollen, werden die GRÜNEN im Parlament böse über den Löffel balbiert werden und das nicht nur in Hessen. Illusionen sollte sich da keiner machen.

Hans Gut

Kongreß der ungelösten Probleme

Rund 2000 Leute haben sich vergangenes Wochenende beim Kongreß „Zukunft der Arbeit“ in Bielefeld eingefunden. Hauptbetätigung war die Diskussion in den knapp drei Dutzend Arbeitsgruppen am Samstag. Zu vollgepackt und zu zerfasert waren sie, als daß man greifbare Fortschritte fassen könnte, zu unterschiedlich auch die Bedürfnisse und Absichten der Teilnehmer. Und manch einer meinte, besser hätte er in dieser Zeit den Reader zum Kongreß durchgelesen. Wer dort war, konnte halt mal reinhören, was so alles diskutiert wird, und einige bekanntere Leute mal selbst hören.

AG Alternative Zukunftsinvestitionsprogramme

frb. Der gordische Knoten Alternativer Wirtschaftspolitik scheint geknackt, endlich darf wieder vereint marschiert werden, Grüne, Memorandumgruppe, Jusos – alles unter einem Hut. Und dieser Hut heißt ÖZIP. So jedenfalls das trügerische Bild, das die dahinplätschernde Diskussion der Arbeitsgruppe fast hinterlassen hätte, wenn nicht von einigen Sprechern doch noch daran gekratzt worden wäre. In Wirklichkeit nämlich wäre die „elegante Lösung“ erkauft durch eine Reise nach Wolkenkuckucksheim. Nicht daß dieser politische Realitätsverlust nicht dann doch gespürt worden wäre, hauptsächliche Reaktion aber blieb, die Phantasie auf die Konkretion der alternativen Wunschträume zu konzentrieren.

Eingeleitet wurde das ganze durch die offenherzige Bekundung des Berli-
die offenherzige Bekundung des Berli-
ner AL-Professors Martin Jänicke, die Systemfrage stelle sich im Augenblick nicht, beim ÖZIP gehe es um eine ganz systemimmanente Sache. Für ihn ist das der große Fortschritt der Alternativdiskussion, wobei er die Kleinigkeit übersehen hat, daß es nicht vom subjektiven Willen einer politischen Bewegung abhängt, ob *sie* die „Systemfrage“ stellt oder nicht. Vielmehr hat die wirtschaftliche Entwicklung zu einer Situation geführt, in der selbst bescheidene Forderungen für gesellschaftlichen Fortschritt sofort in scharfen Widerspruch zu den Kapitalinteressen treten.

Schon Jänickes Krisenerklärung hatte jede Gründlichkeit zu vermeiden. Drei Gründe führte er an. Erstens sei die Umwandlung von Rohstoffen in Schadstoffe – wie er sich ausdrückte – zu teuer geworden. Zweitens sei die Ersetzung von Arbeitskraft durch Energie zu teuer geworden. Drittens seien darüber auch die staatlichen Finanzen in die Krise gekommen.

Seine eigentliche Kritik war denn auch, die jetzige Produktion sei unwirtschaftlich. Qualitatives Wachstum sei notwendig, bei dem man mit gleichem oder geringerem Naturverbrauch zum gleichen Ergebnis komme. Damit sei ein ökonomisch-ökologischer Doppelnutzen zu erreichen, d.h. es könnten sowohl die Produktionskosten sinken wie ökologische Erfordernisse erfüllt werden. Das ist als Trick zur Versöhnung von Ökonomie und Ökologie gedacht.

So richtig in seinem Element war Jänicke aber erst, wie er dem staunenden Publikum darlegen konnte, daß die Finanzierung eines öffentlichen Investitionsprogramms eigentlich ein Scheinproblem sei. Denn es finanziere sich selbst. Außerdem sei es ein leichtes, den Reichen des Landes ein bißchen mehr wegzusteuern. Man darf es ruhig glauben, das ist alles sicherlich solide durchgerechnet. Doch auch hier stellt sich die Frage, weshalb es eigentlich einfacher sein soll, die erwirtschafteten Profite wegzusteuern als den privaten Profiten ihre Grundlage zu entziehen durch Eingriffe in das Privateigentum. Solche Sorte Pragmatik hat zwei Möglichkeiten, entweder lügt sie sich fortlaufend in die Tasche und es geht ihr wie jenem, der am Strahl seiner Taschenlampe in den Nachthimmel klettert, oder sie reduziert ihre Ziele ständig auf das Erlaubte.

Rudolf Hickel, dessen Argumentation sich immerhin positiv von der Oberflächlichkeit insbesondere grüner Referenten abhob, sieht seinen „qualitativen Entwicklungstyp“, von dem die Memorandumgruppe schon länger spricht, endlich von der Alternativbewegung entdeckt. ÖZIP, um es einzuschieben, soll heißen Ökologisches Zukunftsinvestitionsprogramm. Es handelt sich also schlicht um eine Umwandlung des von der Bundesregierung vor einigen Jahren aufgelegten ZIPs, einem Sonderprogramm zur Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen. ÖZIP soll heißen, ein Programm öffentlich finanzierter Investitionen, die ökologischen Bedürfnissen nachkommen.

Hendrik Auhagen, Grüner Ökonom aus Konstanz, scheint auf die Begriffsbildung bereits Urheberrechte angemeldet zu haben. Er hatte die Idee im Reader zum bundesweiten Wirtschaftsseminar der Grünen in Landau vorgestellt (wir haben damals berichtet). Die Wahrheit freilich ist, daß sich die Vorstellungen hervorragend mit dem treffen, was der DGB-Vorstand in seinem Programm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit 1977 und 1981 entwickelt hat. Doch die politische Chance, die in dieser Übereinstimmung steckt, wurde selbst von Rudolf Hickel konsequent
selbst von Rudolf Hickel konsequent
umtänzelt und im Gegenzug die Naivität des DGB-Programms, was die Bedingungen seiner Durchsetzung angeht, vollständig übernommen.

Grüne Standardargumentation zur Selbsttäuschung ist mittlerweile, was Hendrik Auhagen und auch andere nochmals ausführten. Die Eigentumsverhältnisse seien nicht rasch genug zu ändern, ökologisch aber stehe die Uhr fünf vor zwölf. Daher sei eine sofortige ökologische Umstrukturierung notwendig, die eben die Eigentumsverhältnisse aussparen müsse. Auhagen führte deshalb neben dem ÖZIP die Ressourcenbesteuerung als Hauptelement einer alternativen Wirtschaftspolitik ins Feld.

Und dieser Vorschlag ist es denn auch, der gegenwärtig den Gegenstand abgibt zur versteckten Austragung strategischer Differenzen. Viele sehen dabei einmal das Problem, daß eine Besteuerung des Ressourcenverbrauchs auf dem Rücken der Ärmeren ausgetragen wird; gewichtiger aber ist noch, daß die Beschränktheit solcher steuerlichen Maßnahmen, über die in der Arbeitsgruppe mit zunehmender Begeisterung gefachsimpelt wurde, erkannt wird. So hat etwa Jan Kunert, Mitverfasser des hessischen Wirtschaftsprogramms der Grünen, darauf verwiesen, mit Steuern sei an der Ökonomie überhaupt nichts zu ändern, bleibe doch die Autonomie der Unternehmer erhalten. Heftiger Widerspruch der „5 vor 12“-Ökologen war ihm sicher.

Fast wäre am Ende noch die Absicht von Versammlungsleiter Klaus Timpe, ein Konsens-Dissens-Ergebnispapier mit in den Trägerkreis zu nehmen, am Widerspruch der Teilnehmer gescheitert. Bei dieser Gelegenheit wurde dann das ÖZIP in ÖSZIP umgetauft: Ökologisch-soziales Zukunftsinvestitionsprogramm.

AG Arbeitszeitverkürzung und Freizeit

geh. Diese Arbeitsgruppe war neben der zu den „Alternativen Zukunftsinvestitionsprogrammen“ die Hauptarbeitsgruppe und auch mit mehreren hundert Teilnehmern die am stärksten besuchte. Vorab, der Bereich Freizeit fiel gänzlich aus der Debatte heraus. Ein als Einstieg gedachtes Referat war von der Referentin kurzerhand in eine Reflexion über „das Geld in unserem Kopf“ umfunktioniert worden.

Fixpunkte dieser Arbeitsgruppe waren das Referat Hoffs (wissenschaftlicher Angestellter des Wissenschaftszentrums Berlin, Institut für Management und Verwaltung) über „Flexible Arbeitszeitregelungen im Arbeitnehmerinteresse“, das Referat Priewes (Uni Bielefeld) zur 35-Stunden-Woche und die Frage, ob es notwendig ist, die Forderung nach vollem Lohnausgleich bei Arbeitszeitverkürzung beizubehalten.

Die Überlegungen *Hoffs* sind, obwohl schon über einige linke Publikationen (express) bekannt, immer noch provokativ, stimmen sie doch zumindest in der Form mit Vorstellungen z.B. der Chemie-Kapitalisten und der CDU jedenfalls teilweise überein. Er fordert Arbeitszeitregelungen, bei denen Lage und Dauer der individuellen Arbeitszeit nicht (vollständig) festgelegt sind (Beispiel Gleitzeitregelungen). Als solche seien flexible Arbeitszeitregelungen nicht einfach im Interesse des Kapitals oder der Arbeit. Es könnten auch die Arbeitnehmer über die Lage und Dauer entscheiden, dies sei entscheidend. Aufgabe der Gewerkschaften sei es, Voraussetzungen zu schaffen, daß der Lohnabhängige tatsächlich selbst darüber entscheiden könne. Weil es breite Wünsche nach Arbeitszeitverkürzung und „Teilzeitarbeit“ unter diesen Bedingungen gebe, werde dies auch zur Arbeitsumverteilung führen. So werde sich auch die „Qualität“ der Teilzeitarbeit, die ja heute meist nur für niedrigere Qualifikationen, typische Frauentätigkeiten, angeboten wird, erhöhen. Weil radikale Arbeitszeitverkürzungen gegenwärtig nicht zu finanzieren, sei die „Arbeitszeitflexibilisierung“ in Verbindung mit allgemeinen Arbeitszeitverkürzungsmaßnahmen, die die bestehenden Arbeitsplätze sicherer machten, die einzig realistische Strategie.

Gleichwie man prinzipiell zur Frage der Teilzeit-Arbeit steht, ist eine Auseinandersetzung mit einer solchen Stra-
einandersetzung mit einer solchen Stra-
tegie, die ja direkt an den Bedürfnissen – sicher aufgrund z.B. bestehender verfestigter Strukturen der gesellschaftlichen Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau bei der Erziehung und Hausarbeit – anknüpfen, notwendig. Aktuell besonders deshalb, weil ähnliche Initiativen von der neuen Bundesregierung als Gegenstrategien zur Arbeitszeitverkürzung fest kalkuliert werden können. Die Frage ist doch, kann die Gewerkschaft es sich weiterhin erlauben, keine Tarifverträge für Teilzeitarbeit zu machen, nicht zu versuchen einen Schutz gegen Arbeitsintensivierung zu erreichen; weiter ist auch die Frage nicht beantwortet, ob überhaupt dadurch ein ausreichender Schutz gewährleistet werden kann; wird nicht ein möglicher Arbeitsplatz-Effekt gleich wieder aufgehoben durch verstärkte Arbeitsproduktivität in diesem Bereich?

J. Priewe gab unter dem Motto „Schöne Modelle“ versus „Praktische Politik“ die traditionelle Antwort: Nur Gewerkschaften entscheiden darüber, die IG Metall hat sich entschieden. Teilzeitarbeit ist abzulehnen, weil nicht erkennbar ist, in welchem Umfang Teilzeitarbeitsplätze von den Kapitalisten angeboten werden und weil die Freiwilligkeit bei der Wahl der Arbeitsplätze eine Farce ist. Es entstehen Produktivitätsgewinne für die Kapitalisten, ein Lohnausgleich bei Teilzeitarbeit findet im Gegensatz zur 35-Stunden-Woche nicht statt; Teilzeitarbeit verfestigt die gesellschaftliche Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau und qualifizierter und weniger qualifizierter Arbeit. Letzteres ist auch verbunden mit Verstärkung der Monotonie und einfacher Tätigkeit.

Demgegenüber biete die 35-Stunden-Woche den größten Beschäftigungseffekt, Arbeitssituationsverbesserung und Verbesserung der individuellen Reproduktion aller Lohnabhängigen. Gerade hier könnten die traditionellen Formen der geschlechtlichen Arbeitsteilung am ehesten geändert werden.

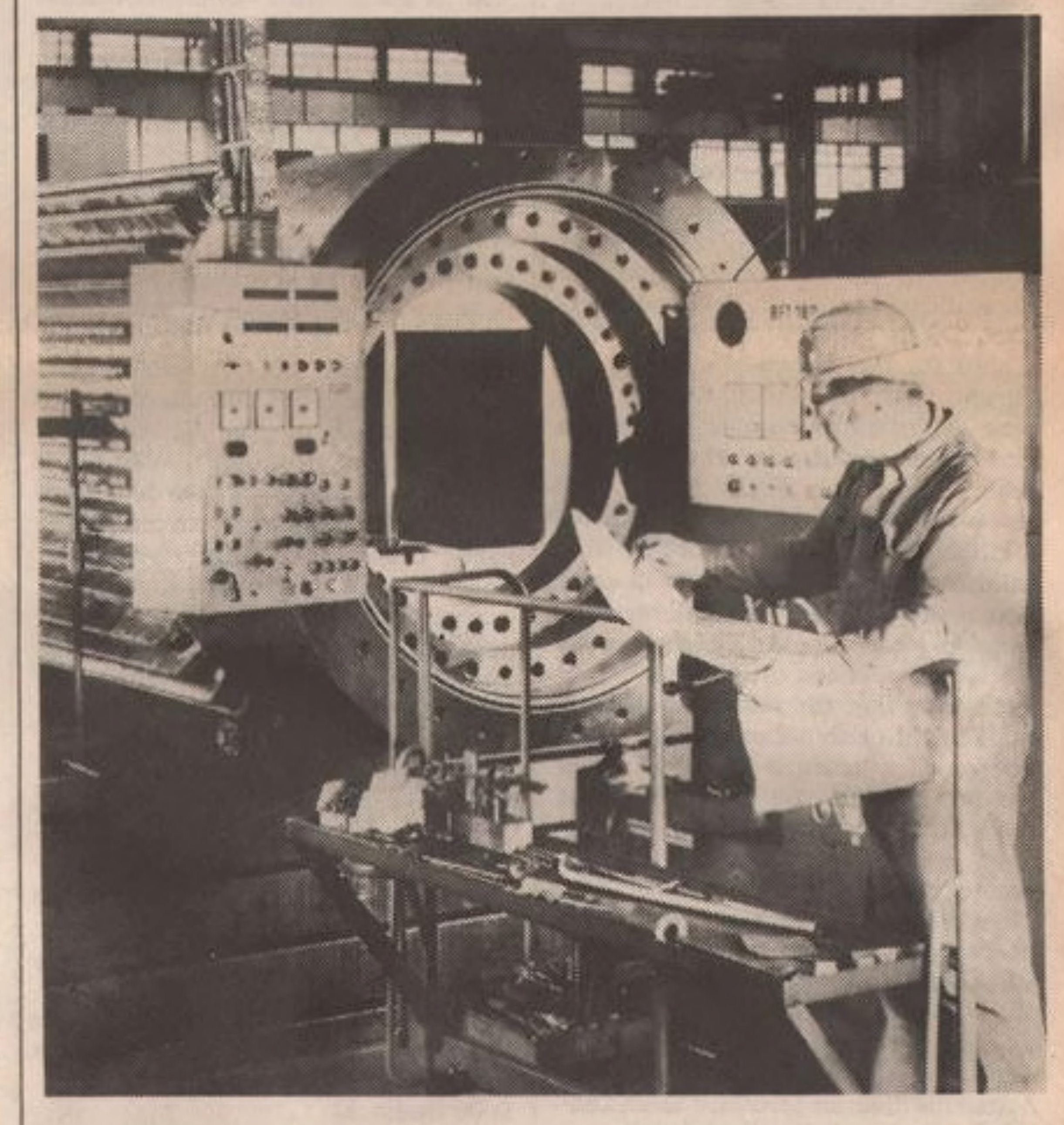
In der *Debatte*, die auch dadurch geprägt war, daß ein erheblicher Teil der Teilnehmer gewerkschaftlich organisiert war und auch der eher traditionellen gewerkschaftlichen Argumentation Priewes zuneigte, wurden die Widersprüche zwischen beiden Referenten zuungunsten der Ansätze für eine ‚Arbeitszeitflexibilisierung' untergebügelt.

Soll nun ein vollständiger Lohnausgleich verlangt werden oder nicht – in dieser Frage war die Mehrheit der Diskutanten und auch die Mehrheit der Teilnehmer wohl für einen vollständigen Lohnausgleich. Als Gegenmodell standen verschiedene Ansätze aus dem „grünen Spektrum“, die eine gewisse Mittelumverteilung innerhalb der Lohnabhängigen befürworten. Bei ihnen sollen die oberen Einkommen nur teilweise einen Lohnausgleich erhalten, die so eingesparten Mittel werden dazu genutzt, um für die unteren Einkommen einen vollständigen Ausgleich zu ermöglichen. Als Scheidelinie waren 2000 DM (netto) und ein „Lehrereinkommen“ im Gespräch. Dagegen wurde eingewandt, jedes Abweichen vom „vollen Lohnausgleich“ schwäche die Kampffront und man solle hier nicht das Geschäft der Geißler, Blüm und Zimmermann betreiben, die die Einkommen der Beamten sowieso kürzen würden.

Auch hier kam der Mangel in dieser Arbeitsgruppe zum Ausdruck: zu wenig die Widersprüche in der Tiefe auszuloten, statt dessen breit im Prinzipiellen, was ja vielfach bekannt ist, zu verharren.

Arbeitsgruppe: Neue Technologien

gih. Die Arbeitsgruppe wurde geleitet von Dr. Joachim Müller, wissenschaftlicher Assistent für Betriebswirtschaftslehre an der Universität Oldenburg, Lehrbeauftragter an der Universität Bremen, Mitglied der Grünen Bremen; Dr. Ulrich Briefs, Mitarbeiter des WSI des DGB Düsseldorf und Jochen Sonn, Betriebsrat bei Daimler Benz in Stuttgart und Mitglied der plakat-Gruppe.



Daß man ohne die Produzenten keine großen Umwälzungen erreiche, diese Erkenntnis hat sich auch die Ökologiebewegung zunehmend zu eigen gemacht.

Folgende Thesen wurden zur Diskussion gestellt: Ulrich Briefs: Unter den Gesichtspunkten der Stagnation der Wirtschaft, der verstärkten und weiter zunehmenden Krisenhaftigkeit des Kapitalismus, der sich weiter verschärfenden Massenarbeitslosigkeit, der riesigen Überkapazität und der Nichtbefriedigung von individuellen und kollektiven Bedürfnisse müssen die neuen Technologien für den Menschen eingesetzt werden. „Und könnten nicht gerade auch die neuen Technologien, die CAD-Systeme, Dokumentations- und Informationssysteme, komplexe Datenverarbeitungssysteme in den Betrieben und die große Vielfalt von Spezialanwendungen für einzelne Funktionsbereiche und Branchen für solche gesellschaftlich sinnvolle Aufgaben eingesetzt werden. Statt noch mehr Arbeitslosigkeit, eine noch höhere Leistungsverdichtung und neue Belastungen durch Monotonie, Routine, Repetitivität, verstärkte zentralnervöse Belastungen etwa an Bildschirmarbeitsplätzen usw. zu schaffen, könnte man die neuen Technologien, bzw. die mit ihnen erreichten Produktivitätsgewinne umsetzen in Arbeitszeitverkürzungen, in bewußteres und druckfreieres Arbeiten, in eine breite Demokratie, mehr Selbstbestimmung für die Masse der Beschäftigten in den Betrieben. Sie könnten insbesondere auch genutzt werden, um andere, eben gesellschaftlich nützliche Güter oder Dienstleistungen zu produzieren, statt um parasitäre Produkte wie „Managementinformationen“, triviale wie Telespiele oder destruktive wie Rüstungselektronik hervorzubringen.“ Und fordert weiter eine andere „Produktionslogik“: „Hier können nun gerade die neuen Technologien (Mikroelektronik, universelle Datenverarbeitung als der Kernbereich, Telekommunikationstechnologien usw.) einen wichtigen Beitrag leisten, wenn sie bewußt und selektiv entwickelt und angewendet werden und wenn durchgängig gesichert ist, daß die betroffenen Beschäftigten den Prozeß der Entwicklung und Anwendung der neuen Technologien in ihrem Interesse kontrollieren können. Es darf eben, um es auf eine kurze Formel zu bringen, nicht blind alles gemacht werden, was technisch gemacht werden kann.“

Jochen Sonn stellte zwei Grundforderungen an die menschliche Arbeitsfähigkeit: „1. Erhalt der persönlichen Fähigkeit zur bewußten Gestaltung der Natur und 2. Ein- und Unterordnung des Menschen in das übergreifende Ganze der Natur.“ Daraus entwickelte er 5 Forderungen: 1. Unterbindung des weiteren Ausbaus von Fließband und Transferlinienfertigung, 2. Stufenweise Verteuerung dieser Massenfertigung durch Aufhalsen der Folgekosten, 3. Förderung innerbetrieblicher Entflechtungsmaßnahmen, 4. Wiederverankerung von Industriearbeit in lebendige handwerkliche Basis und 5. Ersatz von schädlichen Produkten durch ihre bisherigen Hersteller, Verantwortung für das eigene Konsumverhalten übernehmen.

Bei der anschließenden Diskussion wurden im wesentlichen zwei Positionen vertreten. Einerseits, daß eine Anwendung und Weiterentwicklung der Technik zum Nutzen der Menschen möglich ist, nur nicht im Kapitalismus, und andererseits, daß an einer bestimmten Größe der technischen Anlagen eine Qualitätsänderung der Technik eintritt und zwar so, daß diese Technik eine Eigendynamik erhält, die nicht mehr beherrschbar ist, egal in welchem Gesellschaftssystem und die Forderung nach Dezentralisierung der technischen Anlagen aufgestellt wurde.

Weiter waren die Bedürfnisse an die Diskussion sehr unterschiedlich. Einmal wollte man konkrete Alternativen für den einzelnen Arbeitsplatz entwickeln oder den Betrieb, zum zweiten sollten allgemeine Strategien für die Zukunft entwickelt werden. Weder das eine noch das andere konnte und sollte auf der Arbeitsgruppe geleistet werden.

Krach um den „Sparlohn"

Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Textil und Bekleidung

geh. Vom 17.–22.10.1982 führt die Gewerkschaft Textil-Bekleidung in Mainz ihren 24. ordentlichen Gewerkschaftstag durch. 212 Delegierte vertreten 289000 Mitglieder in der Textil- und Bekleidungsindustrie.

Obwohl die Zahl der Beschäftigten in den beiden Branchen um rund 80000 auf etwa 510000 zurückging, konnte die Zahl der Mitglieder in der Zeit seit 1977 gehalten werden. Dies verbirgt, daß in den 4 Jahren 170000 neue Mitglieder, darunter 110000 Frauen geworben wurden. Damit liegt der Organisationsgrad in diesen Branchen bei knapp 50%.

Im Vorfeld des Kongresses hatte eine massive Intervention des GTB-Vorsitzenden B. Keller beim DGB-Vorstand Aufsehen erregt. Er verlangte einen Artikel aus den WSI-Mitteilungen zu entfernen, der das Tarifkonzept der Gewerkschaft Textil-Bekleidung zum „Sparlohn" kritisierte. Der bemängelte Artikel verschwand aus dem Heft. Durch die Publizität dieses Vorgangs aufgescheucht, mochte der GTB-Vorstand jedoch dem großen Vorsitzenden nicht folgen und beschloß, den Artikel an alle Delegierten des Gewerkschaftstages vorab zu versenden. Möglicherweise wird es also auf dem Kongreß zu einer Kritik am Tarifkonzept der Gewerkschaft kommen.

Bei dem Sparlohn handelt es sich um ein auf 10 Jahre befristetes Darlehen der Lohnabhängigen an das jeweilige Unternehmen. Mit diesem „Arbeitnehmerdarlehen" sollte die Kapitalausstattung der Unternehmen verbessert werden, dadurch die Investitionsneigung verbessert, die internationale Konkurrenzfähigkeit der deutschen Unternehmen gestärkt und darüber dann auch der Lohnspielraum verbreitert werden. Die WSI-Studie verneint dies und kritisiert unter anderem an dem Konzept bzw. an der Modellrechnung der Gewerkschaft, mit der sie diese Idee belegen wollte:

– die Kapitalisten hätten auf dem allgemeinen Kreditmarkt die durch den „Sparlohn" angesammelten Mittel billiger beschaffen können, also kann darüber der Lohnspielraum nicht erweitert werden,
– daß zu geringe Kosten für die Insolvenzsicherung der „Arbeitnehmerdarlehen" eingesetzt worden sind,
– daß auf den „Sparlohn" auch Lohnsteuer gezahlt werden muß und deshalb der Liquiditätsgewinn für die Kapitalisten geringer als angenommen sei,
– daß die Gefahr droht, daß die Lohnabhängigen mit ihren zwangsweise gesparten Löhnen auch noch die eigenen Sozialpläne zahlen müssen.

Nach dieser Kritik ist nicht sicher, ob dieses Modell – zumindest unverändert – zur offiziellen Lohnforderung erhoben wird. Dagegen ist die Wiederwahl des alten Vorstandes jedoch als gesichert anzusehen.

Lohnabschluß im üblichen Rahmen?

Aktionstage im Gesundheitswesen gehen weiter / Urabstimmung im Bergbau

geh. Nachdem die Beschäftigten im Gesundheitswesen in der letzten Woche mit Aktionstagen die Einrichtungen der staatlichen Hospitale und Ambulanzdienste bis auf Notdienste weitgehend lahmlegten – allerdings war unter dem Eindruck der Strafdrohung der Regierung für Solidaritätsstreiks die Beteiligung in anderen Bereichen teilweise nur gering – bahnt sich im Bergbau eine neue Auseinandersetzung an.

Die Nationale Kohle-Behörde (NCB) hatte der Bergarbeitergewerkschaft (NUM) eine Lohnerhöhung von durchschnittlichen 8,25% angeboten. Dieses Angebot hat die Delegiertenkonferenz angesichts der Forderung nach 31% mehr Lohn einmütig abgelehnt. Die Delegiertenkonferenz beschloß stattdessen, ab Montag letzter Woche keine Überstunden mehr zu fahren. Am 28. und 29.10.1982 soll in den Revieren eine Urabstimmung über Streik durchgeführt werden. Für die Einleitung von Streikmaßnahmen müssen in geheimer Abstimmung mindestens 55% aller stimmberechtigten Bergleute votieren. Die Abstimmung soll gleichzeitig auch gegen die „Stillegungspläne" der britischen Kohle-Behörde gerichtet sein.

Die Kohle-Behörde argumentiert, die Forderung sei überzogen. Sie kalkuliert, daß auch in der Urabstimmung sich nicht die erforderliche Mehrheit findet, weil auch ein Teil der Beschäftigten die 31%-Forderung als überhöht ansehe. Sie will jedenfalls nicht nennenswert von ihrem Angebot abgehen, damit auch die Lohnerhöhung für die Bergleute in etwa noch im Rahmen der durchschnittlich zwischen 5 und 7% betragenden Lohnsteigerung liegt.

Die Überstundenverweigerung ist ökonomisch gesehen sicher ein schwaches Mittel. Angesichts der 50 Mio. t Kohle, die jetzt schon auf Halde liegen, kann bestenfalls deren weiteres Anwachsen verhindert werden.

Allerdings werden historische Parallelen zum Sturz der früheren konservativen Regierung Heath gezogen, die auch mit der Überstundenverweigerung der Bergleute eingeleitet wurde. Der Führer der britischen Bergarbeitergewerkschaft, Arthur Scargill, wies nach Bekanntgabe des Beschlusses der Delegierten darauf hin, bestritt aber, daß das Konzept vor allem politisch motiviert sei.

Der Entscheidung der Bergleute in der anstehenden Urabstimmung kommt darüberhinaus für die anderen Gewerkschaften große Bedeutung bei, da die sich traditionsgemäß oft an den Entscheidungen der großen Gewerkschaften am Beginn der Lohnrunde orientieren.



Frankreich: Auch Lohnpause für Staatsangestellte?

kvz. In der letzten Woche haben die Verhandlungen über ein neues Lohnabkommen für die Beschäftigten im Staatsdienst begonnen. Bei diesen Verhandlungen geht es neben dem Abschluß für das kommende Jahr auch darum, einen Abschluß für die Zeit vom 1. November bis zum Jahresende zu vereinbaren, da der alte 82er Abschluß durch das Preis- und Lohnstopp-Abkommen für die Zeit Juli bis Oktober ja hinfällig geworden war. Ministerpräsident Mauroy hat in einer Anweisung für die Verhandlungsführung des staatlichen Arbeitgebers einen Vorschlag für den Austritt aus dem Preisstopp und für 1983 eine Höchstmarke der Lohnerhöhung von 8% festgelegt. Dies bedeutet für 1982 einen Kaufkraftverlust von 2–3% und für 1983 im günstigsten Fall der Begrenzung der Preissteigerung auf die geplanten 8% einen Ausgleich. Eine Indexierung mit einer Anpassung an mögliche weise höhere Preissteigerungsraten lehnt die Regierung Mauroy jedoch ab. Ein weiterer Reallohnverlust ist also abzusehen, wenn die Regierung mit ihren Absichten durchkommt. Erst jüngst hatten die Staatsangestellten einen „Solidaritätsbeitrag" für die Arbeitslosenversicherung hinnehmen müssen. Die Gewerkschaft CGT hat denn auch gegen die Regierungspläne zwei Aktionstage am 14./15.10. angekündigt, an denen im öffentlichen Dienst die Arbeit niedergelegt werden soll.

Beamtenstreik für neue Arbeitsplätze

geh. Gegenwärtig wird eine Initiative für einen „Beamtenstreik für mehr Arbeitsplätze" vorbereitet. Mit einem 5tägigem Demonstrationsstreik von einigen hundert Beamten soll eine politische Initative zur Schaffung von Arbeitsplätzen eingeleitet werden. Dieser Streik soll unter folgenden Forderungen stehen: Reduzierung der Arbeitszeit auf 37,5 Stunden, voller Lohnausgleich bis zu einem Nettogehalt von 2000 DM, teilweise Kürzung des Ausgleichsbetrages bei den darüberliegenden Einkommen, Abschluß eines dementsprechenden Tarifvertrags. Mit den freigesetzten Mitteln sollen ca. 300000 Arbeitsplätze in verschiedenen Bereichen wie soziale Dienste, Weiterbildung, Forschung, Gesundheitswesen, Bildung, Ausländer, Frauen, Jugend, Freizeit und Kultur, Selbsthilfe und Alternativprojekte etc. geschaffen werden. Während des Streiks nehmen arbeitslose Kolleginnen und Kollegen die Arbeitsplätze der Streikenden ein, damit keine Arbeitsstunde ausfällt. Mit einem solchen politischen Demonstrationsstreik sollen Gewerkschaften und Staat gezwungen werden, sich zu diesem Problem zu verhalten. Nach Ansicht der Initiatoren hat ein solcher Beamtenstreik folgende Funktionen: „das Problem der Arbeitslosigkeit (wird) provozierend und unkonventionell thematisiert", „für die Arbeitslosen ein Signal zu setzen". Weiter soll „daß das solidarische Bewußtsein im öffentlichen Dienst, in Wohlfahrtsorganisationen und den kirchlichen Einrichtungen ungleich mehr entwickelt ist als in der Öffentlichkeit angenommen" wird; um damit „die beschäftigungspolitischen Möglichkeiten des öffentlichen, halböffentlichen, kirchlichen und selbsthilfe-/alternativorganisierten Sektors wieder mehr in den Blickpunkt der Diskussion zu stellen". Die Initiatoren sind sich bewußt, daß sie mit Sanktionen rechnen müssen, sehen aber absehbare Strafen, z.B. Einkommenskürzungen, als tragbar an. Informationen können angefordert werden von
Prof. Peter Gotthian/
Wolf-Dieter Narr (FU Berlin)
Irmgardstr. 26
1000 Berlin 37
Tel.: 030/8523078 oder 8135064
oder 8337162

Erster PAISY-Skandal bei Opel

kvz. Kaum ist bei Opel der PAISY-Betrieb angelaufen, ist jetzt der erste Bruch der entsprechenden Betriebsvereinbarung bekanntgeworden. Vor 2 Monaten wurde durch den Spruch der Einigungsstelle unter dem Vorsitz des Frankfurter Arbeitsrichters Kamphausen der PAISY-Betrieb bei Opel freigegeben. Bedingung war eine Vereinbarung, die den Mißbrauch von persönlichen Daten verhindern sollte und dem Betriebsrat Kontrollrechte einräumte. Jetzt stellte der Betriebsrat fest, daß ohne Erlaubnis des Betriebsrats ein leitender Opel-Angestellter einen Durchlauf der Lohnkontrolldaten zur Auswahl über die Versetzung eines Kfz-Schlossers genutzt hatte. Der Betriebsrat hat deshalb die gesamte Vereinbarung fristlos gekündigt. Dies hat allerdings nur zur Folge, daß dem betreffenden Opel-Angestellten jeglicher Zugriff auf PAISY-Daten verwehrt bleibt und erstmal keine Lohnkontrolldurchläufe mehr stattfinden dürfen. Die Opel-Geschäftsleitung hat dem Betriebsrat inzwischen das Recht bestritten, die Vereinbarung zu kündigen, denn der leitende Angestellte habe nicht in ihrem Auftrag gehandelt.

1. Der Vorstand der IG Metall sieht in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und in der Sicherung des sozialen und materiellen Besitzstandes der Arbeitnehmer die wichtigste gesellschafts- und gewerkschaftspolitische Aufgabe der nächsten Jahre.

2. Die IG Metall ist bereit und entschlossen, in den kommenden Jahren einen tarifpolitischen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit und zur Sicherung der Beschäftigung zu leisten. Dazu gehört zum einen die aktive Lohn- und Gehaltspolitik, zum anderen Arbeitszeitverkürzung durch tarifliche Regelungen.

3. Für die Tarifbewegung 1982/83 wird der Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen absoluter Vorrang eingeräumt. Mit Nachdruck unterstreicht der Vorstand, daß es in dieser Tarifbewegung in erster Linie um die Sicherung der Realeinkommen durch Ausgleich der Preissteigerungsrate geht. Auf der Grundlage der Meinungsbildung in Betrieben, Verwaltungsstellen und Tarifkommissionen wird der Vorstand nach Beratung die notwendigen Entscheidungen über Höhe und Struktur der Forderungen treffen.

Tarifpolitische Schwerpunkte

Beschluß des IG Metall-Vorstands auf der Klausurtagung am 21.9.1982 in Ludwigsburg

4. Der Vorstand der IG Metall bekräftigt, daß die Verkürzung der Arbeitszeit der Schwerpunkt qualitativer Tarifpolitik ist. Vorrang erhält dabei die Verkürzung der Wochenarbeitszeit, die aufgrund der Kündigungsmöglichkeiten der entsprechenden tarifvertraglichen Bestimmungen im Jahre 1984 angegangen werden kann.

5. Die Verkürzung der Lebensarbeitszeit soll vorrangig auf gesetzlichem Wege angegangen werden. Die IG Metall gibt der Verkürzung der Lebensarbeitszeit aus sozial- und beschäftigungspolitischen Erwägungen größte Bedeutung. Der Vorstand der IG Metall fordert daher erneut und mit allem Nachdruck, daß angesichts der dramatischen Zuspitzung der Beschäftigungskrise Bundesregierung und Bundestag umgehend gesetzliche Initiativen zur Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze ergreifen.

Wichtige Tarifkämpfe im Bundestagswahlkampf '83

Kündigungstermine der Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge[1] zwischen dem 30.11.1982 und 31.7.1983
Beschäftigte in Tausend

Wirtschaftsbereiche	Für ... Beschäftigte sind Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge kündbar zum Monatsende									
	Nov. 1982	Dez. 1982	Jan. 1983	Febr. 1983	März 1983	April 1983	Mai 1983	Juni 1983	Juli 1983	insges.
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft 2)	--	--	--	58	268	23	--	2	--	351
Bergbau und Energiewirtschaft	1	2	4	2	51	236	24	54	--	374
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	--	o	248	87	32o	366	3o7	154	--	1.482
Investitionsgütergewerbe	--	61	3.924	199	82	23	16	64	--	4.369
Verbrauchsgütergewerbe	21	2o8	136	34	229	631	42	22	--	1.323
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	16	127	13	91	157	57	43	35	12	551
Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	--	9	--	4	1.o42	141	7	--	--	1.2o3
Handel, Banken und Versicherungen 3)	--	13	31	1.127	1.o43	1.122	81	32	--	3.449
Verkehr und Nachrichtenübermittlung 3)	--	55	32	378	295	16	28	--	--	8o4
Private Dienstleistungen und Öffentliche Dienste 3)	2	227	5	2.393	145	3o1	89	1o9	66	3.337
gesamte Wirtschaft	4o	7o2	4.393	4.373	3.632	2.916	637	472	78	17.243
in vH	o,2	4,1	25,5	25,4	21,1	16,9	3,7	2,7	o,4	1oo,o

1) Nur Tarifverträge von DGB-Gewerkschaften
2) Einschließlich der nichtständigen familienfremden Arbeitskräfte in der Landwirtschaft
3) Ohne Beamte
Quelle: WSI-Tarifarchiv

Schichtarbeit ist nicht notwendig

Ergebnisse der Schichtarbeiterumfrage der IG Druck (Auszüge)

Schichtarbeit ist in den meisten Fällen nicht notwendig.

Zu diesem Ergebnis kommt eine von der IG Druck bei ihren Mitgliedern durchgeführte Umfrage-Aktion. Sie unterstreicht aufs neue die Ruinierung der Gesundheit durch die Schichtarbeit. Neu bei dieser Umfrage ist, daß auch Ergebnisse über die Auswirkungen auf die sozialen Kontakte außerhalb der Produktion mit dargestellt werden und daß durch die Befragungsergebnisse das „Argument" der Kapitalisten, Schichtarbeit sei nötig, weil das Produkt anders nicht hergestellt werden könne, auch für den Druckbereich in den meisten Fällen widerlegt wird. Interessant auch die Haltung der Schichtarbeiter zu Modellen der Arbeitszeitverkürzung. Anschließend dokumentieren wir wesentliche Teile der Umfrageergebnisse.

Gesundheitliche Belastungen

Über ⅔ der befragten Schichtarbeiter erklärten, daß sie sich gesundheitlich nicht ganz auf der Höhe oder sogar direkt krank fühlten. Bei denjenigen, die in *Wechselschicht mit Nachtarbeit* beschäftigt sind, liegt der Prozentsatz sogar über 70% (71,9%).

Die typischen Beschwerden der befragten Schichtarbeiter sind *Rückenschmerzen* und *Schlafstörungen* – jeweils knapp 22% der Befragten leiden hierunter. Je länger Schichtarbeit geleistet wird, desto stärker treten diese Beschwerden auf.

Beschwerden bei Fach- und Hilfskräften: Die verschiedenen Beschwerden sind bei den Fach- und Hilfskräften ungleichmäßig verteilt. Besonders die *Rückenschmerzen sind eine typische Belastung der Hilfskräfte.* 25% klagen über derartige Leiden. Durch Kreislaufstörungen sind die Hilfskräfte ebenfalls überdurchschnittlich betroffen (14,3%). *Typische Belastungen bei den Fachkräften sind Schlafstörungen* (22,2%), Magen-Darm-Störungen (13,8%), sowie Müdigkeit (16,3%).

Schichtarbeit führt zu massiven sozialen Benachteiligungen!

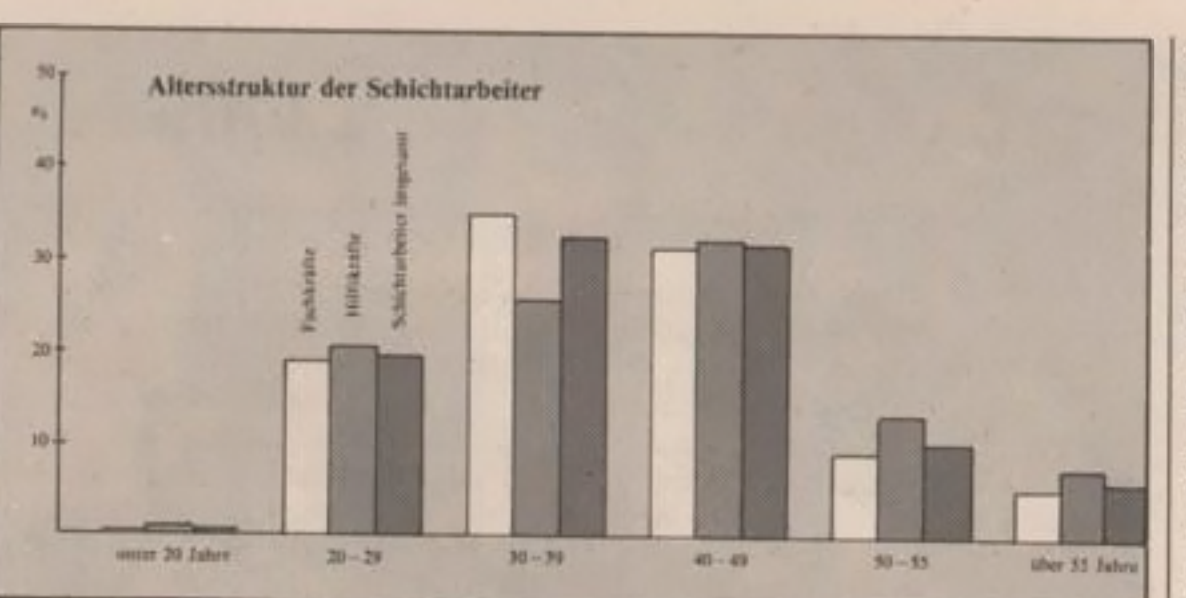
Auf die Frage „Fühlst Du Dich bei der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben benachteiligt" antworteten über 80% (82,7%) mit ja! Die verringerte Möglichkeit, Freundschaften zu pflegen, werden von 31,8% als einschneidende Benachteiligung empfunden. Mit deutlichem Abstand werden Benachteiligungen im Bereich des Sports (16,5%), der Kultur (16,2%), des Vereinslebens (14,8%) und der Weiterbildung (14,3%) empfunden.

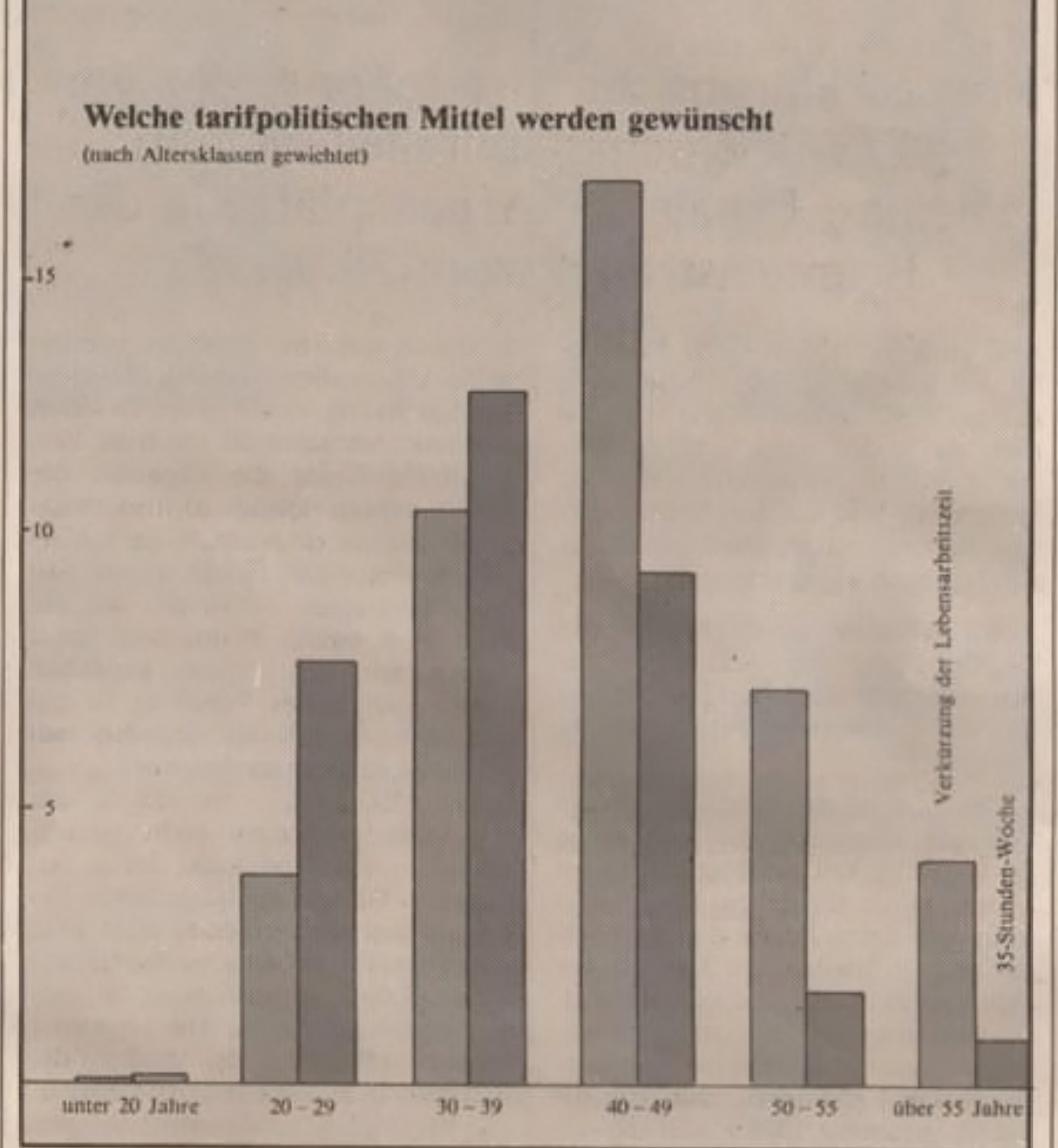
Von den Fachkräften werden die Benachteiligungen im Bereich der Kultur und Weiterbildung – neben den verringerten Möglichkeiten zu Freundschaften – besonders betont.

Ist Schichtarbeit in diesem Umfang notwendig?

In einer weitverbreiteten Meinung wird die Schichtarbeit in der Druckindustrie als genauso unabwendbar aufgefaßt, wie z.B. bei der Polizei oder Eisenbahn, da Zeitungen und Zeitschriften aufgrund der Aktualität sehr schnell produziert werden müßten und darüber hinaus der Konsument morgens seine in Nachtschicht produzierte Tageszeitung verlangen würde. Nach unserer Umfrage sind gut ⅓ (Zeitungsproduktion 17,7%, Zeitschriftenproduktion 17,6%) der schichtarbeitenden Kollegen in der Zeitungs- und Zeitschriftenproduktion beschäftigt. Es sei nun dahingestellt, ob nicht auch im Bereich der Produktion dieser Güter die Schichtarbeit verringert oder zumindest entschärft werden könnte. Es gibt aber aus der „Natur des Produktes" absolut keinen Grund, weshalb knapp ⅓ der schichtarbeitenden Kollegen Bücher und Werbedrucksachen produzieren müssen (10,2% Bücherproduktion, 18,7% Werbedrucksachen). Hier zeigt sich ganz deutlich, daß die eingangs geschilderte Auffassung zu einem erheblichen Teil ein Vorurteil ist. Zum überwiegenden Teil wird die Schichtarbeit in der Druckindustrie einzig und allein aufgrund des Bestrebens der Unternehmer nach möglichst optimalem Einsatz ihrer Maschinen und Anlagen zur maximalen Steigerung der Rentabilität eingesetzt. In welcher Weise die im wahrsten Sinne des Wortes auf die „Knochen der Kollegen" geht haben wir ausführlich dargelegt. Im Bereich der Buch- und Akzidenzproduktion dominiert mit ca. zwei Dritteln die Wechselschicht ohne Nachtarbeit. Aber knapp 40% (37,7%) der Werbedrucksachen produzierenden Schichtarbeiter arbeiten in *Wechselschicht mit Nachtarbeit!* Bei der Buchproduktion sind es immerhin noch fast 30%.

Die besonders ausgeprägten Beschwerden in diesen Produktionsbereichen sind Müdigkeit, Magen-Darm-Störungen, Konzentrationsstörungen sowie die bereits „wohlbekannten"





Rückenschmerzen. Im Bereich der Zeitungs- und Zeitschriftenproduktion sind besonders ausgeprägt die Schlafstörungen, bei letzterem aber auch Magen-Darm-Störungen, Müdigkeit und Konzentrationsstörungen. Die besonders hohe Quote der Schlafstörungen hängt hier zusammen mit dem sehr hohen Anteil an Wechselschicht mit Nachtarbeit – dies insbesondere bei der Zeitschriftenproduktion und mit ständiger Nachtarbeit – dies bekanntermaßen bei der Zeitungsproduktion. Über 50% (51,6%) aller ständig in Nachtarbeit beschäftigten Kollegen sind mit der Erstellung von Zeitungen beschäftigt.

Konsequenzen – Verringerung der Schichtarbeit ist möglich

Ca. ⅔ der schichtarbeitenden Kollegen sind nicht mit der Produktion von Zeitungen und Zeitschriften beschäftigt. Folglich bräuchten mindestens sie *nicht* in Schichtarbeit zu arbeiten. Daß in diesen Produktionsbereichen Schichtarbeit trotzdem durchgeführt wird, hängt einzig und allein mit der *Rentabilitäts*orientiertheit der Unternehmer zusammen. In diesem Bereich muß und kann die Schichtarbeit verringert werden. Dies gilt insbesondere für den relativ hohen Anteil der Kollegen, die Werbedrucksachen produzieren und dies in *Wechselschicht mit Nachtarbeit* verrichten (fast 40% der in dieser Produktsparte Beschäftigten arbeiten in diesem besonders gesundheitsschädlichen Rythmus!) Für alle Schichtarbeiter, die in besonders belastenden Schichtrythmen tätig sind – Wechselschicht mit Nacht- und ständige Nachtarbeit – und deren Schichtarbeit nicht unmittelbar abgebaut werden kann, muß darauf gedrungen werden, daß zumindest die *Überstunden* verringert werden. Auf Basis unserer Umfrage hat sich gezeigt, daß Kollegen mit besonders belastenden Schichtformen in besonders hohem Maße zu Überstundenleistungen herangezogen werden. Dies gilt insbesondere für die in *Wechselschicht mit Nachtarbeit* Tätigen. Darüber hinaus müssen die Überstunden derjenigen, die regelmäßig am Wochenende arbeiten, verringert werden.

Die weitverbreitete Einschätzung, daß die Beschäftigten *selbst* nicht bereit wären, Überstunden oder Schichtarbeit zu verringern, da sie auf die finanziellen Zuschläge nicht verzichten könnten oder wollten, stimmt in dieser Pauschalität nicht. Über 50% der Befragten sind bereit, finanzielle Einbußen in Kauf zu nehmen, um keine Schichtarbeit mehr leisten zu müssen. Besonders ausgeprägt ist dies bei den unter 40jährigen; hier liegt der Anteil bei fast 60%.

Belastung kann durch die 35-Stunden-Woche verringert werden!

Neben einem Abbau der Schicht- und Überstundenarbeit kann eine nachhaltige Verringerung der Belastung der Schichtarbeiter *nur* durch die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit in Form der 35-Stunden-Woche erreicht werden! Besonders bei den Schichtarbeitern hat sich anhand auch unserer Ergebnisse der zunehmende gesundheitlicher Verschleiß mit der Länge der Schichtarbeit bzw. dem Lebensalter gezeigt. Damit ist belegt, daß der Verschleiß auf die Dauer insbesondere bei Schichtarbeitern viel zu hoch ist. Dies ist eine Entwicklung, die sich insgesamt für die gesamte Industrie – auch für die Normalschicht arbeitenden Kollegen und Kolleginnen – abzeichnet. Nach Berechnung des IAB werden bis 1985 nur 27% der männlichen Arbeitnehmer die heute mögliche Altersgrenze von 63 Jahren erreichen. Über 70% scheiden vorzeitig aus; 38% wegen Frühinvalidität und 35% wegen Todes. Auch diese Zahlen belegen darüber hinaus, daß die vielfach geforderte *Herabsetzung der Altersgrenze* kaum etwas an den Belastungen ändern würde. Die eigentlichen Probleme liegen ja im *gesundheitlichen Verschleiß*, der durch jahrzehntelange Belastung vor allem am Arbeitsplatz entstanden ist. Unter dem Gesichtspunkt der Humanisierung der Arbeit muß also der Arbeitsprozeß selbst verändert werden – ein entscheidendes Mittel hierzu ist die Verkürzung der Tagesarbeit.

Für sich alleine genommen ist vor diesem Hintergrund die Verkürzung der Lebensarbeitszeit eine reaktive sozialpolitische Maßnahme, die der Unternehmerstrategie nach Herausbildung junger, leistungsfähiger *„Olympiamannschaften"* entgegenkommen. Damit wird unter anderem die steigende Arbeitshetze begünstigt, die den vorzeitigen Verschleiß wiederum verstärkt. In der langfristigen Tendenz wird damit gerade eine der Ursachen verstärkt, die unter dem Gesichtspunkt der Verbesserung der Lebensbedingungen der älteren Kollegen zur Notwendigkeit der Verkürzung der Lebensarbeitszeit führt.

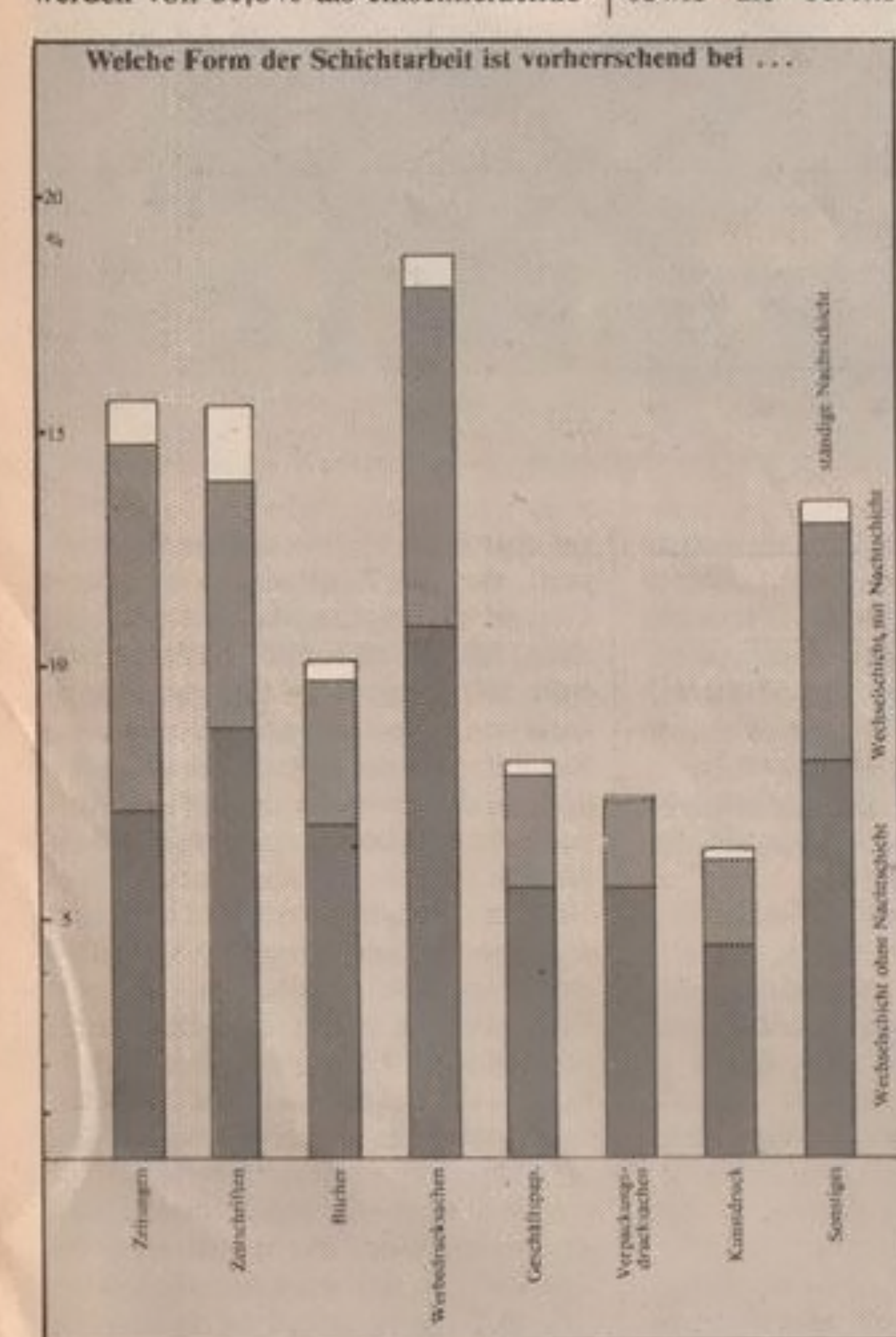
Diese Auffassungen sind insbesondere bei den unter 40jährigen weit verbreitet. Bei ihnen steht die Forderung nach der Verkürzung der Tagesarbeitszeit in Form der 35-Stunden-Woche an erster Stelle; fast 40% halten diese Forderung für das wichtigste tarifpolitische Mittel zur Verbesserung der Situation von Schichtarbeitern.

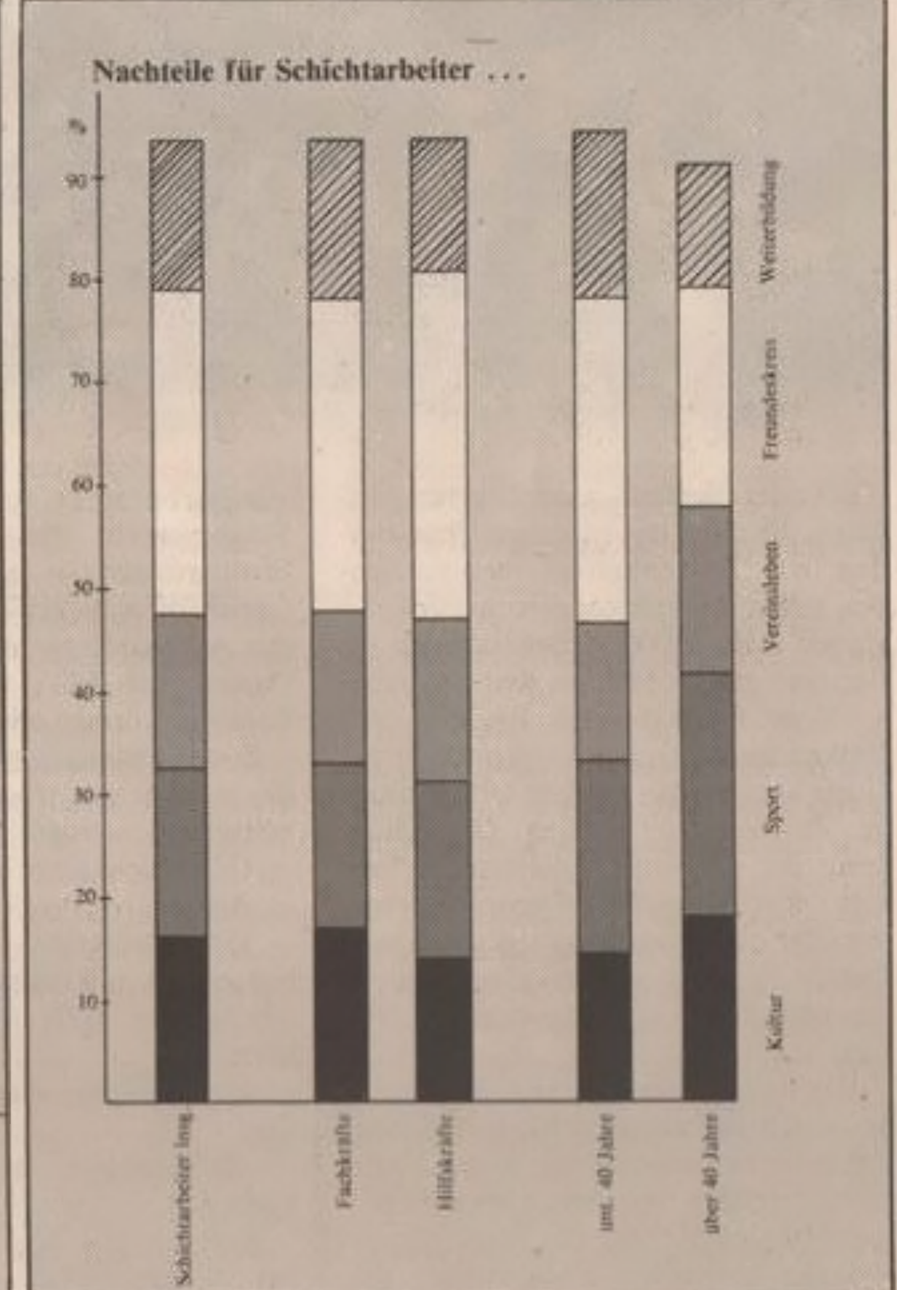
Vorzeitige Verrentung für gesundheitlich bereits geschädigte ältere Kollegen

Wenn langfristig die Situation insbesondere der Schichtarbeiter nur durch Veränderung ihrer Arbeitsbedingungen, v.a. durch die Verkürzung der Tagesarbeitszeit erreicht werden kann, so muß für die *gesundheitlich bereits geschädigten* älteren Kollegen zusätzlich nach anderen Lösungen gesucht werden.

Wir haben im Rahmen unserer Ergebnisse gesehen, daß insbesondere die älteren Schichtarbeiter, hier wieder besonders die Hilfskräfte, in hohem Maße von gesundheitlichem Verschleiß betroffen sind. Eine Durchsetzung der täglichen Arbeitszeitverkürzung würde auch für sie eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen mit sich bringen; eine einschneidende Verbesserung wäre aber nur durch eine *Herabsetzung des Rentenalters zu erzielen*. So halten nach unserer Befragung insbesondere die über 40jährigen die Forderung nach Herabsetzung des Rentenalters an den Gesetzgeber für besonders wichtig – für fast 50% steht diese Forderung an erster Stelle.

So sehr wir diese Forderung seit langem gerade für Schichtarbeiter vertreten, so dürfen andererseits die hierdurch entstehenden Kosten nicht der Solidargemeinschaft „Rentenversicherung" angelastet werden. Würde nämlich die Verkürzung des Rentenalters aus dem „Rententopf" bezahlt werden, so würde dies bedeuten, daß über die Beitragszahlung der Arbeitnehmer diese selbst in weiterem Maße soziale Folgelasten unternehmerischen Handelns tragen müßten. Wenn die Unternehmer schon durch ihr renditeorientiertes Wirtschaften einen nachhaltigen Verschleiß insbesondere bei den Schichtarbeitern verursacht haben, so sollten sie auch bitte schön die Rechnung bezahlen. Wir sind der Auffassung, daß die Unternehmer für jeden Schichtarbeiter zusätzliche Rentenversicherungsbeiträge bezahlen müssen, damit diese dann vorzeitig in Rente gehen können. So wäre z.B. denkbar, daß die Unternehmer für jeden Schichtarbeiter 14 Monatsbeiträge zur Rentenversicherung entrichten. Rein rechnerisch könnte so für 6 Jahre Schichtarbeit 1 Jahr eher in Rente gegangen werden.







Presseerklärung zur Pressekonferenz von AEG-Belegschaftsmitgliedern zum Thema „Erhalt der Arbeitsplätze in der Brunnenstraße“ vom 28.9.1982

Erhalt der Arbeitsplätze in der Brunnenstraße. Unter dieser Forderung veranstalteten am 28.9.1982 Belegschaftsmitglieder der AEG Brunnenstraße in Westberlin eine Pressekonferenz, auf der sie anhand einer 38seitigen Materialsammlung die geplante Werkschließung als Willkürakt nachzuweisen versuchen und eigene Vorschläge zur Rettung der Produktion in der Brunnenstraße unterbreiten.

Wochen zuvor hatten Belegschaftsmitglieder ein Aktionskomitee zum Erhalt der Brunnenstraße „initiiert“, das mit spontanen Aktionen und Demonstrationsvorbereitungen u.a. an die Öffentlichkeit getreten war. Auf der teilweise resignierten Fragen von Kollegen, was soll man machen oder wie soll's weitergehen, wollten die Mitglieder des Aktionskomitees mit eigenen Ansätzen den AEG-Vorstandsbehauptungen entgegentreten. Die Materialerarbeitung wurde unterstützt durch die Arbeitsgruppe „Erhalt der Arbeitsplätze Brunnenstraße Projekt KFGF“, die Arbeitsgruppe „S-Bahn“ und durch den Wissenschaftsrat Fichtestraße.

Bei den Kollegen stießen die Vorschläge der Pressekonferenz auf ein gutes Echo, während für die Geschäftsleitung und den Senat die Sache eh schon erledigt ist. Der Senat hat explizit die Gründung einer Auffanggesellschaft abgelehnt, und der AEG-Vorstand hat am Dienstag die endgültige Werkschließung für 1984 beschlossen.

Wir drucken im folgenden eine zusammenfassende Presseerklärung ab und werden demnächst ausführlich auf die Konzeption der Materialsammlung eingehen.

***

Wir halten die geplante Schließung der AEG-Brunnenstraße für einen unternehmerischen Willkürakt erster Ordnung.

Die auf dem Gelände angesiedelten Fabriken GF und KF sollen geschlossen werden, weil der zu erwartende Umsatz sowie die sich abzeichnenden schlechten Ergebnisse eine Weiterführung nicht rechtfertigen. Die Fabriken SF und Bahnfabrik sollen neue Fabriken auf einer „grünen Wiese“ bekommen, da in den alten, „museumsreifen“ Gebäuden wirtschaftlich nicht zu fertigen ist. Was aus dem hochmodernen Rechenzentrum werden soll, ist zur Zeit noch völlig ungewiß.

Wir haben uns ausführlich mit den Begründungen zur Schließung der Betriebsstraße auseinandergesetzt und sind u.a. zu folgenden Ergebnissen gekommen:

1. Die Verluste der Fabrik KF sind in Wahrheit wesentlich niedriger als in der Öffentlichkeit zur Begründung der Unrentabilität angegeben. Der Umsatz ist in den letzten Jahren ständig gestiegen und wird seitens der Kollegen der Fabrik auch als steigend vorausgesagt. Die Kollegen der Fabrik haben ein umfangreiches, zur Realisation anstehendes Konzept entwickelt, mit dem die Fabrik spätestens 1985 wieder schwarze Zahlen ausweisen kann. Diese Vorschläge sind vom Vorstand verworfen worden, da der Vorstand bereits seit langem die Absicht hat, die Motorenfertigung einzustellen.

2. Die als aussichtslos bezeichnete Lage der GF ist alles andere als aussichtslos. Die Fabrik ist auf vielen Gebieten absoluter Marktführer. Die trotz Vergleichsanmeldung die Kapazität der Fabrik nahezu füllende Auftragsvorlage für 1983 ist ein wichtiges Indiz hierfür. Kollegen der Fabrik haben eine Vorwärtsstrategie entwickelt, mit der auch diese Fabrik in den nächsten 2 Jahren schwarze Zahlen ausweisen kann. Auch dieser Vorschlag ist aus den oben aufgeführten Gründen vom Vorstand nicht akzeptiert worden.

3. Die AEG kann – wie nur für das Vorstandsmanagement nicht voraussehbar – die Produktion der in den Fabriken GF und KF hergestellten Fabrikate aus Marktgründen nicht ganz einstellen. Die Produktion der GF soll nach AEG Kanis und nach Bremen verlagert werden. Der Umzug kostet mehrere Millionen, der Aufbau der Fertigung in diesen Fabriken ebenfalls. Die KF-Produkte sollen nach Spanien verlagert werden, obwohl die spanische Fabrik seit vielen Jahren sehr tief in den roten Zahlen steckt und Fabrikate der KF-Enwicklungsstufe noch nie gebaut hat. Der Umzug kostet wiederum viele Hunderttausend Mark, der Markt wird – wie wiederum nur für den Vorstand nicht voraussehbar – sich nach anderen Herstellern umsehen, da ein erneuter Produktionsausfall nicht hingenommen werden kann. Die Fertigung eines Teils der nach Spanien zu verlagernden Produkte ist schon vor einem Jahr für viele Millionen Mark von Esslingen nach Berlin verlagert worden.

4. Die Verlagerung der Fabriken SF und Bahnfabrik soll zu Lasten des Steuerzahlers erfolgen, da sich die Fabriken von der sehr kostspieligen „Sanierungsmaßnahme“ – etwa 50 Mio./Fabrik – kostenmäßig nie wieder erholen würden. Der Senat ist aufgefordert worden, das Gelände der Brunnenstraße zu kaufen und nach eigenem Belieben zu verwenden, d.h. die „Ruine zu schleifen“. Der Senat soll der AEG auf einer „grünen Wiese“ eine neue Fabrik errichten und diese dann an die AEG leasen.

5. Der Vorstand hat jedes marktorientierte unternehmerische Verhalten der Fabrikkollegen des örtlichen Managements unterbunden. Vorschläge für den Aus- und Aufbau neuer Produktlinien wurden nicht aufgegriffen. Gespräche mit Mitarbeitern aus wissenschaftlichen Einrichtungen dieser Stadt haben gezeigt, daß ausreichend Kapazität und Wissen vorhanden ist, um beiden Fabriken bei der Entwicklung neuer Produktlinien zu helfen. Das Management der TU hat sich in ersten Gesprächen bereit erklärt, diese anwenderbezogenen Forschungsvorhaben kräftig zu unterstützen.

6. Die Qualität der unternehmerischen Entscheidung, die Fertigung auf dem Gelände der Brunnenstraße einzustellen, entspricht – wie durch viele Beispiele belegbar – in ihrer Güteklasse vielen anderen AEG-Entscheidungen, die mit Unterstützung der Banken, durch ihre gesamt- und einzelwirtschaftliche Unsinnigkeit die AEG unaufhaltsam in den Abgrund geführt haben. Im Beispiel der Industriemotorenfertigung werden die hohen Sanierungs- und Strukturierungskosten der letzten Jahre heute dazu herangezogen, die Unrentabilität der Fertigung nachzuweisen.

Die Resultate unserer Arbeit führen uns zu dem Schluß, daß die Sanierungsmaßnahmen der AEG weder die AEG in Berlin noch im Bund wirklich sanieren können. Es liegt die Vermutung nahe, daß dies u.U. auch gar nicht beabsichtigt ist.

Wenn sich dies bestätigen sollte, dann werden Zehntausende vergeblich nach Arbeit suchen, Millionenwerte an Gebäuden und Maschinen verschrottet und der Elektromarkt neu aufgeteilt sein. Die Nutznießer der Zerschlagung der Motorenfabrikation sind Siemens und Bauknecht.

Wir wenden uns an den Senat mit den Forderungen:

Unternehmen Sie sofort etwas, um die Arbeitsplätze zu retten. Nach Aussage des IFO-Instituts kostet die Schaffung eines Arbeitsplatzes 210000 DM. Der Haushalt des Senats sieht 100 Mio. DM für die Schaffung neuer Arbeitsplätze vor. Dies ist Geld für 500 Arbeitsplätze. In der KF können für 20 Mio. DM auf zwei Jahre verteilt 1000 Arbeitsplätze gerettet werden. Unterstützen Sie alle Projekte, die sowohl bei Planung neuer Produktlinien als auch im Hinblick auf die Regelung der Eigentümerschaft neue Wege beschreiten.

Bereiten Sie damit auch Konzepte für die Erhaltung der restlichen AEG-Arbeitsplätze vor.

GF heißt Großmaschinenfabrik
KF heißt Kleinmaschinenfabrik
FF heißt Stromrichterfabrik

Bürgerinitiative gegründet: Werftfusion – Nein danke!

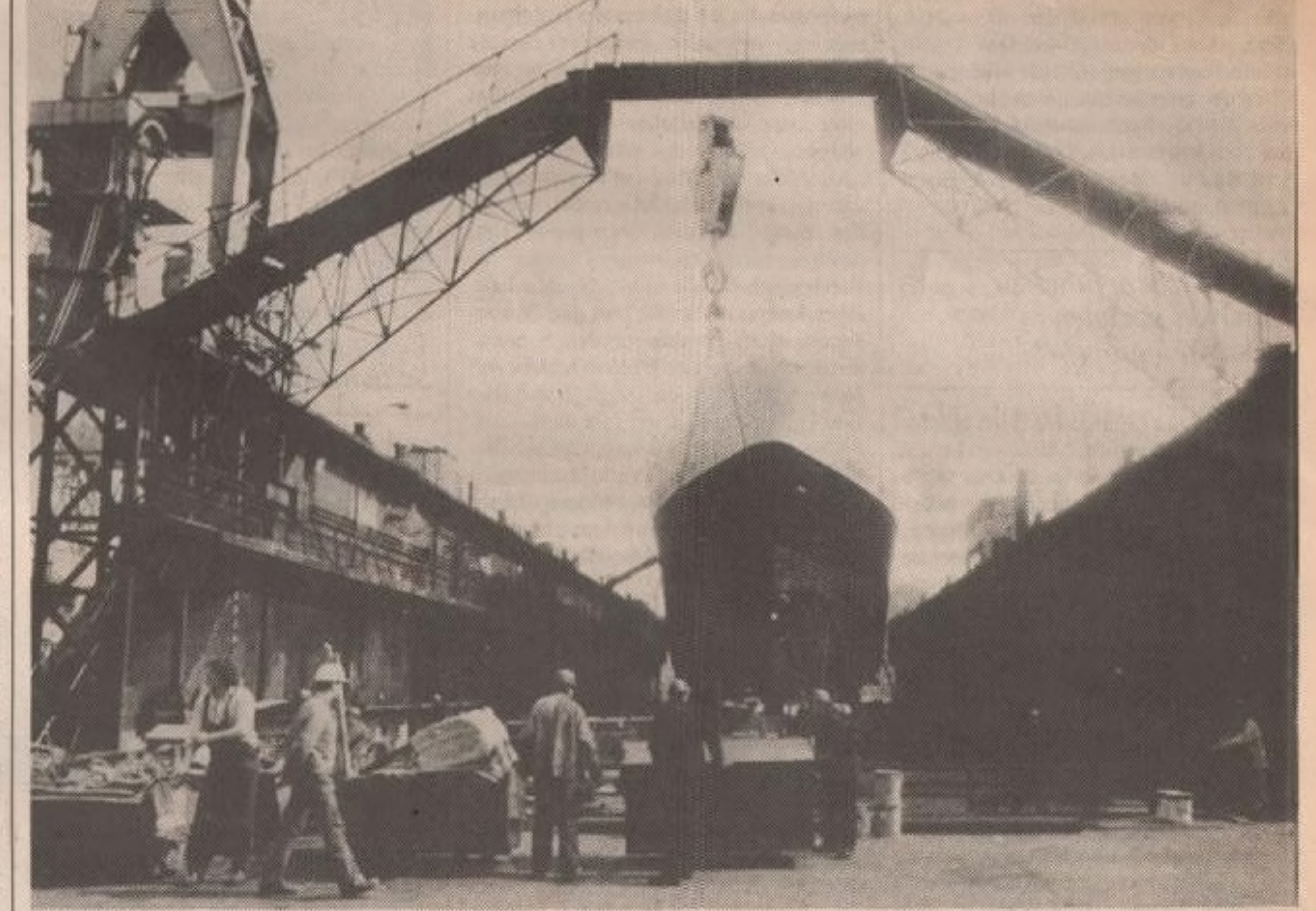
raw.Bremen. Der Werftschiffbau steckt in der Krise. Im deutschen Schiffbau gibt es immer noch Überkapazitäten von 50%. Arbeiteten 1975 noch 13900 Arbeiter auf den beiden Großwerften Aktiengesellschaft „Weser“ (AGW) und Bremer Vulkan (BV), so sind es heute nur noch cirka 6600. Der nötige Kapazitätsabbau ist damit keineswegs erreicht, orientiert man sich an den Profitinteressen der Kapitalisten. Die in den vom Bremer Senat in Auftrag gegebenen Werftengutachten geforderten Maßnahmen (Fusion von AGW und BV oder Holding oder getrennte Weiterführung der Werften bei Schaffung eines Arbeitskräfte-Pools) laufen auf eine Vernichtung von ca. 3000 Arbeitsplätzen hinaus.

Unter dem Motto „Kampf um jeden Arbeitsplatz“ und „Werft-Fusion – Nein danke!“ fand in Bremen-Nord am Montag, den 11.10., die Gründungsversammlung einer Bürgerinitiative statt. 700 Menschen kamen. Im Kampf gegen die Entlassungen wollen die Werftarbeiter „die Öffentlichkeit einbeziehen, aber auch mit ihr“, so ein Vertreter des IG Metall-Ortsvorstandes Bremen. Ein Erfolg war, daß die IG Metall letztlich doch die Gründung der Bürgerinitiative unterstützen mußte, ist doch ihr Vorsitzender Weinkauf im Grunde für die Entlassungen, da sie aus wirtschaftlichen Gründen angeblich nicht vermeidbar sind. Wenn der IG Metall-Vorstand den Kampf gegen die Entlassungen auch behindert, so machen sich andere DGB-Gewerkschaften am Ort stark dafür – die IG Druck und Papier und HBV machen offiziell mit in der Bürgerinitiative. Sie wollen so Druck auf den DGB am Orte ausüben.

Fritz Bettelhäuser, Betriebsratsvorsitzender BV, ging in seinem Redebeitrag darauf ein, daß in den profitträchtigen Jahren 1970–76 Rückstellungen beim BV von 380 Millionen DM, das ist das 5fache des Grundkapitals, vorgenommen wurden. Heute seien die alle aufgebraucht. In der Tat sieht auch alles wie ein abgekartetes Spiel aus. Während die AGW noch Aufträge hereinbekommen hat, hat der BV seit den verlustreichen Aufträgen für die Fregatten von 165 Mio. DM und die „Europa“ von 150 Mio. DM nicht einen bekommen, wobei noch interessant ist, daß der Bund die Verluste aus dem Fregattenbau beglich, von der Hapag für die „Europa“ nicht ein Pfennig kam.

Als erneute „Rettungsaktion“ sollen nun 600 Beschäftigte auf dem Vulkan, vornehmlich Angestellte (durch Fluktuation sind schon 100 draußen), und 250 auf der AGW entlassen werden. Offensichtlich ist dies eine im Gutachten geforderte Sofortmaßnahme, obwohl das Gutachten bis heute nicht veröffentlicht ist – selbst von der IG Metall nicht. Dies durchzusetzen ist offensichtlich Dr. No oder Dr. Henker nach Bremen berufen worden – gemeint ist Dr. Henke, der neue Vorstandsvorsitzende BV, der von den Hamburger und Bremer Werftarbeitern so tituliert wurde. Nach der Bekanntgabe der Entlassungen wurde auf dem Vulkan ein Tag gestreikt.

Bettelhäuser trug auf der Veranstaltung noch einmal die Forderungen des Betriebsrates vor: keine Entlassungen / keine Kürzung der Akkordvorgabezeiten / Untersuchung der Lage aller Werften in Bremen / alternative, schiffbaufremde Produktion. Unter den gegebenen schwierigen Umständen sei Kurzarbeit für alle besser als die Entlassungen, auch wenn dies Lohneinbußen für alle bedeuten würde; denn man dürfe sich nicht wie in den früheren Jahren spalten lassen. Abbau der Belegschaft durch Fluktuation sei auch leichter zu verkraften. Um die Angestellten vor der Arbeitslosigkeit zu schützen, sollen diejenigen, die einstmals als Arbeiter in der Produktion tätig waren, wieder in diese zurückversetzt werden. Unter den gegebenen Umständen soll außerdem ein Großteil der von Fremdfirmen, z.B. AEG oder Siemens, ausgeführten Aufträge, die diese mit enormen Überstunden und Sklavenhalterfirmen verrichten, selbst wahrgenommen werden. So gingen z.B. 30000 Arbeitsstunden im Rohrbau und 50000 aus dem Malerbereich an Fremdfirmen, die auf dem Vulkan auch erledigt werden könnten. Unter Umständen müßten Umschulungen durchgeführt werden. Die Schließung der Gießerei, die letzte in Bremen, wird abgelehnt. Reparaturarbeiten oder die Umstellung auf schiffbaufremde Produktionen würden dadurch verunmöglicht. Überstundenarbeit wird abgelehnt.



Der stellvertretende HBV-Vorsitzende berichtete aus der IG Metall-Vertrauensleuteversammlung vom Nachmittag. „Staat und Senat werden immer arroganter.“ Auf die Frage, was er gedenke, gegen die Entlassungen der Werftarbeiter zu machen, antwortete Finanzsenator Phape dreist: „Durch Einsparungen in anderen Bereichen (sprich öffentlicher Dienst) sichern wir die Arbeitsplätze auf den Werften.“ Darauf der HBV-Vorsitzende: „Die Politiker können alle abdanken.“

Zur Organisation der Arbeit der Bürgerinitiative wurden folgende Arbeitsgruppen eingerichtet:

- Öffentlichkeitsarbeit, Infostände
- Alternative Produktion
- Dokumentation gefährdeter Arbeitsplätze in Bremen (wir haben jetzt schon über 10% Arbeitslosigkeit in Bremen)
- Vorbereitung eines Solidaritätsfestes
- Einbeziehung der Frauen in den Kampf.

Wie am Dienstag bekannt wurde, hat der Vorstand des BV dem Betriebsrat erneut die Pistole auf die Brust gesetzt, um die Zustimmung zu seinem Gesundschrumpfungskonzept zu erreichen. Als „Kompromiß“ bot er an, anstatt 500 „nur“ noch 290 Arbeiter zu entlassen. Die Gießerei soll mit einer Rumpfbesetzung aufrechterhalten werden. Andererseits sei die 20%ige Kürzung der Akkordvorgabesätze unabdingbar. Henke kündigte an, daß er Neubauaufträge in der Hand habe und daß der Bremer Senat 55 Mio. DM locker machen werde. Der schwarze Peter wird so erneut dem Betriebsrat zugeschoben. Falls dieser den Einsparungen nicht zustimmt, wird kommenden Montag der Betrieb dicht gemacht, so Henke. Außerdem versucht der Vorstand über Hintermänner eine Unterschriftensammlung zur Abwahl des Betriebsrates, insbesondere Bettelhäusers, in Gang zu setzen.

Dokumente einer Diskussion

acm. Am 7.10. fand im Rahmen der Buchmesse in Frankfurt eine „basisdemokratische Ergänzung" zu den Delegiertenkonferenzen des Verbandes deutscher Schriftsteller (VS) statt. Die Veranstaltung sollte die Diskussion um die Austritte von ca. einem Dutzend Mitgliedern – vornehmlich Schriftstellern, die aus der DDR ins Exil in die BRD kamen – und der in diesem Zusammenhang aufgebrochenen Widersprüche dienen. Die zweieinhalbstündige Diskussion zeichnete sich durch weitgehende Offenheit aus. Viele Schriftsteller meldeten sich zu Wort, u.a.: Klaus Staeck, Freimut Duve, Yaak Karsunke, Pavel Kohout, Peter Härtling, Arnfrid Astel, Jürgen Fuchs und viele andere. Die von uns aufgezeichnete Diskussion soll an dieser Stelle mit einigen Redeausschnitten dokumentiert werden. In größerem Umfang wird das geschehen in der Zeitschrift UMBRUCH für den Monat November.

Bernt Engelmann

„Es gibt welche, die Kriminelle seien und er hat dies begründet"

Die Äußerung von Hermlin kenne ich aus dem Stern, aus einem Artikel der lange nach „Interlit" erschienen ist, und die Äußerung muß in der DDR gefallen sein, und nicht hier. Das mal vorweg.

Zweitens, wir haben sofort um Aufklärung gebeten und haben sie auch erhalten. Hermlin hat seinerseits deutlich gemacht, daß er weder ganz allgemein politisch Verfolgte und Inhaftierte für Kriminelle hält. Er hat ferner klar gemacht, daß er keineswegs die ins Exil in die Bundesrepublik gekommenen ehemaligen DDR-Autoren für Kriminelle hält. Er hat mir außerdem erklärt, in Gegenwart von Dieter Lattmann, daß er eine ganze Reihe von ihnen zu seinen persönlichen Freunden rechnet und weitere besonders achtet als Schriftsteller ... Und er hat außerdem klar gemacht, daß er sich nicht an einen Tisch setzen will mit zwei Personen, die er nicht namentlich genannt hat. Es gibt für ihn welche, wie er äußerte, die Kriminelle seien und er hat dies begründet. Das ist eine Aufklärung, soweit sie uns betrifft, genügt die, und das ist ganz eindeutig keine politische Diffamierung, sondern es handelt sich hier um eine persönliche Auseinandersetzung mit mehreren, insgesamt drei Personen. Mit einem – Hermlin – auf der einen Seite und zwei nichtgenannten auf der anderen Seite. Ich bedaure, daß Dieter Lattmann heute nicht hier ist ...

Zwerenz: Ich bedaure, daß ich jetzt gehe, denn ich setze mich nicht mit einem solchen kriminellen Vorsitzenden in einen Raum. (Bravo-Rufe).

Engelmann: Nun hast du ja deinen Auftritt gehabt. – *Zwischenruf:* Pfui, das kannst du dir wirklich sparen, Bernd ... Sowas finde ich unerhört. ... Wenn du in diesem Ton weitermachst, dann bleibt von diesem Verband nichts übrig. Man kann sich ja darüber unterhalten, was der Gerhard macht, aber ihm hier noch einen Fußtritt zu versetzen ...

Engelmann: Aber entschuldige mal, wenn der Gerhard mich als einen Kriminellen bezeichnet, dann nennst du das einen Fußtritt, wenn ich sage, da hast du deinen Auftritt gehabt. – *Zwischenruf:* Wer sind denn nun eigentlich die beiden ...

Engelmann: Ich weiß es nicht-... Ich habe Hermlin gefragt, wollen Sie keine Namen nennen, und da hat er gesagt, nein.

Irma Brender: Ich möchte ihnen gerne vorlesen, was im Deutschlandfunk Stefan Hermlin erklärt hat. Der Wortlaut war unter anderem in der Frankfurter Rundschau abgedruckt. Er hat da die beiden Autoren auch nicht Kriminelle genannt, er hat gesagt, darunter sind zwei, deren Begabungen mehr auf kriminellem als auf literarischem Gebiet liegen ... (Tumult im Saal) ... Bitte lassen Sie mich ausreden. Verzeihen Sie, aber wir haben weder das Mandat, noch die Pflicht für Stefan Hermlin zu sprechen. Wir haben uns erkundigt, weil wir es für diffamierend gehalten hätten, wenn er Kollegen, die aus der DDR – die in der DDR im Knast waren – die hierher gekommen sind, wenn er die aus diesem Grunde als Kriminelle bezeichnet. Dagegen hätten wir uns in aller Form und aller Strenge verwahrt. Er hat uns versichert, daß er genau das nicht getan hat ...

Freimut Duve

„Nein, das ist deren Literatur und sie gehört zum Verband VS"

Ich persönlich möchte erstmal sagen, daß ich die Kritik an dem Vorstand in dieser Frage nicht nur teile, sondern sie auch durch einen Brief unterstützt habe. Das ist, glaube ich, sinnvoll und richtig, das hier noch einmal zu wiederholen.

Zweitens, ich habe diese Diskussion heute eigentlich schon seit Jahren herbeigesehnt. – (...) Ich denke, es soll niemand austreten. Es darf eigentlich keinen Schriftsteller, der in der Bundesrepublik lebt, geben, der in dem Verband VS nicht seine Heimat findet. Darüber haben wir schon diskutiert als wir mit Lattmann in die Gewerkschaft eingetreten sind, daß alle ihre Heimat finden.(...)

Es ist überhaupt nicht zu vermeiden, – daß in dem Konflikt zwischen notwendiger Friedens- und Entspannungspolitik auf der einen Seite, und der Aufgabe vor allem von Schriftstellern und Schriftstellerverbänden, Menschenrechtsverletzungen begangen an Schriftstellern, an Autoren, sie besonders anzugreifen und hervorzuheben und sich dagegen auszusprechen – daß dort eine Spannung ist, die in der Politik bei den Politikern leichter überwunden wird dadurch, daß man sagt, wir müssen auch mit Gefängnisherren reden um der Entspannungspolitik willen. (...) Nun, wir müssen wissen, daß wir dann als Verband – möglicherweise auch andere Verbände – diese Diskussion führen dürfen und nicht als Verbände sozusagen Staatsersatz werden und sagen, jetzt machen wir das gleiche. (...)

Und ich denke, daß in dieser Rolle der Schriftstellerverbandsvorstand sich in letzter Zeit nicht klar und eindeutig verhalten hat. Das ist so in der Sache Charta 77, Waclaw Havel, Solidarność (jedenfalls die Intellektuellen bei Solidarność, die im Gefängnis gelandet sind). Sicher, es hat Erklärungen gegeben. Aber ich z.B. habe seinerzeit in Hamburg nicht wieder für den Vorstand, den Vorstand des Hamburger Landesverbandes kandidiert, weil mir die Art und Weise, wie über eine solche Erklärung zum Rauswurf von Wolf Biermann debattiert worden ist in der Mitgliederversammlung ... das konnte ich einfach nicht mehr mittragen.

Eines beschämt mich sehr. Daß die persönlichen Erfahrungen, die deutsche Schriftsteller gemacht haben, in Gefängnissen zum Beispiel, der DDR, die persönlichen Erfahrungen der Verfolgung durch Stasi, des verfolgt werdens durch Autos, das sind Erfahrungen, die sie in Literatur übertragen haben. Und nach meinem Eindruck haben viele der westdeutschen Schriftsteller im VS diese Erfahrungen – als Erfahrungen der Literatur – nicht akzeptiert, sondern sich eher peinlich berührt empfunden und gesagt, dies ist eine Literatur für die FAZ. Nein, daß ist deren Literatur und sie gehört zum Verband deutscher Schriftsteller. Ich bitte alle Kollegen hier, im Verband zu bleiben, und es tut mir leid, daß Gerhard Zwerenz jetzt eben weggegangen ist. Ich denke, wir sollten Anstrengungen machen, daß sie alle wieder zurückfinden.



Die Krise des VS ist der Bankrott einer politischen Konzeption

Die öffentliche Auseinandersetzung begann, als Rainer Kunze – vor sechs Jahren aus dem DDR-Schriftstellerverband ausgeschlossen und 1977 in die BRD emigriert – Mitte August seinen Austritt aus dem VS erklärte und mit zwei Punkten begründete:

Engelmann habe auf dem Schriftstellertreffen im Dezember '81 in Ost-Berlin für eine Politik plädiert, die alles ausstreicht, „was auf den Wunsch nach Wiederherstellung eines deutschen Nationalstaates hinauslaufen könnte". Dabei ging es ihm nicht um die „Einsicht, daß eine Wiedervereinigung in absehbarer Zeit nicht möglich ist", sondern er trat gegen das prinzipielle Verwerfen dieser Frage durch Engelmann auf.

Zweitens griff Kunze die „verlogenen Auftritte des Hermann Kant und seiner Genossen auf Veranstaltungen des VS und die Hofberichterstattung über diese Auftritte in der Verbandszeitschrift ‚die Feder'" an. Man solle mit Funktionären aus der DDR sprechen, „man sollte es nur nicht würdelos tun, indem man beispielsweise DDR-offizielle Sprachregelungen opportunistisch übernimmt oder sie sich unter Ausschaltung des eigenen Denkens zu eigen macht. Ich unterstütze keine Politik, die auf Kosten der Wahrheit geht und Kollegen in den Rücken fällt, die in der DDR (aber nicht nur dort) um geistiges Überleben ringen."

In diese Richtung äußerten sich auch Jürgen Fuchs, Gerhard Zwerenz, Heinz Brandt u.a. in Austrittserklärungen bzw. Stellungnahmen, mit mehr oder minder scharfen Worten. Als der Vorstand im Laufe der Auseinandersetzung auch noch davon sprach, daß die paar Austritte ja nichts im Vergleich zu den 2400 Mitgliedern seien, war die Empörung groß, und es stellte sich schnell heraus, daß keineswegs ansonsten „Ruhe" im Verband herrschte, wie es Bundesvorstand und einzelne Landesverbände darzustellen suchten.

Zur Verteidigung erklärte Engelmann laufend, die Kontakte mit dem DDR-Schriftstellerverband gingen auf die Beschlußlage zurück, Friedenspolitik zu machen. Zehn Jahre sei man jetzt dabei, die Folgen des „Kalten Krieges" zu überwinden, und jetzt solle das wieder zunichte gemacht werden. Mit der Teilung der Nation müsse man sich ein für allemal abfinden. Lautes Anprangern von Menschenrechtsverletzungen gehöre nicht zu den Aufgaben des Verbandes und würde die Gesprächsbereitschaft des DDR-Verbandes gefährden.

Neben diesem glänzenden Opportunismus wurde dann noch eine ganz besondere Sorte von Argumentation entwickelt, wie sie sich in Solidaritätserklärungen und -bekundungen von Detlef Hensche, Leonhard Mahlein, dem IG Druck-Vorstand und dem dju-Sprecher Eckehard Spoo wiederfinden. Von Hensche wird geäußert, „daß persönliche Publizität Vorrang hat vor sachbezogener Diskussion". Dann werden die ehemaligen DDR-Autoren in die antikommunistische Ecke von Springer-Presse und FAZ gerückt. Hensche nennt sie gar „Kronzeugen" einer solchen Politik. Spoo fordert auf, dieser „Hetzkampagne" entgegenzutreten, und Mahlein spricht davon, eigentlich verberge sich dahinter ein Angriff „der Rechten" auf die Friedensbewegung. „Vordergründig geht es um Bernt Engelmann und um den VS. In Wirklichkeit soll die Friedensbewegung getroffen werden."

Das Geschäft mit Verdächtigungen und Unterstellungen – und Engelmann geht in einem taz-Interview gar so weit zu behaupten, die DDR-Autoren würden auch deshalb den VS verlassen, weil dieser nicht, wie der Verband in der DDR, die Möglichkeit habe, Manuskripte in Verlagen unterzubringen – versucht seinem Wesen nach nur den politischen Bankrott zu verdecken.

Diese Politik, die schon im Fall Biermann – es kam damals zu ersten Auseinandersetzungen, wie auf die Ausweisung hier in der BRD zu reagieren sie, und VS-offiziell hielt man sich sorgfältig bedeckt – erstmals offenbahrte, daß sie zunehmend zum Feigenblatt für die Fehlentwicklung in den Ländern des Staatsmonopols wurde, bezieht und bezog ihre Basis eben aus dem Vorbildcharakter der osteuropäischen Staaten. Die zunehmende Krise auch dieser Gesellschaftsformation, neben der Krise des Kapitalismus, wurde verhüllt. Gesellschaftliche Bewegungen, die auf Veränderungen dort abzielen, wurden als „westlich initiiert", „antisozialistisch" usw. abgekanzelt, Menschenrechtsverletzungen in jeder Form auf dem Altar der „Diplomatie" geopfert. So wurde man nicht nur zunehmend bewegungsunfähig, sondern ging zu einer massiven Rechtfertigungspolitik über.

- Der gesellschaftlichen Erneuerungsbewegung in Polen wurde jede Anerkennung verweigert.
- Die Kontakte zum DDR-Schriftstellerverband wurden vollständig unter der Prämisse der staatlich verordneten Friedenspolitik betrieben, die „andere" Friedensbewegungen nicht unterstützt und eher noch als „dubios" und „westfreundlich" diffamiert.
- Für die Konferenz in Ost-Berlin ließ man sich von Kant die eingeladenen Schriftsteller diktieren. Zwerenz war nicht erwünscht, also ließ man es geschehen. Dieses Verhalten setzte sich auch auf anderen Konferenzen fort. Auch die Interpretationseiertänze, die man mit Stephan Hermlins Äußerungen von den „Kriminellen" *(siehe die Redebeiträge)* anläßlich der Marburger Literaturtage aufführte, sprechen für sich.
- Beim Programmheft zur „Interlit" in Köln setzte sich Engelmann auf Wunsch von Hermlin dafür ein, daß eine Anzeige für das Buch von Zwerenz „Antwort an einen Friedensfreund oder Längere Epistel für Stephan Hermlin und meinen Hund" nicht erschien. Das Buch ist allerdings eine Abrechnung mit der Politik und persönlichen Haltung Stephan Hermlins – Zwerenz bezeichnete diesen Akt Engelmanns wohl zu recht als Zensur.

Dies sind die Entwicklungslinien einer Politik des Vorstandes, die zu der jetzigen Lage, den Austritten und Auseinandersetzungen geführt haben. Jetzt wird von einer „herbeigeredeten Krise", von „Hetzjagden" usw. gesprochen. Doch je mehr man die Auseinandersetzung beobachtet, um so mehr stellt sich heraus, daß es hier nicht einfach um die Politik des Bundesvorstandes oder von Engelmann geht.

So wurde denn auch auf dem VS-Treffen auf der Buchmesse weniger von Rücktritt als von einer Kursänderung gesprochen. Friedenspolitik ja, Sprechen mit den osteuropäischen Verbänden ja, aber all das bei Beachtung der historischen Situation von der Existenz *zweier* Supermächte. Keine Maulkorbpolitik um des „lieben Ausgleichs" willen.

In *diesem* Zusammenhang kamen eine Reihe von VS-Mitgliedern auf die DKP, ihre Schriftsteller und ihre Aktivitäten im VS zu sprechen. Wer behauptet, und die DKP wird das tun, jetzt solle eine „antikommunistische" Hetzjagd inszeniert werden, der kann sich den Beitrag von Freimut Duve zu Gemüte führen. Wahr ist, daß das alte Bündnis von linken Sozialdemokraten und DKPlern weitgehend aufgekündigt wird. Das hat aber nichts mit Antikommunismus zu tun, sondern ist den tatsächlichen Entwicklungen und der Unterdrückung in den angeblich „sozialistischen Ländern" geschuldet.

Was allerdings offen angesprochen wurde, ist, daß die DKP auf Landesbezirksebene überall wichtige Positionen in den letzten Jahren eingenommen hat und diese auch nutzt. Das Bewußtsein über die negativen Folgen hat sich in den letzten Jahren entwickelt und findet in den jetzigen Auseinandersetzungen seinen Niederschlag. Arnfrid Astel brachte es so auf den Punkt: „Und ihr müßt verdammt nochmal mit diesem taktischen Mißbrauch unserer Wahrheitsliebe aufhören und wir wollen nicht eure nützlichen Idioten sein. Nur in der Wahrheitsfindung wollen wir euch nützlich sein, aber nur dann, wenn ihr *mit sucht*."

Es war Jürgen Fuchs, 1977 aus der DDR abgeschoben, der zu einer neuen Diskussion aufrief *(siehe folgende Seite)*. Er verlangte, daß eine inhaltliche Diskussion zu einer *Änderung* der politischen Lage führen müsse.

Damit sprach er faktisch auch gegen solche Stimmen, die nunmehr verlangen, der VS solle sich jeglicher politischer Aktivitäten enthalten und nur als Berufsverband wirken. Das aber würde die Kastration der Schriftsteller als politisch Handelnde und Verantwortliche in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen bedeuten. Die Austritte der DDR-Schriftsteller zielen aber gerade nicht in diese Richtung. Und man mag ihre Austritte als Schwäche und Zurückweichen ansehen, in Wahrheit haben sie der jetzt stattfindenden Auseinandersetzung erst den Grundstein gegeben.

Es war also kein Fehler, vor 10 Jahren eine Gewerkschaft zu gründen, die sich auch politisch äußern will. Nur eine bisherige Politik ist zum Hindernis geworden. Gerade die jetzt in Gang gekommene *offene* politische Auseinandersetzung macht hoffen, daß dieses Hindernis beseitigt werden kann. Nur dann wird auch eine – zweifelsohne schädliche – Spaltung vermieden werden können.

Michael Ackermann

Freimut Duve

„Befaßt euch selber mit der Menschenrechtsfrage in der DDR"

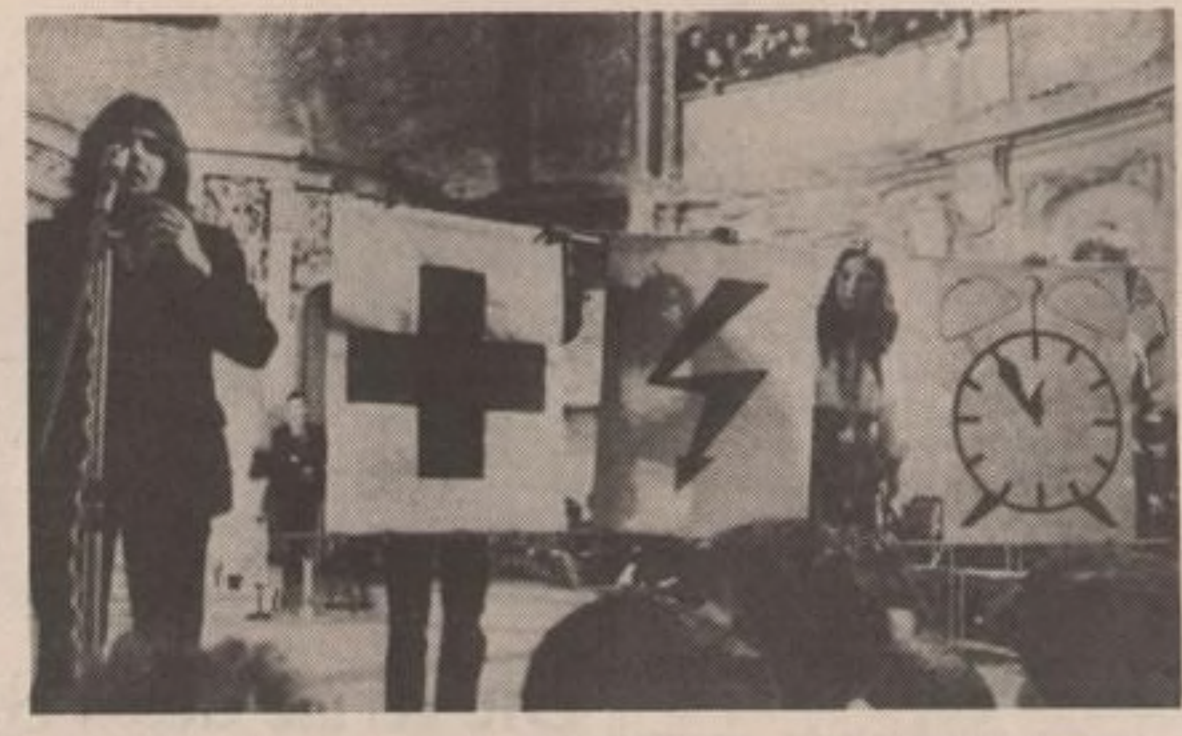
... Ich habe mich noch mal gemeldet, weil hier vorhin von der „Außenpolitik" des VS gesprochen wurde. Und in dem Zusammenhang von dem, der das gesagt hat, gesagt wurde, wir hätten uns doch wohl die Vorstellung von Gemeinsamkeit der Wiedervereinigung abgeschminkt oder sowas. Nun ist das jedermanns persönliche Auffassung, was er sich abgeschminkt hat und was er sich nicht abgeschminkt hat. Aber der VS-Verband, meine ich, kann als Schriftstellerverband ... diese Frage auf keinen Fall und niemals endgültig für sich als Verband klären. Wenn er das täte, gäbe es ihn nicht mehr. Ich sage das in aller Eindringlichkeit. (...) Diese Frage, ja das ist eine wichtige Frage für den Schriftstellerverband, und die haben wir damals gemeinsam in meinem Sinne gelöst, sogar in diese Punkte aufgenommen. Das heißt, wir können hier nicht sagen, es gibt die „Außenpolitik" des VS und die hat sich die Gemeinsamkeit der beiden deutschen Staaten abgeschminkt. (...)

Ich möchte an diejenigen Mitglieder, die in der DKP sind und für Leute wie mich und andere immer wieder eingetreten sind, bei Berufsverboten und anderen Dingen – an die möchte ich mal einen Appell richten: Befaßt euch selber mit der Menschenrechtsfrage in der DDR. Dies ist nämlich eure Aufgabe, ihr habt da wesentlich mehr Kontakte als wir. Befreit euch von dem Odium, daß ihr in der Frage (...)

Friedensinitiative der Schriftsteller:

Zwischen Utopie und bittrer Realität

Über den Versuch den Frieden machbar zu machen



Jahrzehntelang galt: der Schriftsteller ringt nicht erst um den Frieden wenn er sich „bewegt“. Der Schriftsteller kann durch die Lyrik, die Poesie, durch das Sachargument wirken. Die sogenannten „Sensiblen der Nation“ wirkten als Einzelne – und das wollten sie ändern.

Doch mit dem Moment, als die Friedensbewegung die Schriftsteller wieder organisiert erfaßte, da stießen alle humanistischen Vorstellungen, die Eingang in das Schaffen vieler Schriftsteller gefunden hatten, zusammen mit dem Prozeß des politischen Kampfes, der real erst dem Frieden zum Durchbruch verhelfen kann. Ganz deutlich kristallisiert sich dies heraus, seitdem die Schriftsteller versuchen, ihren eigenen Beitrag zum Kampf für den Frieden ins Werk zu setzen.

Es begann mit dem „Appell der Schriftsteller Europas“, initiiert im August 1981 durch Bernt Engelmann als Vorsitzendem des Verbandes deutscher Schriftsteller (VS). In dem Aufruf hieß es:

„Die Menschheit soll jetzt an den verbrecherischen Gedanken gewöhnt werden, daß ein begrenzter Atomkrieg führbar sei – mit neuen Raketen, Neutronenbomben, Marschflugkörpern usw. Wir setzen dagegen: Mit Atomwaffen ist kein begrenzter Krieg führbar; er würde die ganze Welt vernichten. Über alle Grenzen von Staaten und Gesellschaftssystemen, über alle Meinungsverschiedenheiten hinweg richten wir an die Verantwortlichen den dringenden Appell, das neue Wettrüsten zu unterlassen und unverzüglich wieder in Verhandlungen über weitere Abrüstung einzutreten.

Wir fordern die Weltöffentlichkeit auf, nicht zu resignieren, sondern sich mit verstärkter Energie für den Frieden einzusetzen. Handeln wir gemeinsam, damit Europa nicht zum atomaren Schlachtfeld eines neuen und dann letzten Weltkrieges wird.

Nichts ist so wichtig, wie die Erhaltung des Friedens!“

Dieser Aufruf – den Tausende von Schriftstellern in Ost und West unterzeichneten – schuf das Klima für das Treffen in Ost-Berlin in den Tagen um den 13. Dezember, als auch Schmidt in der DDR weilte und die Volksmassen in Polen niedergeschlagen werden sollten. Das Makabre warf einen Schatten über diese erste gemeinsame Konferenz deutscher Schriftsteller nach dem zweiten Weltkrieg, und sie drohte dann auch in feinfühliger Diplomatie zu ersticken, denn zu Polen konnte man sich nicht erklären.

Und schon die Einladungspolitik war ein Affront gegen die in die BRD vertriebenen ehemaligen DDR-Schriftsteller, die nur ebenso ausgewählt antreten durften, wie andererseits nur die vorsichtigsten Opponenten gegenüber der DDR-Staatsbürokratie ihren Platz fanden. Die, die organisiert in der Friedensbewegung schon damals kämpften, sie mußten draußen bleiben.

Und doch strahlte dieses Treffen – wie Stefan Heym dann auf der Den Haager Konferenz einmal ausführte – eine Hoffnung für die Friedensbewegung in der DDR aus, schien ihr Möglichkeiten zu geben, sich unabhängig von der staatlichen „Friedenspolitik“ zu entwickeln und einer geballten Unterdrückung dadurch zu entgehen. Aber wenige Wochen nach der Konferenz schlug die Staatsmacht gegen „Schwerter zu Pflugscharen“ zu, wurde diese Friedensbewegung diffamiert und wurden Tausende von Jugendlichen schikaniert. Der DDR-Schriftstellerverband protestierte nicht, und auch der VS blieb seiner „diplomatischen Linie“ treu.

Dann folgte im Mai '82 das Treffen in Den Haag. Es waren mehr Teilnehmer und es wurde europäischer. Doch die Kluft zwischen Utopie und bitterer Realität, sie wurde tiefer. Da wurde die Phantasie der Friedensbewegung beschworen, aber der Realität gesellschaftlicher Unterdrückung und forcierter Kriegsvorbereitung beider Supermächte war man nicht gewachsen. Polen-Solidarität mußte zusammen mit der Anklage gegen Unterdrückung in der Türkei unterbleiben. Einzig Stefan Heym legte offen, daß es mittlerweile eine „Spaltung“ in der Friedensbewegung der DDR gab und eine Seite davon massiver Unterdrückung unterliege. Als Grass die Einrichtung eines gemeinsamen Büros zum Schutz der Friedenskämpfer in Ost und West forderte, da drohten Kant und Hermlin vom DDR-Verband auszuflippen. Ein „reines Phantom“ würde da beschworen, für das man kein Büro brauche. Am Ende der Konferenz wurde wieder eine Resolution beschlossen, die gar die Auflösung der Militärblöcke als Ziel setzte. Aber wie diesen Weg verfolgen, wenn die eine Seite alles tut, um ihren Block weiter zu festigen und zu stärken und die Resolution für eigene propagandistische Zwecke mißbraucht?

Der Lösung dieses Problems kam man mit der schon im Juni dieses Jahres folgenden „Interlit 82“ in Köln keineswegs näher. Aus der DDR zunehmend weniger Teilnehmer, aus der BRD die Delegierten des VS als Verband und keineswegs mehr die prädestiniertesten Schriftsteller – auf dieser Basis war weitgehende Ernüchterung festzustellen. So war es an den Schriftstellern der Dritten Welt, neue Impulse zu setzen. Ngugi wa Thiong'o aus Kenia formulierte: „Ich glaube nicht, daß Frieden in einer vom Imperialismus beherrschten Welt möglich ist.“ Vielleicht lag es auch an diesen Vertretern – die beim Begriff Imperialismus die SU keineswegs ausnahmen – daß Stephan Hermlin folgende Bedenken äußerte: „Ob der Gedanke gegenwärtig so richtig ist, die Sache ganz und gar zu internationalisieren, ob es nicht vielleicht für den geschichtlichen Moment, den wir jetzt durchleben, wichtiger ist, sich zu beschränken auf Europa und Nord-Amerika. Die Frage des Atomkrieges ist ganz entscheidend, und die Probleme werden in der Dritten Welt als nicht so dringend empfunden als bei uns.“ Letzteres sahen die Schriftsteller aus der Dritten Welt ganz anders. Und ihre globale Sichtweise – die unter Krieg nicht nur den Atom- und europäischen Krieg versteht, sondern die Flankenkämpfe der beiden Supermächte miteinbezieht, die eben die Länder der Dritten Welt treffen – mag Hermlinsche Friedensphilosophie einigermaßen anfechten.

Jedenfalls wurde es nach „Interlit 82“ ruhig, und die jüngst in Sofia stattgefundene Folgekonferenz hatte nicht nur wenig Publizität. Noch im Vorfeld der Konferenz hatte die gesamte schwedische Delegation abgesagt, weil Pavel Kohout – für den sich noch kurz vor seinem Tode Peter Weiss als Konferenzteilnehmer einsetzte – mit der Begründung, er sei ein „CIA-Agent“, nicht einreisen durfte. Wer erwartet hätte, ähnliche Reaktionen könnten auch seitens des VS erfolgen, der sah sich getäuscht. So nutzten nur einzelne Teilnehmer den Kongreß, um sich für den seit dreieinhalb Jahren im Gefängnis sitzenden tschechischen Autoren Waclav Havel einzusetzen.

So erfreulich also die organisierte Friedensinitiative der Schriftsteller ist, der Sprung in die konkrete Realisierung von Friedenspolitik kommt an den Konstellationen der Macht nicht vorbei. Gerade auch die deutschen Schriftsteller müssen sich wohl mit dem Gedanken vertraut machen, daß der „Partner“ von Friedenspolitik spricht und Unterdrückung betreibt. Hier finden „Appelle“ ihre Grenzen und stößt die Utopie an ihre Schranke. Das wird desillusionierend wirken können, ohne daß man in Resignation verfällt, wenn man politischen Kampf für den Frieden ausgehend von diesen Realitäten weiterführt.

Michael Ackermann

Yaak Karsunke

„Und es muß auch mal klar werden, daß das ein Manöver ist ...“

... Ich finde es aber, lieber Kollege Hoffmann (Vorstandsmitglied), ein wenig blauäugig, wenn du heute sagst, der Kant hat das doch in Köln unterschrieben. Wir wissen wie die regierungsamtliche Forderung der Friedensbewegung in der DDR inzwischen weitergegangen ist, soweit, daß also die Kirche offiziell diesen inkriminierten Aufkleber zurückgezogen hat. Wir wissen, daß der DDR-Schriftstellerverband nicht dagegen protestiert hat. Deine Äußerung macht eigentlich nur einen Sinn, denn das bedeutet, daß wenn der Herr Kant das nächstemal zu uns kommt, wir ihn fragen, warum er eigentlich das durch Unterschrift gegebene Versprechen nicht einhält.

Der Vorstand gibt also zu, er hat einen Fehler gemacht. Wenn ich sehe mit welch großem interpretatorischen Aufwand ihr euch um die Entschärfung von Hermlins Äußerung bemüht, ... also ich kann nur sagen, der Hermlin hat diesen Vorwurf aufrechterhalten in einem Interview, das hier für uns gegeben worden ist. Kollegin Brender (Vorstandsmitglied), ich seh den Unterschied nicht so. Also, wenn ich euch jetzt Kriminelle nennen würde, weil ich sagen würde, da auf der Vorstandsbank sitzen zwei Personen, die sich weniger durch literarische als durch kriminelle Betätigung auszeichnen, ich glaube, ihr würdet euch in beiden Fällen gleich beleidigt fühlen. Ich würde das auch nicht sagen, und ich möchte da auch keinen solchen Unterschied gemacht sehen. Ihr macht da viel Farbkosmetik, daß er keine Namen nennt, das bedeutet im Zweifel, daß jeder der Leute, die in Marburg waren, sich getroffen fühlen kann. Und das ist nämlich das Schlimmste, wenn ich sage, im Vorstand da ist einer, der klaut goldene Löffel, ich sag den Namen aber nicht ... Und es muß auch mal klar werden, daß das ein Manöver ist und daß ihr da nicht mitziehen könnt. (...)

Und wenn ich dann so lese, daß der Vorsitzende des bayrischen Landesverbandes sich im übrigen wundert, daß nicht noch mehr austreten, denn in diesen Wochen könnte man so leicht seinen Namen gedruckt sehen, dann ist das nicht nur unsensibel. Es kann ja sein, daß der Kollege Bleul bei seinen Wahlen so auf die Stimmen der DKP angewiesen ist, wie der Herr Kohl auf die FDP-Stimmen. (Beifall) Aber das geht ein bißchen weit. (...)

Jürgen Fuchs

„Ich fordere auf zu einer neuen Diskussion. Wir benötigen inhaltliche, aufrichtige Solidarität“

... Aber ich will sagen – und das ist eigentlich nicht gegen oder für den Vorstand – oder ein Publikum oder Presse, sondern ich fordere auf zu einer neuen Diskussion. Zu einer inhaltlichen Diskussion, die nicht aussieht – wie „Konkret“ behauptet, habe ich heute gelesen, es gehe nicht um Inhalte sondern um Demontage eines Verbandes. Diese Diskussion muß so aussehen, von dem worüber gesprochen könnte und soll.

Friedensdiskussion – das Wort Frieden und der Inhalt – ist verbunden in allen östlichen Ländern, auch in anderen Ländern dieser Erde, aber auch in den östlichen Ländern, mit einer Befreiung von Despotie und Vorherrschaft. Die vielen jungen Leute, die in der DDR und in den anderen Ländern auf die Straße gegangen sind oder „Schwerter zu Pflugscharen“ hinschreiben, meinen auch damit, daß sie ihre Meinung sagen wollen.

Wenn in Ostberlin ein so wichtiges Treffen stattfand, wie das um Friedensdiskussion, Ende 81, und im Foyer sitzen jüngere Autoren und andere ... Sie können nicht hineingehen, die Türen bleiben geschlossen, und sie werden in den nächsten Tagen, wenn sie anfangen die Protokolle abzuschreiben und in Schulklassen zu bringen, einige die sie kennen, von der Staatssicherheit bedroht, dann ist das eine Diskussion, die wir erkennen müssen. Und zwar nicht als Opfer, wir sind nicht Opfer.

Sie brauchen sich nicht zu kümmern um Fälle, auch wenn das sehr richtig im einzelnen Fall sein mag. Diese Art von Denken möchte ich sie bitten zu korrigieren. Dort und woanders haben sie es zu tun mit Partnern, mit Friedensfreunden, mit Kollegen, die an ihrer Stelle schon das tun werden was richtig ist. Wir benötigen inhaltliche, aufrichtige Solidarität. Keine Tricksereien, auch nicht nur das oben drüber der Tagungen und Kongresse, so wichtig die einzelnen Reden sein mögen.

Fahren sie hinüber, sorgen sie dafür, daß die anderen herüber kommen können, um dieses militärische Sperrgebiet Grenze abzubauen. Ich bitte sie sehr um diesen Aspekt, weil auch vorhin gefragt wurde, wie stellt man sich das denn vor, wenn man nicht mehr spricht mit Hermann Kant. Sprechen sie mit Herrn Kant, aber sprechen sie mit all den anderen auch. Und bitte sehen sie, wie nahe dieser Schriftsteller der Macht ist, wie nah er der Exekutive ist. Und wählen sie auch die Gesprächspartner, die weiter entfernt sind von der Macht und die die Macht kennenlernen in Verhören und Gefängnissen. Und auch dort müssen sie sie nicht bedauern, sie müssen nur zur Kenntnis nehmen, daß es das gibt, und in ihrem Land auch das ihrige tun, wo es das hier gibt ...

Das ist dieser inhaltliche Aspekt, der gar nicht mit Vorstand und hin und her zu klären ist, sondern wir müssen neue Formen der Diskussion finden, des Meinungsstreits zwischen uns, bei offenen Türen.

Fernsehtip

Der Einbruch Weißer in die Lebensweise und Kultur der Eskimos bildet den zentralen Punkt in dem Abenteuerfilm **„Die weiße Dämmerung“**. Die Geschichte beruht auf einer Begebenheit um die Jahrhundertwende in Baffin Island (Nordwesten des kanadischen Arktisarchipels). *Samstag, 16.10., 23.15 Uhr im ZDF* – In der Reihe **„kurzfilm international“** wird der Film **„Das Urteil sprechen Frauen“** von der amerikanischen Filmemacherin Sally Heckel gezeigt. Die Geschichte eines Mordes erweist sich als Folge jahrelanger Unterdrückung einer Frau. *Sonntag, 17.10., 14.50 Uhr im ZDF* – Das Schauspiel **„Die Schwärmer“** von Robert Musil, 1920 entstanden, bildet eine Art Denkspiel über Realitätenverlust, Identitätszweifel und Gefühlsunsicherheit. Musil nahm mit diesem Stück schon einiges von dem vorweg, was sich heute in Stücken von Botho Strauss, Gerhard Roth und Peter Handke widerspiegelt. *Sonntag, 17.10., 20.45 Uhr im ZDF* – Die Schwierigkeiten bei der Emanzipation zweier Menschen, einer selbstbewußten Frau und eines vorbestraften Mannes, sind Thema des Fernsehfilms **„Die Klassefrau“** *Montag, 18.10., 21.20 Uhr im ZDF* – **„Ein Sonntag im Oktober“** ist eine deutsch-ungarische Gemeinschaftsproduktion über die Ereignisse im Oktober 1944 in Ungarn. Dort war ein Kriegsende relativ nahe, doch SS und Pfeilkreuzlerpartei schlagen vorher zu und bringen bis zum Kriegsende April 1945 noch einmal Schrecken über Ungarn. *Dienstag, 19.10., 22.40 Uhr im ZDF* – Die Methoden und der Mißbrauch der wissenschaftlichen Forschung sind das Thema des Berichts **„Versuchskaninchen – Experimente mit Menschen“**. *Mittwoch, 20.10., 21.15 Uhr im ARD* – **„Guernica“** ist kein Film über Picassos Bild, sondern symbolisiert in dem ungarischen Fernsehspiel den Aufbruch einer Arbeiterin aus Alltagstrott und Schwerstarbeit, verdeutlicht einen Bewußtwerdungsprozeß. *Donnerstag, 21.10., 22.35 Uhr im ZDF*